



Archivkurs des Jahres 2023

Inflationstrauma und Armut.
Archiv-Exkursion nach Polen





Archivkurs des Jahres 2023

Inflationstrauma und Armut. Archiv-Exkursion nach Polen

herausgegeben von
Sebastian Pößniker, M. A.

Mit Beiträgen der teilnehmenden Studierenden

Dozent: Sebastian Pößniker, M. A.
Kodozent: Dr. Roman Smolorz

**UNIVERSITÄT REGENSBURG
FAKULTÄT FÜR PHILOSOPHIE,
KUNST-, GESCHICHTS- UND
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
LEHRSTUHL FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE**

Regensburg 2023

Zugänge zur Weimarer Republik über regionale Überlieferung. Einführung und Vorwort zum Archivkurs 2023

Sebastian Pößniker

Die Weimarer Republik (1918-1933), eine Epoche geprägt von politischen Umbrüchen, sozialen Herausforderungen und kulturellen Blüten, stellt einen signifikanten Abschnitt in der jüngeren deutschen Geschichte dar, der in heutiger Zeit immer noch präsent in der aktuellen Geschichtskultur ist, sei es wirtschaftlich etwa durch „Jubiläen“, wie wir sie mit dem Jahr der Hyperinflation 1923 auf dem Buchmarkt sehen, oder in Analogien in der politischen Debatte um Rechtsextremismus und Wohlstand. Ihr Erbe und ihre Lehren sind nicht nur in nationalen Erzählungen und historischen Analysen verankert, sondern auch in der reichen Vielfalt regionaler Überlieferungen. Diese regionale Perspektive bietet eine einzigartige Möglichkeit, die Geschichte der Weimarer Republik aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten und zu verstehen.

In dieser Broschüre erkunden Studierende der Universität Regensburg im Rahmen eines Kurses über Archivbesuche in Breslau, Kattowitz und Regensburg die Weimarer Republik durch das Prisma lokaler Geschichten, Traditionen und Dokumente. Es ist ein Versuch, die historischen Ereignisse und Erfahrungen dieser turbulenten Zeit durch die Augen jener zu sehen, die in verschiedenen Regionen Deutschlands lebten und wirkten. Als wir uns entschieden, diesen Kurs anzubieten, waren wir uns der Herausforderung bewusst, die Zeit der Weimarer Republik aus einer regionalen Perspektive zu betrachten. Oftmals wird Geschichte aus einer nationalen oder gar internationalen Perspektive erzählt, wodurch lokale und regionale Stimmen in den Hintergrund geraten können. Unser Ziel war es daher, diesen weniger gehörten

Stimmen Raum zu geben und die Weimarer Republik durch die Linse regionaler Überlieferung neu zu interpretieren.

Das Herzstück des Archivkurses im Herbst 2023 bildet die vorliegende Broschüre, in der Studierende anhand von Institutionen des Kulturbetriebs und lokalen Überlieferungen ihre Geschichten und Erfahrungen veröffentlichen. Wir betrachten, wie regionale Ereignisse und Thematiken von größeren historischen Strömungen beeinflusst wurden und wie die alltäglichen Lebensrealitäten der Menschen von den politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen dieser Zeit im Vergleich geprägt wurden.

Unsere Reise durch die regionalen Erzählungen der Weimarer Republik mit den Orten Zabrze, Regensburg, Kattowitz und Breslau führte uns zu Archiven und Museen, lokalen HistorikerInnen und Zeitzeugen, deren Beiträge für dieses Werk unerlässlich waren. Dieses Buch ist daher nicht nur eine Sammlung historischer Fakten, sondern auch ein Mosaik persönlicher Perspektiven, die zusammen das facettenreiche Bild der Weimarer Republik schlaglichtartig beleuchten.

Herausforderungen und Turbulenzen der 1920er Jahre, darunter allgegenwärtige Armut, katastrophale Hyperinflation und erhebliche Umwälzungen in den Bergbau- und Industriesektoren, ließen sich verbreitet dokumentiert im Rahmen eines Archivkurses mit Originalquellen in Archiven und aufbereitet in Museen behandeln. Diese Elemente definierten nicht nur das wirtschaftliche Milieu der Periode, sondern hatten auch weitreichende soziale Implikationen, weswegen sie im Vordergrund des Kurses als Zugangsmöglichkeiten zur politischen, sozia-

len und wirtschaftlichen Regionaleschichte der Ära stehen.

In Oberschlesien, einer Region, die reich an mineralischen Ressourcen, insbesondere Steinkohle, ist, erfuhr im Anschluss an den Ersten Weltkrieg der Bergbau erhebliche Veränderungen. Hier war die Periode durch erhebliche politische und territoriale Neuordnungen geprägt, die den Bergbausektor tiefgreifend beeinflussten. Denn nach dem Ersten Weltkrieg definierte der Vertrag von Versailles im Jahr 1919 die geopolitischen Konturen Europas dramatisch neu. Die Region wurde zum Brennpunkt eines Territorialstreits zwischen Deutschland und dem wiederauflebenden polnischen Staat. Die Schwerindustrie dieser Region war eine entscheidende Verhandlungsmasse und diente als Schlüssel für die industriellen Erfordernisse beider Nationen.

Politisch war die Region Zeuge der sogenannten schlesischen Aufstände (1919-1921), die die turbulente Reaktion der lokalen polnischen Bevölkerung und die Ambiguität und potenzielle Teilung durch eine neu gezogene internationale Grenze widerspiegeln. Diese Unruhen wirkten sich direkt auf den Bergbausektor aus, da Konflikte häufig um zentrale Industrie- und Bergbaugebiete ausbrachen. Folglich wurden die Gruben oft zu Brennpunkten des Streits und erlitten Störungen oder Schäden inmitten der Feindseligkeiten, was zu einem starken Rückgang der Kohleproduktion führte. Stellvertretend für diese Minen besichtigten wir daher das Bergwerksmuseum Guido (Zabytkowa Kopalnia Węgla Kamiennego Guido) im heutigen Zabrze.

Nach einem Plebiszit und darauffolgenden militärischen Auseinandersetzungen wurde Oberschlesien 1922 zwischen Deutschland und Polen aufgeteilt, wobei Polen einen erheblichen Teil des industrialisierten Ostoberschlesiens mit Kattowitz und Königshütte erhielt. Diese Abspaltung bedeutete, dass Deutschland dort einen bedeutenden Teil in Höhe von ca. 75 % seiner industriellen und

bergbaulichen Vermögenswerte verlor, was Auswirkungen auf seine volkswirtschaftliche Erholung nach dem Krieg hatte. Im Gegensatz dazu markierte für Polen die Annexion des Reviers eine erhebliche volkswirtschaftliche Verbesserung, die seine Industrialisierung beschleunigte und eine günstige Ressourcengrundlage für die wirtschaftliche Entwicklung bot.

Die Teilung Oberschlesiens und die damit einhergehenden Verschiebungen im Bergbausektor hatten ausgeprägte sozioökonomische Auswirkungen. Für die Belegschaft war diese Ära durch Instabilität gekennzeichnet und vielfach aufgrund der Störungen im Bergbaubetrieb mit Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus führte das Aufkommen neuer Verwaltungsregimes in der Region zu Änderungen in der Arbeitsgesetzgebung, den Arbeitsbedingungen und den Wirtschaftspolitiken, die alle direkte Einflüsse auf das Leben der Bergleute und ihrer Familien ausübten. In der Zeit nach dem Krieg erlebten viele schwere Armut in ganz Deutschland.

Der Wertverfall der Währung war primär auf ökonomische Dynamiken zurückzuführen, jedoch verstärkt durch das Agieren nationaler und internationaler Wirtschaftsakteure in Verbindung mit politischen Konjunkturen. Immer wieder machten nationalistische Kreise die hohen Reparationsforderungen für die Inflation verantwortlich, doch die Wurzeln reichten bis in den Ersten Weltkrieg zurück, als das Deutsche Reich den Krieg hauptsächlich durch ungedeckte kurzfristige Schuldwechsel finanzierte und die Reichsbank eine expansive Kreditpolitik betrieb. Eine währungspolitische Neuorientierung nach 1918 war nötig, doch die demokratischen Nachkriegsregierungen zögerten, den Reichshaushalt zu sanieren und die Währung zu stabilisieren. Regierung und Reichsbank setzten die inflationstreibende Politik fort, da eine Stabilisierung kurzfristig zu Arbeitslosigkeit und einer Verschärfung der ohnehin angespannten politischen Lage geführt hätte.

Die Inflation in der frühen Phase der Weimarer Republik entwickelte sich in unregelmäßigen Schüben. Anfangs, zwischen 1919 und 1920, verlor die Mark dramatisch an Wert, wobei der Wechselkurs von 4,20 Mark pro Dollar auf 49 Mark bis Jahresende 1919 stieg. Eine vorübergehende Stabilisierung folgte im März 1920, mit Spekulationen ausländischer Investoren, die auf eine Markaufwertung setzten, nicht zuletzt wegen innenpolitisch beruhigenden Ereignissen wie die Niederwerfung des Kapp-Putschs. Doch die Annahme des Londoner Ultimatums im Mai 1921, in dem die Alliierten die Reparationsforderungen auf ca. 160 Mrd. Goldmark festlegte, und die Ermordung Matthias Erzbergers führte zu einem erneuten Verfall der Mark. Ende 1921 verschärfte sich die Situation: Der Wechselkurs erreichte 217 Mark pro Dollar, und der Alltag der Deutschen wurde zunehmend von der Geldentwertung dominiert.

Trotz der wirtschaftlichen Turbulenzen bot die Inflation der deutschen Wirtschaft einige Vorteile, indem sie den Export begünstigte und zu einer Sonderkonjunktur in den Jahren 1920 bis 1922 führte. Die Arbeitslosigkeit blieb niedrig und die Industrieproduktion stieg. Gleichzeitig nutzte die Reichsregierung die Inflation, um die Alliierten über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu täuschen und die Unerfüllbarkeit der Reparationsforderungen zu demonstrieren. Prominent äußerte Walter Rathenau sogar die Empfehlung, die Notenpresse weiterlaufen zu lassen, um einer Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Georg Bernhard hingegen betonte in der "Vossischen Zeitung" die Notwendigkeit, die Inflation zu bekämpfen, und beschrieb sie als Täuschung, die die reale Wirtschaftslage verschleierte.

1922 setzte sich der Trend fort, wobei die Wechselkurse stark von der ungelösten Reparationsfrage beeinflusst wurden. Der Dollarwert schwankte, angetrieben von politischen Ereignissen wie der Konferenz von Genua und dem Rapallo-Vertrag, der das Misstrauen zwischen Deutschland und Frankreich

verstärkte. Der Mord an Außenminister Walter Rathenau im Juni des Jahres erschütterte das letzte Vertrauen in die deutsche Mark, was zu einem weiteren drastischen Verfall führte. Bis Juli fiel der Kurs auf 670 Mark pro Dollar. Stefan Zweig beschrieb diese Phase als "wahren Hexensabbat von Inflation". Die Preise im Inland stiegen monatlich um mehr als 50 %, und Deutschland trat in eine Phase der Hyperinflation ein. Von hier an verschlimmerte es sich weiter bis zum Jahreswechsel mit einem rapiden Verfall der Mark: bereits Weihnachten 1922 war gekennzeichnet von extremer Teuerung und leeren Geschäften. Die Hyperinflation hatte tiefgreifende Auswirkungen auf das tägliche Leben und die Wirtschaft Deutschlands, und die Bevölkerung litt vielfach unter den dramatischen Preissteigerungen und der zunehmenden Entwertung der Währung.

Die Hyperinflation eskalierte weiter, als die Regierung Cuno im Januar 1923 in Reaktion auf die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen passiven Widerstand ankündigte, und der „Ruhrkampf“ begann. Die Ruhrbesetzung machte die Konsolidierung der Reichsfinanzen unmöglich. Victor Klemperer dokumentierte privat in seinem Tagebuch die rasante Inflation mit Beispielen wie Margarinepreisen von 4000 Mark pro Pfund und einem Dollarkurs zwischen 40.000 und 50.000 Mark. Trotz einer Stützungsaktion der Reichsbank, die den Kurs der Mark kurzfristig stabilisierte, kam es zu einem unaufhaltsamen Verfall. Bis Ende Juli 1923 erreichte der Dollar eine Million Mark. Die Währung verlor im In- und Ausland jegliches Vertrauen und ihre Funktion als Wertmesser. Der Übergang zur Hyperinflation in Deutschland markierte auch das Ende einer außergewöhnlichen volkswirtschaftlichen Phase und das Ende einer Sonderkonjunktur sowie den Anfang tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen. Ab August 1922 nahm der Export deutlich ab. Die Vorteile, die die deutsche Industrie zuvor durch die Abwer-

tung der Mark erzielt hatte, verschwanden, da andere Länder ihre Nachkriegsrezession überwinden und Güter, die sie einst aus Deutschland importiert hatten, nun selbst herstellten. Dies führte zu einer Umstellung auf Geschäfte in Goldwährung und minderte den Nutzen der Geldentwertung für Unternehmer. Die Geldentwertung wirkte sich stündlich aus, wobei einfache Alltagsgüter unerschwinglich wurden. Aufzeichnungen, wie diejenigen Thea Sternheims, dokumentieren die erschreckende Preisentwicklung: für drei Pfund Fleisch waren am 12. August 1923 drei Millionen Mark in Dresden zu zahlen. Der Rücktritt der Regierung Cuno an diesem Tag fand in ihrem Tagebuch ebenso wie in den Aufzeichnungen von Victor Klemperer kaum Beachtung; die dominierende Sorge war die rapide Geldentwertung. Die Zeitungsanzeigen desselben Tages spiegelten diese Entwicklung wider, mit Preisen für Alltagsgegenstände, die in die Millionen gingen.

Die Auswirkungen der Hyperinflation waren in der gesamten Gesellschaft spürbar, aber die Geldentwertung traf die Gesellschaft unterschiedlich. Rentiers und Angehörige des Bildungsbürgertums, die ihr Vermögen in langfristigen Geldanlagen oder Staatsanleihen angelegt hatten, verloren durch die Entwertung fast alles. Beamte und Angestellte litten unter der verzögerten und stets unzureichenden rückwirkenden Anpassung ihrer Gehälter an die Inflation. Die Teuerungszulagen kamen zu spät und konnten den realen Wertverlust nicht ausgleichen. Sebastian Haffner und Ernst Troeltsch beschreiben in ihren Schriften die Einschränkungen im Mittelstand, der zunehmend in Armut versank. Mittelständische Familien konnten die höhere Ausbildung ihrer Kinder nicht mehr finanzieren, was zu einem neuen, oft als Statusverlust empfundenen Phänomen führte: Werkstudenten. Erich Kästner beispielsweise musste neben seinem Studium arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu finanzieren.

Arbeiter erlebten eine ambivalente Situation. Zunächst profitierten sie von der Inflation, da die Arbeitslosigkeit niedrig und die Reallöhne relativ hoch blieben. Doch die Hyperinflation führte zu steigender Arbeitslosigkeit und Lohndruck. Die Preise stiegen schneller als die Löhne, was viele Arbeiterfamilien in Not brachte. Firmen zahlten Arbeiter manchmal täglich, da die Löhne den Preisanstiegen hinterherhinkten. Sachwertbesitzer wie Grund- und Hausbesitzer sowie Schuldner, darunter der Staat und Landwirte, hingegen waren zwar relativ privilegiert, da ihre Vermögenswerte stabil blieben oder sie von der Entwertung ihrer Schulden profitierten.

Für Ausländer mit Zugang zu stabilen Währungen wurde Deutschland zu einem preiswerten Einkaufsparadies. Sie konnten für wenig Geld in Luxus leben, wie die Erfahrungen von Ernest Hemingway und Malcolm Cowley zeigen. Diese Kontraste führten zu ausländerfeindlichen Stimmungen, wie in einem Artikel in der "Weltbühne" kritisch dargestellt. Der Kontrast zwischen dem Luxusleben ausländischer Gäste in Deutschland und der zunehmenden Verarmung der deutschen Bevölkerung war auffällig und führte zu gesellschaftlichen Spannungen.

Die monetäre Katastrophe in Deutschland führte nicht nur zu wirtschaftlichen und sozialen Krisen, sondern hatte auch tiefgreifende Auswirkungen auf die Sozialmoral. Mit der drastischen Entwertung des Geldes kam es zu einer grundlegenden Erosion traditioneller Werte und Normen. Einst geschätzte Tugenden wie Sparsamkeit und Integrität wurden durch Egoismus und Zynismus verdrängt. Dieser radikale Wandel im moralischen Gefüge wurde von Hans Reimann in seinem Gedicht "Revidiertes Volkslied" satirisch verarbeitet, welches die Umkehrung moralischer Grundsätze veranschaulicht.

In der Folge der Kriegsniederlage erlebte die deutsche Gesellschaft eine weitere prägende Zäsur. Sebastian Haffner, der das

Jahr 1923 als Jugendlicher in Berlin erlebte, erinnerte sich an die desillusionierende Phase nach dem Krieg, gekennzeichnet für viele durch den Zusammenbruch gewohnter Lebensregeln und die Entwertung von Alter und Erfahrung. Diese Zeit war geprägt von einer tiefen Verunsicherung und dem Verlust des Vertrauens in traditionelle Werte und die bestehende Ordnung. Klaus Mann etwa, damals siebzehn Jahre alt und Sohn des berühmten Schriftstellers Thomas Mann, beschrieb in seiner Autobiographie "Der Wendepunkt" das Aufwachsen in einer Zeit extremer Ungewissheit. Die von ihm und seiner Generation erlebte Zivilisation erschien ihm ziellos, ohne Lebenswillen und bereit für den Untergang, was zu einer frühen Vertrautheit mit apokalyptischen Stimmungen und einem Leben voller Exzesse und Abenteuer in der Großstadt führte. Zwar wurde die Phase der Hyperinflation 1923 mit einer Reihe von Maßnahmen überwunden. Zur weiteren Verschlechterung der Lage trug dann Ende der Dekade die Weltwirtschaftskrise bei. Sie führte zu einer signifikanten Erhöhung der Arbeitslosigkeit, die 1932 ihren Höhepunkt erreichte.

Im Ersten Weltkrieg fußt jedoch auch die weitere verfassungsgemäß ausgeprägte wohlfahrtsstaatliche Sicherung, wobei der Staat gesamtgesellschaftliche Verantwortung für zuvor individuell zugeordnete Lebenslagen übernahm. Diese Entwicklung geht auf die während des Weltkrieges entstandenen umfassende Sozialpolitik zurück, die aus gesellschaftlich bedingten Armutszuständen resultierte, und legitime Entschädigungsansprüche gegenüber der Weimarer Republik begründete. Die Grundlagen vieler Errungenschaften des Weimarer Sozialstaats, die zwischen 1918 und 1920 gesetzlich verankert wurden, liegen in der Kriegszeit, nicht zuletzt in der Akzeptanz der Forderungen der Arbeiterbewegung. Jedoch verhinderten die ökonomischen Rahmenbedingungen praktisch oft die Umsetzung

dieses wohlfahrtsstaatlichen Ideals. Während und nach dem Ersten Weltkrieg wurde deutlich, dass die traditionelle Armenfürsorge aus dem Kaiserreich, die Armut als individuelle Schuld ansah, überholt war. Die Sozialversicherungspflicht beschränkte sich zuvor auf eine begrenzte Zahl von Armen. Durch Kriegsoffer und Inflationsgeschädigte entstand jedoch eine breitere Schicht Bedürftiger, die mit der bisherigen kommunalen Armenpflege nicht mehr zu versorgen war. Kriegsfürsorge und Kriegswohlfahrtspflege, um Familien von Soldaten, Kriegsbeschädigte und deren Angehörige zu unterstützen, ohne sie dem Stigma der Armut auszusetzen, finanziert bzw. bezuschusst vom Reich, markieren den Beginn staatlicher Verantwortung in der Wohlfahrtspflege. Sie folgten dem Prinzip der Subsidiarität, waren also Ergänzungssysteme, die griffen, wenn Sozialversicherungsansprüche unzureichend waren. In der Inflationszeit und später in der Weltwirtschaftskrise musste dieses System massenhaft von Angehörigen des Mittelstands und Arbeitslosen in Anspruch genommen werden, um den gestiegenen Lebenshaltungskosten in den frühen 1920er bzw. der gestiegenen Arbeitslosigkeit seit den späten 1920er Jahren entgegenzuwirken.

Auch in Regensburg waren, wie jüngste Forschungen ergeben haben, die Lebensbedingungen in den ersten Nachkriegsjahren und später während der Weltwirtschaftskrise schwierig, was eine parteiübergreifende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene erforderte. Ein Beispiel hierfür war die Lebensmittelversorgung, die nach der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung 1920 zunächst entspannter wurde. Jedoch führte die Preisfreigabe zu Teuerungen, die 1922/23 in Hyperinflation mündeten. Viele, vor allem einkommensschwache Menschen, litten unter Unterernährung. Bis zu zwei Drittel der kinderreichen Arbeiterhaushalte und einfacher Angestellter galten als unterernährt.

In den 1920er Jahren erlebte Regensburg, mit einem Anstieg von etwa 50.000 Einwoh-

nern unmittelbar nach dem Krieg auf 76.948 Einwohner im Jahr 1925, einen bedeutenden Bevölkerungszuwachs. Trotz des Wachstums zu einer Großstadt hatte Regensburg bei städtischen Standards großen Nachholbedarf. Auffällig war die hohe Geburtenrate, die das traditionelle Reproduktionsverhalten der Bevölkerung zeigte, doch gleichzeitig litt die Stadt unter einer hohen Sterblichkeitsrate. Insbesondere die Säuglingssterblichkeit war besorgniserregend hoch, was teilweise auf schlechte Wohnverhältnisse und Milchknappheit zurückzuführen war. Im Jahr 1923 war sie mit 26,86% drastisch angestiegen, weit über dem bayerischen Durchschnitt von 14%. Trotz Bemühungen, die Säuglingssterblichkeit zu bekämpfen, z.B. durch Einrichtung von Mutterberatungsstellen und Säuglingsfürsorgestellen, lag diese 1933 in Regensburg immer noch bei 14%, doppelt so hoch wie der Reichsdurchschnitt.

Neben der Säuglingssterblichkeit stellte Tuberkulose eine weitere Herausforderung dar. Die Tbc-Sterblichkeit konnte zwar von 35,8 Todesfällen auf 10.000 Einwohner im Jahr 1917 auf 10,8 im Jahr 1929 gesenkt werden, doch die Krankheit blieb ein ernstes Problem. Die Stadt reagierte mit der Modernisierung und Wiedereröffnung der Lungenheilstätte Donaustauf sowie der Errichtung von Wohnungen für Familien mit Tbc-kranken Angehörigen. Trotz der Herausforderungen im Gesundheitswesen machte Regensburg in den 1920er Jahren bedeutende Fortschritte, unter anderem durch die Errichtung einer städtischen Kinderklinik und Krankenhausbauten des Ordens der Barmherzigen Brüder.

Auch zeigte Regensburg weitere Modernisierungstendenzen. Katholische und bürgerliche Kreise nahmen den aufkommenden Rundfunk positiv auf. Der Naturwissenschaftliche Verein gründete bereits im Januar 1924 eine Radio-Gruppe, noch bevor die ersten Sendungen starteten. Die „Deutsche Stunde“ in Bayern wurde schnell beliebt, nicht zuletzt wegen der Opernübertragungen. Die Bevöl-

kerung in Regensburg hielt größtenteils an Traditionen fest, die teilweise im Widerspruch zur neuen republikanischen Staatsform standen. Das katholische Staatsverständnis unterstützte die Monarchie als legitime Staatsform, was sich in der Politik der 1920er in Regensburg widerspiegelte. Die Nationalsozialisten erregten 1923 Aufmerksamkeit, beispielsweise durch Hitlers ersten Auftritt in der Stadthalle, doch ihr politischer Einfluss blieb gering.

In den 1920er und frühen 1930er Jahren sah sich Regensburg mit erheblichen sozialen Herausforderungen konfrontiert, insbesondere in der Fürsorge für Kinder und Jugendliche. Die Stadt war auf die Unterstützung kirchlicher Einrichtungen angewiesen, um diesen Problemen zu begegnen. Der 1911/12 gegründete Katholische Jugendfürsorgeverein und andere kirchliche Organisationen spielten eine führende Rolle in der Jugendfürsorge und prägten neue Ansätze, wie Beratungsdienste für psychopathische und sprachbehinderte Kinder sowie Erholungsstätten. Trotz ideologischer Oppositionskritik kooperierte die Stadtverwaltung eng mit kirchlichen Einrichtungen, etwa bei der Gründung von Kindertagesstätten und Lehrlingsheimen.

Ein weiteres drängendes Problem war der gravierende Wohnungsmangel, der durch den Baustopp während des Krieges und die anschließende Inflation verschärft wurde. Zwischen 1919 und 1924 konnte Regensburg jährlich nur etwa 175 neue Wohnungen bereitstellen. Nach der Währungsstabilisierung investierte die Stadtverwaltung verstärkt in den Wohnungsbau, doch die Wohnungsnot blieb ein beständiges Problem. 1927 war Regensburg die bayerische Stadt mit den beengtesten Wohnverhältnissen. Ende 1928 verzeichnete das Wohnungssamt fast 4000 Wohnungsgesuche, wobei viele Familien in Notunterkünfte wie Baracken südlich des Bahnhofs am Galgenberg etwa und später sogar in ausrangierte Eisenbahnwaggons ziehen mussten. Diese

Maßnahmen verdeutlichen die akuten sozialen Missstände und die Bemühungen der Stadtverwaltung, adäquate Lösungen für die wachsende Wohnungs- und Sozialkrise zu finden.

Ende der Dekade hätte Regensburgs wirtschaftliche Entwicklung durch die Ansiedlung einer Ford-Niederlassung eine signifikante Wendung nehmen können. Anfang 1929 wurden Verhandlungen mit dem US-amerikanischen Automobilkonzern aufgenommen, um Regensburg als Standort für eine Niederlassung zur Versorgung Osteuropas zu etablieren. Diese Gespräche lösten hohe Erwartungen aus, die über eine einfache Zweigniederlassung hinausgingen, besonders innerhalb der SPD, die große Hoffnungen in das Projekt setzte. Aber die Enttäuschung war groß, als Köln stattdessen den Zuschlag für die Hauptniederlassung erhielt.

Zudem war Regensburg in den 1920er Jahren als Hafenstandort bekannt, insbesondere wegen des ansteigenden Umschlags. Bis 1926 hatte sich der Hafenumschlag im Vergleich zu 1913 fast verdoppelt, und trotz der Weltwirtschaftskrise blieb der Hafen relativ krisenfest. Die Stadtverwaltung verfolgte zahlreiche Initiativen, um das Ziel eines Industriehafens zu erreichen. Das Projekt eines "Osthafens" wurde nach dem Krieg zunächst auf Eis gelegt, aber mit der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung auf dem Balkan und dem Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals 1921 wurde es wiederbelebt. Die Stadtverwaltung sah in diesem Projekt die Chance, Regensburg zu einem führenden Handelsplatz zu machen. Es waren 15 Hektar für industrielle Ansiedlungen am Osthafen vorgesehen, um Regensburg als Drehscheibe im Ost-West-Handel zu etablieren. Die Gründung der "Osthafen Aktiengesellschaft" (OstAG) Ende 1923 spiegelte den Enthusiasmus der Stadtverwaltung wider, jedoch blieb der erhoffte finanzielle Durchbruch für das Projekt aus.

Aufgrund der Vielfältigkeit der Über-

lieferung zur Geschichte der 1920er Jahre zielt der Archivkurs darauf ab, eine vergleichende Analyse archivalischer Quellen im Zusammenhang mit der Weimarer Republik durchzuführen, wobei der Schwerpunkt auf regionalen Vergleichen liegt. Durch die Untersuchung einer Reihe von Primärquellen aus verschiedenen Regionen während des Zeitraums 1919-1933 heben die Studierenden in ihren Beiträgen die vielfältigen sozio-politischen und wirtschaftlichen Bedingungen hervor, die diese Ära charakterisierten. Die Analysen tragen zu einem nuancierteren Verständnis der Weimarer Republik bei und betonen die Bedeutung regionaler Perspektiven in der historischen Forschung. Dazu wurden eine qualitative Analyse von Archivquellen, einschließlich Zeitungen, offiziellen Regierungsdokumenten, persönlichen Briefen und Fotografien verwendet. Diese Quellen wurden aus Staatsarchiven in verschiedenen Regionen ausgewählt, was zwar keine repräsentative Stichprobe der Vielfalt innerhalb Deutschlands während der Weimarer Ära gewährleisten, aber einen Einblick geben kann. Die Analysen konzentrieren sich auf selbstgewählte Schlüsselthemen wie politische Neigungen, wirtschaftliche Bedingungen, soziale Bewegungen und kulturelle Ausdrucksformen.

Im Bereich der Politik offenbaren regionale Quellen signifikante Unterschiede oder Ähnlichkeiten in politischen Einstellungen. Zum Beispiel können Dokumente aus bayerischen Archiven wie dem Stadtarchiv Regensburg die oben angesprochenen starken konservativen und katholischen Einflüsse widerspiegeln, im Gegensatz etwa zu den liberaleren und sozialistischen Tendenzen in preußischen Regionen. Auch die wirtschaftliche Rahmenbedingungen variierten erheblich, wie in regionalen Industrieberichten und Beschäftigungsunterlagen zu sehen ist. Die stärker industrialisierten Regionen wie Schlesien erlebten andere wirtschaftliche Herausforderungen im Vergleich zum agra-

risch geprägten Süden. Der Einfluss sozialer Bewegungen, wie der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung, variierte regional. Archivquellen aus städtischen Zentren zeigen eine aktivere Beteiligung an diesen Bewegungen. Nicht zu vergessen sind jedoch auch kulturelle Dokumente, wie lokale Zeitungen und Theaterprogramme, die vom kulturellen Leben und der öffentlichen Meinung während der Weimarer Periode berichten.

Die Ergebnisse heben die Komplexität der Weimarer Republik hervor und bereichern das Bild, das sonst oft sozusagen aus Berliner Perspektive gezeichnet ist, mit regionalen Facetten. Die regionalen Unterschiede in politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten unterstreichen die vielfältigen Erfahrungen deutscher Bürger während dieser Periode. Sie unterstreicht die Bedeutung der Berücksichtigung regionaler Perspektiven in der historischen Forschung, insbesondere für Perioden, die durch bedeutende Vielfalt und Veränderung gekennzeichnet sind. Daher sollten die Studierenden als zukünftige HistorikerInnen diese regionalen Dimensionen weiter erforschen, um unser Verständnis historischer Ereignisse zu bereichern.

Auf den folgenden Seiten nehmen nun die TeilnehmerInnen in ihren Artikeln zunächst diese Institutionen in den Blick und befassen sich anschließend mit selbstgewählten Themen und kulturellen Einrichtungen bzw. Aspekten der Exkursionsorte. Das Bildmaterial illustriert und ergänzt die Darstellung der gewonnenen Einsichten.

Wie in den vergangenen Jahren gebührt unser herzlicher Dank der Sanddorf-Stiftung Regensburg, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Warschau/Berlin sowie der Stadt Regensburg für die finanzielle Unterstützung des Kurses, denn ohne diese großzügige Förderung wäre die Exkursion nicht möglich gewesen. Ebenfalls möchten wir uns an dieser Stelle für die inhaltliche Unterstützung und reichhaltige Diskussion der Fachwissenschaft und Erinnerungsarbeit in Archiven und Museen bei allen Partnerin-

stitutionen bei deren Leiterinnen und Leitern bedanken.

Allen voran sei hier in Reihenfolge des Programms Herrn Lorenz Baibl und Herrn Ferdinand Wagner für die wiederholte Möglichkeit des Besuchs im Stadtarchiv Regensburg und die Finanzierung der Broschüre gedankt. Ebenfalls persönlich und im Namen der teilnehmenden Studierenden danken möchte ich für die Führungen durch ihre Institutionen Frau Dr. Barbara Kalinowska-Wójcik stellvertretend für Frau Direktorin Dr. Sławomir Krupa vom Staatsarchiv Kattowitz, Herrn Prof. Dr. Ryszard Kaczmarek und Frau Agata Duda-Koza zusammen mit Herrn Herrn Michał Garbacz von der Schlesischen Bibliothek und Herrn Direktor Dr. Dr. Janusz Gołaszewski, vom Staatsarchiv Breslau. Auch möchte ich mich bei Herrn Dr. Roman Smolorz bedanken, ohne dessen Fähigkeit und Wissen als Dolmetscher und Historiker die Exkursion nicht möglich gewesen wäre. Schließlich gebührt mein Dank auch Herrn Prof. Mark Spoerer und Frau Roswitha Geiger für die Rahmenbedingungen und organisatorische Unterstützung, so dass der Archivkurs zum zehnten Mal eine von Seiten der Studierenden gern besuchte Veranstaltung im Portfolio des Lehrstuhls war.

Literaturhinweise:

- Knortz, Heike (2021): Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Zeit. Eine Einführung in Ökonomie, Gesellschaft und Kultur der ersten deutschen Republik. Göttingen.
- Reindl, Gerhard (2000): Zwischen Tradition und Moderne. Regensburg in der Weimarer Republik. In: Peter Schmid (Hg.): Geschichte der Stadt Regensburg, Bd. 1. Regensburg, S. 373–418.
- Ullrich, Volker (2023): Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Ziegler, Dieter (2013): Kriegswirtschaft, Kriegsfolgenbewältigung, Kriegsvorbereitung. Der deutsche Bergbau im dauernden Ausnahmezustand (1914-1945). In: Ders. und Klaus Tenfelde (Hg.): Rohstoffgewinnung im Strukturwandel, Bd. 4. (Geschichte des deutschen Bergbaus / hrsg. von Klaus Tenfelde, 4), S. 15–182.

Inhalt

Sebastian Pößniker

Zugänge zur Weimarer Republik über regionale Überlieferung. Einführung und Vorwort zum Archivkurs 2023.....1

Teil I

Archive und Museen

Ein kurzes Portrait der besuchten Institutionen

Tim Graser, Elian Romano-Brandt

Das Stadtarchiv Regensburg.....13

Michael Zimmermann, Tobias Zimolong

Staatsarchiv in Kattowitz.....17

Felix Hädrich

Die Schlesische Bibliothek in Katowice.....23

Sophia Speil, Selina Watke

Das Staatsarchiv Breslau / Archiwum Państwowe we Wrocławiu.....29

Magnus Kallfaß, Maximilian Sommer

Das Bergwerksmuseum Guido.....36

Torsten Bendl

Das schlesische Museum in Kattowitz.....42

Teil II Analyse und Synthese Quellen zur Sozial und Wirtschaftsgeschichte aus Breslau, Kattowitz und Regensburg

Torsten Bendl

Quellenvergleich der Akte ZR 6459 „Bahnzoll“ des Stadtarchivs Regensburg mit der Akte HZA Byt 33 „Eisenbahnen (privilegierter Verkehr)“ des Staatsarchivs in Kattowitz.....49

Tim Graser

Rheinlandbesetzung, Finanz- und Wirtschaftspolitik: Darstellungen der Reichsdeutschen Gesetzgebung in verschiedenen Zeitungen 1923.....52

Felix Hädrich

Die Hungerrevolten von 1923 und ihre Auswüchse in Schlesien.....55

Magnus Kallfaß

Versuche der Entwaffnung der Bevölkerung Anfang der 1920er Jahre in Regensburg und Oberschlesien.....58

Elian Romano Brandt

Streiks und innere Konflikte der oberschlesischen Arbeiterschaft 192362

Michael Sommer

Probleme im Rahmen der Demobilmachung in Regensburg und Schlesien.....65

Sophia Speil

Wirtschaftsentwicklung der späten Weimarer Republik und ihre Auswüchse in Schlesien.....69

Selina Watke

Die Fremdenverkehrsförderung in der Weimarer Republik als neue Chance zur Wirtschaftsförderung.....72

Michael Zimmermann

Katowice und Regensburg - Archivmaterial zur Notgeldausgabe.....75

Tobias Zimolong

Die Tuberkulosebekämpfung in Oberschlesien und Regensburg in den 1920er Jahren.....79

Teil III
Geschichtsvermittlung und Reflexion
Impressionen in Wort und Bild

<i>Tim Graser</i> Schlesisches Bergwerkmuseum: Der Königin-Luise-Stollen in Zabrze.....	83
<i>Felix Hädrich</i> Die Magdalenenkirche „Katedra św. Marii Magdaleny“ in Breslau.....	85
<i>Magnus Kallfaß, Tobias Zimolong</i> Militärmuseum in Breslau (Museum Militariów).....	87
<i>Eliau Romano Brandt</i> Der Breslauer Dom.....	89
<i>Michael Sommer</i> Polnische Nationalität im Schlesischen Museum im Wandel der Zeit.....	91
<i>Torsten Bendl</i> Die Universität Breslau	93
<i>Sophia Speil</i> Oratorium Marianum.....	95
<i>Selina Watke</i> Universität Breslau mit der Aula Leopoldina.....	96
<i>Michael Zimmermann</i> Panorama Raławicka.....	97
<i>Sebastian Pößniker</i> Wasser-Wissenszentrum Hydropolis Breslau.....	98

Teil I
Archive und Museen
Ein kurzes Portrait der besuchten Institutionen

Das Stadtarchiv Regensburg

Tim Graser, Elian Romano-Brandt

Es gilt als das „Gedächtnis“ der Regensburger Stadtverwaltung: das Stadtarchiv. Zur Bibliothek existieren zunächst viele Gemeinsamkeiten: meterlange Regale, viele Bücher und ein großer Lesesaal. Im Gegensatz zur Bibliothek hat das Archiv jedoch andere Aufgaben, was in Regensburg am Ämter-Organigramm auf der Website des Stadtarchivs ersichtlich wird. Dort ist es dem Kulturreferat angegliedert, man findet es beim „Amt für kulturelles Erbe“. Im Stadtarchiv Regensburg lagern deswegen Akten, Urkunden, alte Zeitungen und viele weitere Archivalien, die die Stadt Regensburg und umliegende Orte betreffen, zum kulturellen Erbe gehören oder als rechtskräftige Dokumente bis in die heutige Zeit hinein bedeutsam sind. Dazu zählen auch nicht-staatliche Erzeugnisse, beispielsweise Vereinsarchive und Nachlässe, welche das Leben der Stadtbevölkerung dokumentieren. All das zu bewahren und zu

konservieren, das ist Aufgabe des Archivs.

Das Runtingerhaus, welches das Regensburger Stadtarchiv aktuell noch beherbergt (ein Umzug in modernere Räumlichkeiten im Regensburger Süden steht kurz bevor), ist benannt nach dem Kaufmann Matthäus Runtinger, der in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts als „Archivar“ für das reichsstädtische Archiv in Regensburg berufen wurde. Das Regensburger Stadtarchiv, damals noch in der Funktion als Archiv einer freien Reichsstadt, beherbergt also nicht nur Historie, sondern ist selbst historisch.

Bis zum 19. Jahrhundert waren vor allem Juristen mit der Betreuung der Archive betraut. Lange Zeit überwog die juristische Relevanz – rechtskräftige Akten, Urkunden oder Verträge mussten schließlich aufbewahrt werden – gegenüber der historischen Relevanz. Viele Dokumente, die damals als vermeintlich unwichtig aussortiert und

entsorgt wurden, wären für die heutige Forschung von enormer Relevanz. Seit dem 19. Jahrhundert änderten sich deswegen die Prioritäten und immer mehr Historikerinnen und Historiker drängten in die Berufsränge der Archivare.

Deren Aufgabe ist es zunächst, die eingehenden Archivalien nach möglichst objektiven Kriterien zu bewerten. Die Masse an Dokumenten, welche die moderne Bürokratie produziert, ist so zahlreich, dass unmöglich alle von ihnen Eingang in das Stadtarchiv finden können. Der Archivar bzw. die Archivarin ist deswegen dafür zuständig, zu bestimmen, ob ein Dokument oder irgendein anderer Datenträger dem Verbleib und der Bewahrung im begrenzten Platz des Archivs würdig ist. Für diese Bewertung ist unter anderem von Relevanz, wer für das Dokument zuständig war und welches rechtliche Gewicht es hatte. Darüber hinaus wird berücksichtigt, ob es sich um das Erzeugnis einer Routineaufgabe handelt, also ein immer gleichförmiges Amtsdokument.

Des Weiteren stehen die Archivarinnen und Archivare den Nutzern des Stadtarchivs

beratend zur Seite, helfen beim Auffinden relevanter Dokumente und führen in Einzelfällen auch kostenpflichtige Auftragsrecherchen durch – letzteres wird vor allem in Fragen, die das Erbwesen betreffen, in Anspruch genommen. Zur Aufgabe moderner Archivarinnen und Archivare der heutigen Zeit gehört zudem noch die Digitalisierung und das Online-Verfügbarmachen des Archivbestandes. Eine Aufgabe, die schwieriger ist, als sie zunächst erscheint, da für die elektronische Verarbeitung dieser Daten zunächst Rechts- und Finanzierungsfragen geklärt werden müssen. Auch elektronische Datenserver sind nicht für die Ewigkeit geschaffen, ein Datenverlust muss deswegen auch in der digitalen Welt verhindert werden. Schließlich erstellt und veröffentlicht das Stadtarchiv und ihre Mitarbeiter auch eigene Publikationen zu verschiedenen Themen.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Archivarinnen und Archivare ist die Öffentlichkeitsarbeit. Neben der Unterstützung der Archivbenutzung durch Privatpersonen nimmt das Stadtarchiv Regensburg regelmäßig am „Tag der Archive“ teil. Zusammen mit dem



Archivinspektor Ferdinand Wagner begann die Führung durch das Stadtarchiv mit einer Präsentation



Der Bebauungsplan für die Hafenanlage (ZR II 5119), legen Zeugnis für die Entwicklungswünsche für die Wirtschaft in Regensburg ab

Bischöflichen Zentralarchiv, dem Spitalarchiv, dem Turn und Taxis Zentralarchiv, dem Universitätsarchiv sowie Gemeindearchiven aus dem Landkreis Regensburg öffnet das Stadtarchiv Regensburg seine Magazine und bietet Gespräche und Lesungen zu wechselnden Schwerpunkten an. So wurde 2022 „Essen und Trinken in Regensburgs Geschichte und Gegenwart“, 2020 der historische Wandel der Kommunikation thematisiert. Die Archive möchten während der Veranstaltung die Regensburger Stadtbevölkerung zum einen über ihre Arbeit informieren, zum anderen ein Interesse an den aufbewahrten Dokumenten und der Arbeit mit diesen fördern. Zu diesem Zweck werden der Öffentlichkeit besonders wertvolle Dokumente präsentiert sowie anhand von Führungen ein Einblick in die Aufbewahrung jener Schätze gegeben.

Der große physische Bestand des Regensburger Stadtarchivs lagert auf mehreren Etagen in langen, metallenen Regalen auf Rollen. Darunter finden sich beispielsweise ein Band des Almosenamtes des freien

Reichsstadt Regensburg von 1567, ebenso wie verschiedene Zeitungen aus dem 20. Jahrhundert. Ein großer Teil der ehemaligen Bestände lagert heute allerdings nicht mehr in Regensburg, sondern im bayerischen Hauptstaatsarchiv in München, da besagte Unterlagen nicht unmittelbar die Stadt Regensburg, sondern Angelegenheiten des Reiches betrafen.

Als Stadtarchiv lagert in Regensburg vornehmlich Schriftgut und andere geschichtsbezeugende Quellen, die Vorgänge bezeugen, welche die Stadt Regensburg direkt betreffen und dort vonstattengingen. Trotzdem reichen die ältesten in Regensburg eingelagerten Archivalien bis in das 13. Jahrhundert zurück. Ähnlich wie bei den meisten Bibliotheken ist auch im Regensburger Stadtarchiv mittlerweile ein Online-Katalog verfügbar, circa 4000 Archivalien wurden in Regensburg bereits volldigitalisiert. Eine Fern- oder „außer-Haus-Ausleihe“ der physischen Bestände, wie in den 1920ern, gibt es hingegen im Regensburger Stadtarchiv



Auch die Arbeit mit Originalquellen stand beim Archivbesuch an

schon länger nicht mehr. Die entsprechenden Archivalien – wenn nicht bereits online verfügbar – können ausschließlich vor Ort im Stadtarchiv im Runtingerhaus, an der Keplerstraße 1 eingesehen werden.

Zur Vorbereitung der Archivexkursion nach Kattowitz und Breslau wurde unsere Gruppe, bestehend aus Studierenden der Geschichtswissenschaft, durch die Räume des Archivs geführt. Nach einer allgemeinen Einführung in die Geschichte des Archivs sowie die Arbeit der Archivarinnen und Archivare, konnten wir das unterirdische Innenleben besichtigen. Dabei fiel insbesondere die Bauart des Archivs auf, die mit ihren schweren Türen und dicken Wänden an Bunkeranlagen erinnert. Und nicht ohne Grund: Im Kalten Krieg eingerichtet (der Umzug des Regensburger Stadtarchivs ins Runtingerhaus erfolgte 1977) war die robuste Innenausstattung auch dazu gedacht, leichte Kriegszerstörungen aushalten zu können und so jahrhundertealte Dokumente auch in potenziellen Kriegszeiten für die Nachwelt zu

erhalten.

Der Einblick in das Innenleben des Stadtarchivs ähnelte einer Reise durch die Stadtgeschichte, welche anhand verschiedener Quellen veranschaulicht wurde. Die begutachteten Dokumente reichten dabei von schweren Büchern über die Funktionsweise der Armenfürsorge im 16. Jahrhundert über eine detaillierte Karte zu einer nicht umgesetzten Erweiterung des Regensburger Hafengebiets im Osten der Stadt aus den 1920er Jahren bis zu Werbeplakaten von Theateraufführungen in den 1990er Jahren.

Die Exkursion in das Regensburger Stadtarchiv hat uns nicht nur ein grundlegendes Verständnis für den Aufbau eines Archivs gegeben und uns für die Herausforderungen der Archivarbeit sensibilisiert, sondern uns auch ermöglicht, das Archivwesen in Deutschland mit dem polnischen zu vergleichen.



Herr Wagner führte die Gruppe durch die Magazine des Stadtarchivs

Staatsarchiv in Kattowitz

Michael Zimmermann, Tobias Zimolong

1932 Archiv der neu gegründeten polnische Wojewodschaft Schlesien, 1941 deutsches Staatsarchiv sowie im Anschluss polnisches Staatsarchiv: Das heute viertgrößte Staatsarchiv Polens zeichnet sich durch die wechselvolle Geschichte Oberschlesiens aus. Auf dem zu Zeiten des Kalten Krieges von der Roten Armee als Panzerkaserne genutzten Gelände werden verschiedensprachige Akten aus unterschiedlichen Staaten bzw. vorstaatlichen Zeiten aus der Region des heutigen östlichen Teil Schlesiens sowie des westlichen Teil Kleinpolens aufbewahrt.

Die zentralstaatliche Struktur Polens, im Gegensatz zur dezentralen Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland, kennzeichnet das Archivnetz und auch das Archivgut als national bedeutend und hebt seine

Relevanz für die polnische Geschichtsschreibung hervor. Das Staatsarchiv in Kattowitz verfügt darüber hinaus über Außenstellen in Bielitz-Biala, Teschen, Gleiwitz und Ratibor, die zusammen mit dem Hauptarchiv eine umfassende Sammlung historischer Schriftstücke aller Art aus der Region bewahren und zugänglich machen.

Ein großer Teil des 28 lkm umfassenden und bis ins 13. Jahrhundert zurückreichenden Bestandes des Archivs ist in polnischer Sprache verfasst. Deutsche Akten sind jedoch aufgrund der Bevölkerungsstruktur Oberschlesiens – insbesondere bis 1945 – ebenfalls reichlich vorhanden. Bei der Analyse des Materials ist es vor allem bei Akten wichtig, Namensänderungen von Orten zu berücksichtigen. So muss bei der

Suche nach Akten aus den 1920er Jahren zu beispielsweise Zabrze darauf geachtet werden, dass dieser Ort von 1915 bis 1945 Hindenburg O. S. hieß. Ebenso beachtenswert ist die Paginierung: Viele Akten in polnischen Archiven sind mit Seitenzahlen versehen, wobei es teilweise zu zwei Paginierungen kommen kann, wenn neben der Paginierung des Archives selbst beispielsweise das dem Material abgebende Amt die Seiten schon nummeriert hatte.

Seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine 2022 werden wichtige Archivalien zusätzlich speziell gekennzeichnet, um im Falle eines Polen direkt betreffenden Krieges, evakuiert werden zu können. Archivalien aus Ostpolen würden im Falle eines Angriffs nach Kattowitz gebracht. Je nach politisch-militärischer Lage könnte es demnach dazu kommen, dass bestimmte Materialien nicht eingesehen werden könnten.

Wichtige Urkunden wurden jedoch digitalisiert, können gleichzeitig aber nur in

Ausnahmefällen im Original bereitgestellt werden. Eine der für den Staat Polen wohl relevantesten Urkunden des Archivs betrifft die Gebietseinbindung Ostoberschlesiens an Polen nach dem Ersten Weltkrieg.

Neben Urkunden, Personalakten, etc. beherbergt der Standort viele Karten und Pläne. Besonders sind hier die aufgrund der Bedeutung Oberschlesiens als Bergbauregion zahlreichen Industriepläne sowie die Kartierungsunterschiede zwischen den Kartierungen verschiedener Staaten. So zeigen beispielsweise russische Karten deutsche Gebiete und deutsche Karten die unter russischer Herrschaft liegenden Gebiete weniger genau.

Es gibt auch visuelle Unterschiede in der Art der Kartierung zwischen österreich-ungarischen, deutschen, russischen und polnischen Karten, die schon bei einer oberflächlichen Begutachtung auffallen. Die älteste Kartierung stammt dabei aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Da



Frau Dr. Barbara Kalinowska-Wójcik (u. re. li.) führte durch die Abteilungen des Staatsarchivs beginnend mit dem Hauptgebäude, wo sich der Lesesaal befindet

Die Magazine des Staatsarchivs enthalten über 12 km laufendes Schriftgut

für Erstellung und Zeichnung von Karten viele Experten notwendig waren, was sich dementsprechend auf den Preis auswirkte, wurden Karten lange genutzt.

Besonders ist, dass die Karten beherbergende Archivabteilung trotz der beiden Weltkriege nicht zusammenbrach, sodass der Bestand als Ganzes erhalten blieb. Genutzt wird die Karteneinsicht dabei nicht nur von Historikern, Wissenschaftlern, Studenten und Familienforschern, sondern auch von Betrieben, Tiefbauämtern etc. Für diese sind Bergwerkkarten von hoher Relevanz, da durch sie Kohleabbaugebiete ersichtlich werden, dessen Böden über Tage sinken können, was den entsprechenden Standort weniger attraktiv für Bauvorhaben machen kann. Betrachtet werden können die Karten im Lesesaal des die Kartierungen beherbergenden Gebäudes. Bei der Betrachtung sind Fotografien möglich, das Scannen kann

gegen eine Gebühr von 10 Złoty pro Karte erfolgen.

Um den möglichst langen Erhalt der Bestände sicherzustellen und damit ihre fortgesetzte Benutzung durch BürgerInnen, Forschende und öffentliche Stellen zu ermöglichen, verfügt das Staatsarchiv über eine eigene Werkstatt zur Konservierung und Restaurierung von Archivgut. Die mit der Verfolgung dieses Ziels einhergehenden Aufgaben und Problemstellungen sind derart vielfältig, dass die Abteilung in mehrere Arbeitsbereiche aufgegliedert wurde, die mit jeweils eigenen Methoden oder Maßnahmen einen wichtigen Beitrag zur Bestandssicherung leisten.

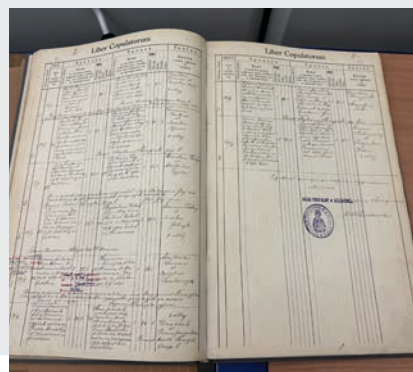
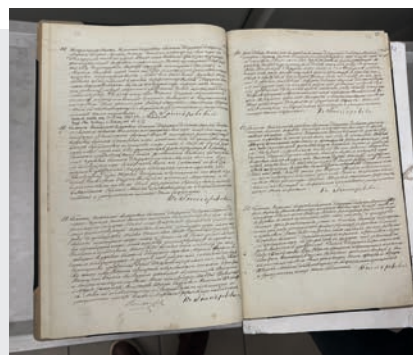
So werden beispielsweise bestimmte schadhafte Akten, die nach Kriterien der historischen Bedeutung, der Häufigkeit ihrer Benutzung und des Zustands ausgewählt wurden, von einer Konservatorengruppe

individuell behandelt. MitarbeiterInnen entbinden die Papierblätter zunächst und nehmen eine mechanische Reinigung vor. Dann wird das Archivale, so die chemische Zusammensetzung des Schreibmediums dies zulässig macht, in filtriertem Wasser gewaschen. Schließlich werden schadhafte Stellen behutsam mit farblich passendem Japanpapier (washi) ergänzt und alles wieder zusammengefügt. Auf diese Weise können durch drei Vollzeitbedienstete im Jahr etwa 2000 Blatt restauriert werden.

Einer anderen Schadbefundung ließe sich allerdings mit diesen Eingriffen und einer auf das einzelne Archivale ausgelegten Herangehensweise nicht adäquat begegnen: Die Verwendung von säurehaltigem Papier als Beschreibstoff, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzte und weit bis in das darauffolgende hineinreichte, erfordert auch bei (noch) intaktem Archivgut das

vorbeugende Durchlaufen eines Massenkonservierungsvorgangs. Diese Entsäuerung soll einer unweigerlich stattfindenden Zersetzung und Farbveränderung vorbeugen beziehungsweise diese Prozesse aufhalten. Die Prüfung durch die Generaldirektion der staatlichen Archive hat ergeben, dass bis zu 90% aller polnischen Archivbestände gefährdet sind. Dementsprechend wurde eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe berufen, die die anzuwendenden Methoden und Standards für das polnische Archivwesen festzulegen hatte.

Während Bibliotheken, aufgrund der Buchbindung, nur unter Einsatz von Gas entsäuern können, ist es Archiven möglich, die Einzelblätter entbundener Akten in einer Magnesiumcarbonatlösung maschinell zu waschen. Dieser Vorgang dauert etwa vier Minuten und die eingangs gemessenen pH-Werte im Bereich von 3–5 lassen sich so



Der Kurs konnte auch Einblicke in die Quellen nehmen, wie hier in Ständesamtsbücher

Auch die besonders wertvollen Archivgüter wurden präsentiert, wie die Übernahmeurkunde durch den polnischen Staat für den von 1922 polnischen Teil Oberschlesiens. Polen ließ dieses Dokument auf die UNESCO Liste setzen.

auf 8–9 bessern. Anschließend werden die Akten getrocknet und nach Ausbesserung kleinerer Schadstellen wieder gebunden. Um dabei die Vollständigkeit und den Erhalt der ursprünglichen Anordnung des Archivguts zu gewährleisten, wurde für die Massenentsäuerung eine eigene Registratur eingerichtet, die das eingehende Material farblich markiert und so während des Vorgangs nachverfolgbar macht. Bestimmte Stücke - zum Beispiel diejenigen, an denen Siegel angebracht sind - lassen die Anwendung dieser Methode jedoch nicht zu, sondern müssen von den MitarbeiterInnen mit Gas behandelt werden. In Polen gibt es insgesamt vier Werkstätten, die sich mit dieser umfassenden Konservierungsaufgabe befassen. Kattowitz alleine kann mit fünf MitarbeiterInnen jährlich etwa 180.000 Blatt entsäuern.

Gleichwohl es in diesem Arbeitsbereich eine Reihe von Herausforderungen zu überwinden gilt - der betroffene Umfang an Archivgut und die stetig fortschreitende Schädigung des Beschreibstoffes sind hier

hervorzuheben -, stellt sich das Vorgehen für die Archivare und Konservatoren zumindest als zeitlich und organisatorisch gut planbare und technisch routiniert durchführbare Maßnahme dar. Ganz anders verhält es sich etwa bei der Aktenrettung, für die die Werkstatt des Staatsarchivs ebenfalls zuständig ist. In diesem Fall ist naheliegenderweise ein Zeitpunkt nicht vorherbestimmbar und konservatorische Unbekanntes müssen als zusätzliche Hürde von den MitarbeiterInnen genommen werden.

Bei immer wieder eintretenden Schädigungen von Archivgut durch eindringendes Wasser, das beispielsweise bei Flutereignissen in die Archivräume gelangt, aber auch - wie jüngst in Krakau geschehen - als Folgeerscheinung einer erfolgreichen Brandbekämpfung, wird nach rascher Bergung das Material umgehend auf -30 °C eingefroren. Dadurch kann unter anderem verhindert werden, dass sich zusätzlich organischer Bewuchs in den schadhafte Beständen ausbreitet. Die schon vorhandene Flüssigkeit

lässt sich nun ohne Zeitdruck aus den derart vorbereiteten Akten durch regelrechtes Abdampfen schonend wieder entfernen. Dann erfolgt eine Trocknung, die ein bis zwei Wochen andauert, und zuletzt die Übergabe an KollegInnen zur weiteren Restaurierung.

Sollte es tatsächlich zu einer Kontamination von Archivgut gekommen sein, können in Kattowitz jederzeit 50–80 lfm desselben isoliert gelagert werden, bis die entsprechend abtötende Behandlung mit Ethylenoxid in der hauseigenen Unterdruckkammer möglich ist. Benutzbar sind die Archivalien erst wieder, wenn sie noch mindestens zwei Wochen in einem Auslüftungsraum abgelegt waren. Im Verlauf eines Jahres lassen sich so etwa 300 lfm sterilisieren und in den normalen Archivverkehr zurückführen.

Schließlich darf bei alledem eine wichtige technische Errungenschaft, die zum möglichst dauerhaften Bestandserhalt beitragen wird, nicht außer Acht gelassen werden: natürlich wird auch in Kattowitz die Digita-

lisierung von Archivgut unter Beachtung landesweit gültiger Standards vorangetrieben. Entscheidungen darüber, welche Stücke zuerst digital erfasst und kopiert werden müssen, sind selbstverständlich auch hierbei an Kriterien wie dem Zustand, Wert und Nutzungsprofil des Archivals ausgerichtet.

Die dann entstehenden Dateien dürfen nicht nur lokal gespeichert bleiben, sondern müssen umgehend an ein digitales Zentralarchiv weitergegeben werden, um das Risiko eines katastrophalen Datenverlusts möglichst gering zu halten. Obwohl allein dieses Jahr bis Oktober 96.000 Aufnahmen angefertigt, verarbeitet und gespeichert wurden, geht der Anteil der bereits digitalisierten Archivalien aber noch nicht über die Nachkommastellen hinaus und so wird diese Arbeit das Archiv und die Konservatoren-Werkstatt in Kattowitz auf absehbare Zeit weiter beschäftigen.



Die Abteilung für Restaurierung beinhaltet die Massenentsäuerung sowie die Fachkräfte für Einzelblattrestaurierung

Neben der Digitalisierungszentrum und der Dekontamination besuchte der Kurs auch das Magazin für historische Karten

Die Schlesische Bibliothek in Katowice

Felix Hädrich

Am Donnerstag stand als zweiter Programmpunkt die Biblioteka Śląska w Katowicach (dt. Schlesische Bibliothek Kattowitz) auf dem Plan des Archivkurses. Die Gruppe wurde in der Zentrale der aus drei Gebäuden bestehenden Bibliothek von dem Stellvertretenden Direktor der Bibliothek und Leiter des Institutes für Regionalforschung an der Schlesischen Bibliothek, Herrn Professor Ryszard Kaczmarek und zwei weiteren Mitarbeitern, Frau Agata Duda-Koza und Herrn Michał Garbacz empfangen.

Zu Beginn führt Frau Duda-Koza die Gruppe durch die verschiedenen Bereiche der Bibliothek und gibt dabei ausführliche Informationen über die Arbeitsweise, Aufteilung und die Geschichte der Institution. Die Schlesische Bibliothek hat ihre Wurzeln in den Jahren 1922/23, also blickt mittlerweile

auf eine fast 100-jährige Geschichte zurück. Sie wurde jedoch nicht als die öffentliche Bibliothek, die sie heute ist, sondern als eine Präsenzbibliothek für das Schlesische Parlament gegründet. Dieses tagte in der Zwischenkriegszeit in der damaligen Hauptstadt der autonomen Woiwodschaft Schlesien (Województwo Śląskie) in Kattowitz, das zum ersten Mal zu Katowice wurde.

Um diese Funktion einer Präsenzbibliothek zu erfüllen, umfasste der Bestand nach ihren Gründungsjahren vor allem eine kleine Rechtssammlung, erweiterte sich im Laufe der Jahre, begünstigt durch ein immer größer werdendes Budget. Dies ermöglichte im Jahr 1934 den Umzug in ihren langjährigen Sitz in der ul. Francuska in Katowice, in der die Bibliothek ihren Bestand, unter anderem durch die Aufnahme an Pflichtexemplaren ab

dem Jahr 1969, beständig erweitern konnte. Gleichzeitig zog die Bibliothek neben den Parlamentsmitarbeitern in früheren Jahren nun immer mehr Leser wie Studenten oder auch Bürger der Stadt und Region an.

Dass das ursprüngliche Gebäude nicht für immer der Sitz der Bibliothek sein sollte, zeichnete sich ab, als zum Beispiel die Sammlung um ältere und wertvollere Bücher erweitert wurde, aber es weder die Möglichkeit zur fachgerechten Konservierung noch genug Platz für die Aufbewahrung dieser Sammlung gab. Dies zeigte sich auch an der Gesamtkapazität der damaligen Lagerräume der Bibliothek, die 100.000 Bände bei einem Platzbedarf in fünffacher Höhe der vorhandenen Kapazitäten betrug. Diese und weitere Faktoren führten dazu, dass in den 1990er Jahren, nach einem Wettbewerb Architekten aus der ARAR-Gruppe das heutige Gebäude entwarfen, welches am 24. Oktober 1998 feierlich eröffnet wurde.

Wie weiter ausgeführt wurde, umfasst der heutige Bestand der Bibliothek rund zwei

Millionen Einheiten, wobei es sich wahlweise um Bücher, Audiobooks, DVD oder auch Noten handelt; aber auch einige Karten und andere Artefakte lassen sich in den Beständen der Bibliothek finden. Diese Sammlung verzeichnet einen jährlichen Zuwachs von 20.000-30.000 Einheiten, wobei diese zu Teilen aus Pflichtexemplaren, Neuerwerbungen und Schenkungen bestehen. Die Sammlungen werden nicht nach Themen katalogisiert, wie es zum Beispiel in der Regensburger Systematik der Fall ist, sondern nach einer laufenden Nummer, also nach der Numerus-Currens-Systematik.

Das Lagerungssystem der Bibliothek ist gleichzeitig auch eines der modernsten in ganz Polen, wie weiter ausgeführt wird, denn die Bücher können innerhalb des gesamten Magazins, welches sich im 7.–10. Stockwerk des Hauses befindet, über ein Transportsystem von einem Ort zum anderen gebracht werden, ohne dabei einen Menschen für den Weg zu benötigen. Dafür befindet sich an den Decken und Wänden des Magazins



Prof. Dr. Kaczmarek (2. v. li.) empfing die Gruppe in der Eingangshalle der Schlesischen Bibliothek



Frau Duda-Koza stellte die einzelnen Bereiche vor, auch „hinter den Kulissen“

ein Schienensystem, über welches Körbe von einem Ort zum anderen elektronisch gesteuert und folglich transportiert werden. In diesen Körben befinden sich die beförderten Medien. So ist es möglich, dass sich nur am Absende- und Empfangsort des Mediums ein Mensch befindet, um die Körbe zu be- und entladen.

Dadurch kann eine effektive und schnelle Arbeitsweise innerhalb der Magazinräume und in Bezug auf die Beschaffung von Büchern durch Besucher garantiert werden. So braucht eine (digital getätigte) Bestellung, in der heutigen Zeit in der Bibliothek 15-20 min, bis diese dem Besteller ausgehändigt wird. Früher befanden sich die Bibliothek und das Magazin zum Teil in unterschiedlichen Städten, zum Beispiel im damaligen Beuthen (poln. Bytom), sodass Tage bis zum Eintreffen der Bestellung vergehen konnten.

Dass die Bibliothek auch einen wissenschaftlichen Status besitzt (und deshalb unter anderem das Institut für Regionalforschung

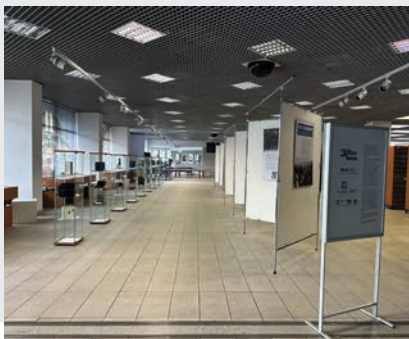
beherbergt), wird schon in der Eingangshalle ersichtlich, in der Wechselausstellungen zu bestimmten Themen stattfinden. Zum Zeitpunkt des Besuches des diesjährigen Archivkurses ist die Ausstellung „Korfanty in einem Zerrspiegel der Satire“ (Korfanty w krzywym zwierciadle satyry) zu sehen. Korfanty, ein Protagonist der Schlesischen Teilung nach dem ersten Weltkrieg, der mit seiner Rolle als Initiator des Gründungsstatuts der polnischen Woiwodschaft Schlesien eine durchaus von verschiedenen Volksgruppen und Nationen kontrovers gesehene Rolle einnahm, wurde durch seine Beteiligung an den damaligen Geschehnissen zur Zielscheibe von Angriffen der Presse, die mit den ausgestellten Karikaturen auf der damaligen medialen Ebene ausgeführt wurden.

Weiterhin werden in der Eingangshalle die früheren Zettelkataloge ausgestellt, die vor dem digitalen Zeitalter dazu dienten, in alphabetischer Reihenfolge nach einem bestimmten Buch oder Autor zu recherchie-

ren. An dieser Stelle wird den Besuchern einerseits deutlich gemacht, auf welche lange Geschichte das Haus zurückblickt, andererseits der große Fortschritt vor Augen geführt, der für eine starke Beschleunigung aller bibliothekarischen Prozesse gesorgt hat.

Danach folgte eine kurze Besichtigung der „Bibliothek nach außen“, einem Bereich im Erdgeschoss, in dem die Bibliothek vor allem Öffentlichkeitsarbeit leistet. Deshalb ist dieser Bereich für die Öffentlichkeit gänzlich zugänglich. Menschen können hier ohne Ausweis dortige Bücher lesen, sich zu Gruppenarbeiten treffen und verweilen. Weiterhin befinden sich hier sowohl eine kleine Abteilung von Büchern, die in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut für Lehrer zur Verfügung gestellt werden, als auch eine Abteilung von Büchern in ukrainischer Sprache. Es wird also dem Besucher ersichtlich, dass hier möglichst verschiedene Bevölkerungsgruppen dazu animiert werden sollen, die Bibliothek zu benutzen.

Eine weitere Aufgabe, die die Bibliothek innehat, ist das Bewahren des schlesischen Erbes der Region, wie die Gruppe im Gespräch erfährt. Dazu gibt es eine eigene Schlesische Sammlung, welche auch über einen eigenen Lesesaal und ein eigenes Magazin verfügt. In diese Sammlung aufgenommen werden können alle Bücher und Medien, die entweder Schlesien als Region betreffen oder von schlesischen Autoren verfasst worden sind, wenn sie nicht vor dem 18. Jahrhundert in Umlauf kamen. Für diese Medien besitzt die Bibliothek wieder einen separaten Lesesaal und ein separates Magazin. Diese Aufspaltung sorgt dafür, dass sich Besucher potenziell über die einzelnen Teilbereiche schneller informieren können, da sich auch viele der Medien in den jeweiligen Lesesälen befinden. Gleichzeitig kann es aber auch für den ungeübten Bibliotheksbesucher durchaus eine Einstiegshürde darstellen, die zu nehmen ist. Jedoch befinden sich auf der Website der Bibliothek zur Aufteilung der



Die Fläche der Bibliothek bietet Raum für verschiedene Präsentationszonen



Die Schlesische Bibliothek bietet am Europaratsplatz 1 über 2,6 Mio. Medien an



verschiedenen Sammlungen ausreichend Informationen.

Die Schlesische Sammlung umfasst insgesamt 5000 Einheiten, dazu gehören unter anderem auch Atlanten, Flugblätter aus einer Sammlung bis in die 1960er-Jahre, Fotografien, Grafiken, Druckkarten, Originalgrafiken sowie Handschriften, solange diese alle einen klaren Schlesienbezug besitzen. Dabei wird darauf hingewiesen, dass das Schlesien in seinen historischen Grenzen gemeint ist, ein wichtiger Punkt, da es ja um die Bewahrung des kulturellen Erbes eines Landes und einer Landschaft geht und dies in der Vergangenheit einige national-politische Zuweisungen erfahren musste.

Ein Teil der Sammlung wird dabei in der Erklärung besonders herausgestellt, eine Reihe von handschriftlichen Regieanweisungen aus dem Lemberger Theater, welche lange in Lwiw (dt. Lemberg), lagen, bevor sie ab 1970 in der Bibliothek lagerten und zur Verfügung gestellt werden konnten. Es handelt sich hier um ein Erbe der polnischen

Vertriebenen aus der heutigen Ukraine.

Im Untergeschoss der Bibliothek gab es eine kurze Besichtigung der technischen Abteilung, die unter anderem einen Raum umfasste, in dem 3D-Scans von Objekten angefertigt werden können. Während der Führung befand sich ein Kostüm aus einer in Bytom (dt. Beuthen) aufgeführten Oper im Digitalisierungsprozess. Um diesen abzuschließen, musste eine Kamera das Kostüm im 360°-Winkel umkreisen und dabei 36 Bilder schießen, die letztlich am PC zu dem erwähnten 3D-Scan zusammengesetzt wurden, wovon man sich selbst überzeugen konnte.

Als letzten Programmpunkt empfingen Prof. Dr. Kaczmarek und Michał Grabacz die Gruppe in einem Konferenzraum, um die umfassenden Online-Recherchemöglichkeiten historischer Materialien vorzustellen, an denen das Institut für Regionalforschung arbeitet und die vom Institut betreut werden. Diese Services bieten einen großen Vorteil, da durch sie eine Recherche für historische

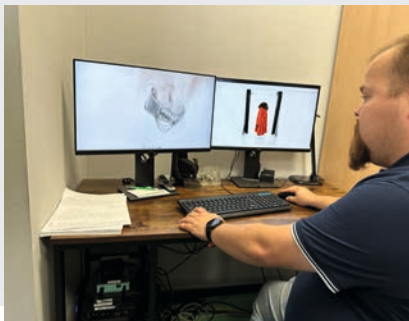
Forschungsarbeit auch von Deutschland aus ermöglicht wird.

Zu diesen Services zählt unter anderem die „Digitale Bibliothek“, die übergreifend alle Bestände polnischer Bibliotheken zum Durchsuchen zur Verfügung stellt; überdies gibt es eine Seite für die Suche von und in historischen Karten. Die könne man dann über heutige Karten, beispielsweise von Google Maps, legen, um so einen Vergleich regionaler Veränderungen über die Zeit hinweg anzustellen. Ein weiterer interessanter Service stellt die Seite www.ibrbs.pl dar, auf welcher unter anderem die Ergebnisse der schicksalhaften Volksabstimmung in Schlesien von 1921 auf Dorfebene recherchierbar sind, wobei den interessierten HistorikerInnen noch andere Kennziffern und Quellenachweise zur Verfügung gestellt werden.

Dazu ergänzend könnten dann über die Schlesische Digitale Bibliothek auch entsprechenden Schlesischen Zeitungen der Zeit untersucht werden. Auf der Website sind rund 200 schlesischen Zeitschriften und

Zeitungen recherchierbar, größtenteils in Deutsch, welche mit bis zu 150 Jahrgängen einen Einblick in die Geschehnisse der regionalen Vergangenheit Oberschlesiens liefern. Zusätzlich dazu sei dort die Geschichte Preußens in 300 Ausgaben abgebildet, sowie mehrere regionale Broschüren und Druckschriften seien vorhanden, wird weiter ausgeführt.

Um diese Flut an verschiedenen Angeboten auch möglichst einfach nutzen zu können, sei für nächstes Jahr ein Portal namens „Ariadna“ geplant, welches über Schnittstellen alle dieser Angebote kombinieren wolle, um die Suche noch mehr zu optimieren. An dieser Stelle entließ Prof. Kaczmarek die mitgereisten Studierenden mit einem Appell, die vielfältigen Möglichkeiten zu nutzen, um eine Arbeit über Schlesien anzufertigen, da sie nun gesehen hatten, wie viel Angebot ihnen dafür auch von Deutschland aus zur Verfügung steht.



Das Digitalisierungszentrum der Bibliothek bietet auf einen Raum für 3D-Aufnahmen historischer Requisiten

Prof. Dr. Kaczmarek (2. v. li.) und Michał Grabacz (re.) präsentieren das Digitale Angebot der Bibliothek

Das Staatsarchiv Breslau / Archiwum Państwowe we Wrocławiu

Sophia Speil, Selina Watke

Der Archivkurs besuchte am 13. Oktober 2023 das Staatsarchiv Breslau (Archiwum Państwowe we Wrocławiu). Direktor des Archivs, Dr. Janusz Golaszewski, begrüßte die Gruppe herzlich und freute sich, erneut eine Gruppe Studierende aus Regensburg empfangen zu dürfen. Zu Beginn hielt Dr. Golaszewski einen Vortrag über die Geschichte und die Bedeutung des Staatsarchivs Breslau. Das heutige Staatsarchiv Breslau geht auf das bereits in der Vorkriegszeit bestehende Staatsarchiv zu Breslau zurück. Nachdem 1810 als Folge der Säkularisierung die schlesischen Klöster aufgelöst worden waren, wurde 1811 das Archiv in gegründet

und in den einstigen Klosterbauten untergebracht. Zunächst funktionierte das Archiv als eine Abteilung der Universität, bis es 1821 eine selbstständige Institution wurde.

Durch das Erlangen der Selbstständigkeit konnte das Archiv nun nicht mehr nur Archivalien aus Klöstern aufbewahren, sondern erweiterte den Sprengel auf ganz Schlesien. 1834 wurde das Archiv in ein Amt umgewandelt und 1867 zu den preußischen Staatsarchiven aufgenommen. Durch diesen Statuswechsel wurde das Archiv zu einer Behörde. Dementsprechend passten sich auch die Aufgaben des Archivs an. Bis 1945 sammelte das Archiv das staatliche Schriftgut

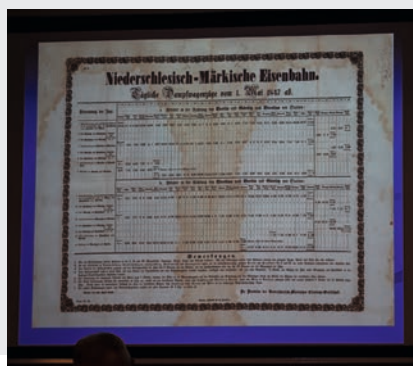
aus Schlesien und verfügte über einen beeindruckenden Urkundenbestand.

Das immerwährende Problem des Archivs war schon damals der Platzmangel. Daher musste das Archiv im 19. Jahrhundert mehrmals umziehen. 1906 wurden grundsätzliche Modernisierungsmaßnahmen im damaligen Archivgebäude durchgeführt, beispielsweise wurde das Archiv mit einem Aufzug ausgestattet und darüber hinaus elektrifiziert. Bis zum Kriegsausbruch 1914 war das Staatsarchiv zu Breslau eines der größten Archive im deutschen Reich und genoss ein sehr hohes Ansehen. Auch unter der Breslauer Bevölkerung war das Archiv durchaus beliebt, da das damalige Archivgebäude als besonders schön galt.

Allerdings wurde dieses Gebäude im Jahr 1945 durch Kriegseinwirkung zerstört und abgerissen. Der niederschlesische Gauleiter Karl Hanke hatte den Plan, sich u.a. auf dem

Platz des Archivs eine Start-Landebahn zu bauen. Diese sollte ihm einen Fluchtweg aus der zur Festung erklärten Stadt Breslau schaffen. Beim Bau der Startbahn blieben die Keller des Archivs erhalten, allerdings wurden die Räume durch einen sowjetischen Angriff mit Phosphorbomben zusätzlich beschädigt. Um das Archivgut vor Verlusten und Schäden zu schützen, wurde es noch vor dem ersten Luftangriff auf Breslau aus der Stadt gebracht.

Das Archivgut wurde auf eine weite Fläche verteilt, es wurde beispielsweise nicht nur im schlesischen Umland gesichert, sondern auch in der Tschechoslowakei (Protectorat Böhmen-Mähren), in weiteren preußischen Territorien und Sachsen zwischengelagert. Aufbewahrt wurde das Archivgut größtenteils in öffentlichen Gebäuden oder Gebäuden, die den notwendigen Platz boten. Hier kamen zum Beispiel Schulen in Frage.



Archivdirektor Dr. Janusz Golaszewski stellt die Geschichte des Staatsarchives vor

Dr. Golaszewski geht insbesondere auch auf die besonderen Bestände und die NS-Zeit ein

Obwohl mit der Auslagerung der Archivalien bereits 1942 begonnen worden war, kam es nach der Belagerung Breslaus 1945 zu drastischen Verlusten an Archivalien. Besonders bedauerlich waren die Verluste im Bereich der Urkunden, da diese zu den ältesten Beständen des Archivs gehörten.

Nach der Potsdamer Konferenz 1945 wurde der Entschluss gefasst das Staatsarchiv zu Breslau neu aufzubauen. Bereits am 17. Dezember 1946 wurde das Archivum Państwowe we Wrocławiu (Staatsarchiv Breslau) neu gegründet. Leiter des neuen Archivs war der vom Minister autorisierte Józef Stojanowski. Er und ein kleines Team aus Archivarinnen und Archivaren nahmen das Projekt auf, beschädigte Bestände soweit es ging zu retten und die übrigen, meist verstreuten Bestände zu erschließen und zu bearbeiten. Allerdings war die Suche nach einem geeigneten Standort für das neue Archiv sehr schwierig, da das alte Archivgebäude 1945 abgerissen wurde und nach der

Belagerung Breslaus im Zweiten Weltkrieg etwa 70 Prozent der Stadt zerstört waren. Glücklicherweise erhielt das Archivum Państwowe we Wrocławiu das alte Gebäude des Arbeitsamtes in der Ulica pomorska. Hier wurden bereits 1945 vereinzelte Akten des Vorgängerarchivs aufbewahrt.

Nachdem die Platzfrage gelöst wurde, war die größte Schwierigkeit für das neu entstandene Archiv, dass nach dem Kriegsende die Archivbestände noch immer weit verstreut waren. Die Archivalien sollten komplett nach Breslau zurückgeführt werden. Dies schloss auch die deutschen und preußischen Akten ein, obwohl sich Breslau zu diesem Zeitpunkt nicht mehr auf deutschem Staatsgebiet befand. Grund hierfür ist, dass eine Grundregel des archivarischen Arbeitens besagt, dass Archivalien, die in einem bestimmten Gebiet entstanden sind, auch in dem örtlichen Archiv aufzubewahren sind. Dementsprechend konnten die deutschsprachigen Archivalien nicht in Deutschland

bleiben, sondern mussten zurückgeführt werden.

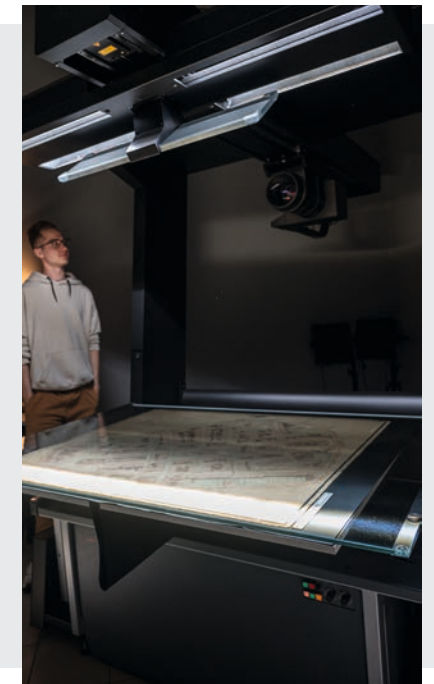
Allerdings entpuppte sich die Rückführung der Akten nach Breslau als eine besonders schwierige Angelegenheit. Akten mussten aus drei verschiedenen Staaten zurückgeführt werden: der DDR, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Zusätzlich erschwerend kam es seitens der Roten Armee zu Aktenbereinigungen. Die Rote Armee brachte ganze Aktenbestände nach Moskau als Beutegut. Teilweise verblieben Aktenbestände auch in der DDR. Um das Jahr 2000 wurde im Rahmen einer Aktenbereinigung ein Großteil der Bestände nach Breslau übergeben, wie beispielsweise 2005 wichtige Urkunden aus dem 13. und 14. Jahrhundert. Nichtsdestotrotz ist die Rückführung von Aktenbeständen aus Moskau noch immer eine komplizierte Angelegenheit. Teilweise liegen bis heute Bestände des Archivum Państwowe we Wrocławiu im Sonderarchiv in Moskau.

In den Jahren nach der Neugründung konnte das Archivum Państwowe we Wrocławiu seine Bestände und sein Archivnetz stetig erweitern. Mittlerweile verfügt das Archiv über acht Abteilungen. Neben dem Direktor Dr. Janusz Golaszewski übernimmt der stellvertretende Leiter Remigiusz Kazmierczak etliche Verwaltungsaufgaben. Ferner verfügt das Hauptarchiv in Breslau heute über vier Zweigstellen in Bunzlau (Bolesławiec), Hirschberg (Jelenia Góra), Kamenz (Kamieniec Żąbkowski) und Liegnitz (Legnica).

Am Ende seines Vortrages über die Geschichte des Archivs, stellte Dr. Golaszewski die zugänglichen Bestände des Archivs vor. Es zählt zu einem der größten Archive in Polen, da es um die 26.000 laufende Meter Akten aufbewahrt, darunter etwa 122.000 Karten und Pläne, über 65.000 Pergament- und Papierdokumente, mehr als 100.000 Bücher, eine große Siegelsammlung und etliche Fotos.



Impressionen von Archivalien



Das Digitalisierungszentrum bietet moderne Technik

Besonders beeindruckend ist der Bestand der Urkunden, der selbst europaweit herausragend ist. Die älteste Urkunde stammt aus dem Jahr 1175. Es handelt sich dabei um die Gründungsurkunde des Zisterzienserklosters Lubiąz (Leubus). Die Urkunde wurde von Herzog Bolesław I. mit dem ältesten erhaltenen Siegel in Schlesien ausgestellt. Ein weiteres wertvolles Dokument des Archivs stellt die Gründungsurkunde von Breslau vom 11. Dezember 1261 dar. Sie weist fünf Siegeln auf und wurde von den Söhnen Heinrich des Frommen, Herzog Heinrich III., dem Weißen, sowie Władisław, dem Erzbischof von Salzburg, ausgestellt. Zudem erinnern einige ebenfalls sehr alte Karten aus dem 13. Jahrhundert an die Schlesischen Piasten.

Diese wertvollen Dokumente wurden mit Pergamenthaut aus der Gebärmutter der Mutter eines ungeborenen Kalbes angefertigt. Deshalb sind sie bis in die Gegenwart makellos erhalten geblieben, in gut leserlicher Schrift und lebendigen Farben. Die

Dokumente mit dem schlechtesten Zustand des Archiv Breslaus stammen aus der vorletzten Jahrhundertwende sowie aus Zeiten der Volksrepublik Polen als sehr billiges Papier genutzt wurde, was heute in den Händen zerfällt.

Am meisten besucht wird das Archiv von Historikern und Genealogen, immer öfter aber auch von Archäologen, Juristen, Soziologen, Ethnografen, Politik- oder Sprachwissenschaftlern. Des Weiteren wird es genutzt von Forschenden abseits der Geisteswissenschaften wie etwa Geografen, Geologen, Natur- und Wirtschaftswissenschaftlern. Zudem dienen einige Dokumente des Archivs Amtszwecken. Forschenden interessieren sich besonders für den Bestand des Archivs aus der Zeit der Volksrepublik Polens sowie aus dem Zweiten Weltkrieg. So lassen sich etwa Quellen finden, die die Zwangsarbeit für das NS-Regime oder zurückgelassene Besitztümer bei Umsiedlungen aus den ehemaligen Ostgebieten Polens bestätigen.



In der Abteilung für Restaurierung arbeitet man aktuell noch an der Restaurierung der Oderhochwasserschäden

Beim Durchgang durch das Archivgebäude durfte der Kurs den Mitarbeitenden bei der Archivarbeit über die Schulter schauen. Zuerst waren wir in der Abteilung für die Aufbereitung des Archivguts, in der das Archivgut digitalisiert wurde. Den ersten Scan fertigte das Archiv 1998 an, die Massendigitalisierung ist seit 2010 ein Projekt des Archivs. In welcher Reihenfolge die Archivalien momentan digitalisiert werden, hängt vom Alter, dem Zustand und der Nachfrage der jeweiligen Archivalien ab. Mit dieser Differenzierung soll gewährt werden, dass die originalen Archivalien möglichst lange erhalten bleiben und nicht durch Gebrauch verschleifen. Für die Zukunft ist aber das Ziel den gesamten Bestand des Archivs zu digitalisieren.

Damit das Laden der Digitalisate nicht unnötig lange dauert, wird im Archiwum Państwowe we Wrocławiu ein spezielles, in Kooperation mit der dortigen Universität entwickeltes Programm angewendet: beim



Ihre Expertise bei Wasserschäden demonstrieren die Mitarbeiter*innen der Abteilung II - geleitet von Jan Drozd (oben 2. v. l.), der Gruppe

Laden des Bildes werden nur jeweils die Bildausschnitte geladen, die gerade benötigt werden. Dadurch kann das Bild insgesamt viel schneller laden, als wenn immer das gesamte Bild geladen werden würde. Voraussichtlich soll dieses Breslauer System in zwei Jahren in allen Staatsarchiven verfügbar sein.

Das neue Prachtstück der Abteilung für die Aufbereitung ist ihr neuer Scanner. Dieser Scanner ist speziell nur für das Scannen von Karten angefertigt. Die Bildqualität ist mit 600 dpi sehr hochwertig und auf den Scans sind alle Kartendetails problemlos erkennbar. Von diesem Exemplar gibt es insgesamt nur zwei Scanner in ganz Polen.

Nach dem wertvollen Einblick in die Digitalisierung von Archivgütern gingen wir in die Abteilung für die Restaurierung von Archivgut. Die Restaurierung des Archivguts war in zwei Teile getrennt: der trockenen und der nassen Konservierung. Die Archivalien werden zuerst in Wasser gereinigt und danach getrocknet. Auf den ersten Blick



wirkte es zwar widersprüchlich ohnehin beschädigtes Archivgut in Wasser zu legen, aber uns wurde erklärt, dass dies eine der besten Methoden ist, um das Papier zu reinigen und die historische Tinte meist ohnehin wasserfest ist. In der Regel kann durch eine Restaurierung der Zustand des Archivguts massiv verbessert werden. In schwierigen Fällen kann es aber auch dazu kommen, dass nur der aktuelle Zustand erhalten werden kann.

Die größte Herausforderung für die Restauratorinnen und Restauratoren im Staatsarchiv ist die Beseitigung der Schäden, die durch das Oderhochwasser 1997 entstanden sind. Damals standen etwa 40 Prozent der Stadt unter Wasser und es wurden ungefähr zwei laufende Kilometer Archivgut beschädigt. 2016 wurde dann auch mit der Unterstützung von Zeitarbeitskräften mit der Massenrestaurierung der Schäden begonnen. Mittlerweile konnten bereits 80 Prozent des Archivguts restauriert werden. Der Plan ist das Projekt bis 2026 abzuschließen.

Nach dem Rundgang im Archiv gaben uns die Mitarbeitenden zwei Akten zu Verfolgen des Nationalsozialismus in Breslau. Diese Akten durften wir selbstständig durchschauen und den Umgang mit archivarisches Quellen üben.

Der Archivkurs der Universität Regensburg dankt für den Besuch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs. Insbesondere richtet sich unser Dank an den Direktor Dr. Janusz Golaszewski, der uns einen spannenden Einblick in das Archiv und das archivarisches Arbeiten ermöglichte.



Anhand einer häufigen Anfrage wird die Gruppe durch Frau Danuta Plókarz, Leiterin der Abteilung V des Staatsarchivs, an Personenrecherche für jüdische Deportierte herangeführt

Das Bergwerksmuseum Guido

Magnus Kallfaß, Maximilian Sommer

Das Museums-Bergwerk Guido ist unterteilt in einen oberirdischen und unterirdischen Teil. Der wesentlich kleinere oberirdische Teil dient vor allem der Begrüßung und Umkleidung der Besucher. Noch bevor man in den Kern des Museums vordringt, kann man schon Aspekte des Bergbaus oberirdisch betrachten. Eine Fördermaschine aus dem Jahr 1927, eine der wichtigsten Maschinen im Bergbau, welche der Beförderung von Gestein und Bergleuten dient und auch die hierfür benötigte Seilscheibe sind noch gut erhalten. In der unterirdischen 170-Meter-Sohle wird der Besucher in die Arbeitsmethoden im Wandel der Zeit eingeführt, während in der 320-Meter Sohle der moderne Bergbau erläutert und eindrucksvoll vorgeführt wird. Das Bergwerksmuseum umfasst die

Gruben des Bergwerks Königin Luise und des Hauptschlüsselerbstollens. Die erste angelegte Sohle, in 80-Metern Tiefe, musste aufgrund tektonischer Störungen abgebrochen werden und bei weiteren Bohrungen bis zu 117-Metern wurde der Schacht durch eine Wasserführende Schicht geschwemmt. Der Schacht wurde weiter abgeteuft, bis man im Jahr 1870 bei 170-Metern angekommen war. Man arbeitete fortan jedoch auch wieder bei der 80-Meter Sohle.

In den Anfangsjahrzehnten des Bergbaus war die Entwässerung der Schächte ein großes Problem. Hierfür wurde von 1799-1868 der bereits erwähnte Hauptschlüssel-Erbstollen gebaut. Dieser 14 km lange Stollen diente hauptsächlich der Entwässerung verschiedener Schächte und Sohlen, als auch dem



Die Ausstellungsfläche des Bergwerksmuseums bietet auch noch die „Attraktionen“ an der Oberfläche

Abtransport von geschürfter Kohle. Bei den tieferen Schächten wurde jedoch bereits auf dampfbetriebene Pumpen zurückgegriffen.

Das Steinkohlebergwerk Guido in Zabrze (dt. Hindenburg), Oberschlesien, gegründet 1855 durch Graf Guido Henckel von Donnersmarck, stellt ein markantes Beispiel der industriellen Entwicklung im 19. Jahrhundert dar. Seit den 1960er Jahren dient es vornehmlich touristischen Zwecken und wurde aufgrund seiner historischen Bedeutung unter Denkmalschutz gestellt. Die Anlage präsentiert Bergbauausrüstungen aus zwei Jahrhunderten und hat unterirdische Bereiche für Besucher zugänglich gemacht. Eine dortige Ausstellung illustriert den Wandel des Bergbaus durch Artefakte wie Förderbänder, einen 800 Tonnen schweren Kohlesammelbehälter und eine Sohlebahn.

Interessant ist auch die Geschichte des originalen Schachtrohrs des heutigen Fahrstuhls, das bis ins Jahr 1815 zurückreicht. Im

Laufe der Zeit diente der Schacht verschiedenen Zwecken, einschließlich des Transports von Förderkörben. Der Stollenbau war zeitintensiv, da er durch sehr altes Gestein, insbesondere Sandstein, führte. Dieses Material erforderte aufgrund seiner Härte keinen zusätzlichen Ausbau, allerdings verlängerte es die Grabungsdauer erheblich. Die frühere Bergbautechnik war von hohen Kosten für Maschinen, etwa zur Entwässerung, und dem Mangel an Schutzausrüstung wie Helmen vor den 1930er Jahren geprägt.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Rolle der Tiere in den Bergwerken. Bis zu 80 Pferde wurden gleichzeitig im Schacht Guido eingesetzt und leisteten dank ihrer Kraft einen wesentlichen Beitrag zur Produktivität im Bergbau. Lange Zeit wurden nur einfache Werkzeuge unter Tage genutzt. Die Vierbeiner lebten aufgrund der harten Bedingungen meist nur zwei bis drei Jahre – im Gegensatz zu ihrer potenziellen Lebensspanne von bis

zu 25 Jahren in Obertage.

Die Pferde wurden nach einer Anlernzeit von mehreren Wochen ins Bergwerk transportiert, indem sie mithilfe von Netzen oder Förderkörben langsam nach unten gelassen wurden. Besonders kräftige und ruhige Tiere, Pferderassen, wie z.B. Münsterländer, Fjordpferde und Belgier, wurden für die Arbeit unter Tage genutzt. Bei besonders kleinen Stollen wurden auch Ponys verwendet.

Tierische Helfer unterstützten aber nicht nur bei der körperlichen Arbeit, sondern halfen, sogenannter Matter Wetter zu erkennen. Wenn Sauerstoff in der Grube aufgrund von Methanaufkommen oder Kohlenstoffdioxidansammlung knapp wurde, hört der sonst fröhlich singende Kanarienvogel zu singen auf und warnte damit die Bergleute, schleunigst die Grube zu verlassen. Zur Rattenbekämpfung wurden in den Gruben auch Katzen eingesetzt (in England auch kleine Terrier).

Bei Pferden gab es wie bei Menschen die Gefahr von Verletzungen durch Unfälle und die Förderung von Krankheiten durch z.B. Hitze und staubige, feuchte Luft. Im Fall der Vierbeiner gab es Krankheiten, wie z.B. Rotz und Druse. Entgegen dem weitverbreiteten Glauben, dass viele Tiere in den Gruben erblindeten, war dies eher die Ausnahme. Der Sehkraft zuträglich war das ständige Dämmerlicht aber sicher auch nicht. Im Todesfall wurden sie auch unter Tage begraben. 1956 wurde Tierarbeit in den Minen Polens verboten.

In den vergangenen zwei Jahrhunderten hat sich Schlesien, einst Teil Preußens, zu einem der bedeutendsten Montanreviere Europas entwickelt. Dazu trugen eine gute Bergordnung, eine bergakademische Ausbildung und der frühe Einsatz von technischen Innovationen wie den Dampfmaschinen in Oberschlesien bei. Trotz Grubenunglücken und starker Umweltbelastung mit Schad-



Durch die unterirdischen Gänge wird jede Gruppe von erfahrenen Bergleuten geführt, die noch selbst in den Minen arbeiteten. Herr Leszek Bogdal führte unsere Gruppe.



Lageplan, wie weit sich die Stollen erstrecken

stoffen sicherte der Bergbau den Menschen nicht nur ihr Einkommen, sondern prägte auch den identitären Stolz der Oberschlesier. Das Oberschlesische Industriegebiet gilt als das älteste Steinkohlenbergbau- und Schwerindustrie-Revier des europäischen Festlands mit seinen Anfängen Ende des 18. Jahrhunderts. Heute ist die Woiwodschaft Schlesien (poln. Województwo Śląskie) mit rund 4,4 Millionen Einwohner (Stand 2021) die am dichtesten besiedelte Region Polens.

Mittlerweile wurden viele Zechen geschlossen und es findet ein Strukturwandel statt, weg von Bergbau- und Schwerindustrie hin zu Dienstleistungen, Medizintechnik und Automobil-Produktion. Die Wirtschaft boomt. Es herrscht Vollbeschäftigung in Schlesien. Das Fundament hierfür liegt in der schlesischen Kultur, welche stark vom Bergbau geprägt ist, und daher spielte auch das Leben und Arbeiten der Kameraden unter Tage im Museum eine große Rolle.

Der Einfluss des Bergbaus auf die ober-

schlesische Kultur und das Arbeitsleben ist unverkennbar. Dies manifestiert sich im „oberschlesischen Arbeitsethos“, charakterisiert durch sorgfältige, gewissenhafte und disziplinierte Arbeitskräfte. Laut der Kulturforscherin Piecha liegt das an den Umständen unter Tage: „Diese Unterwerfung unter eine bestimmte Ordnung, einschließlich der gesetzlichen Ordnung, ergab sich einfach aus den Arbeitsbedingungen in einem Berg- oder Stahlwerk. Wenn du nicht hörst, dich nicht an die Regeln im Arbeitsprozess hältst, den Rat erfahrener Arbeiter ignorierst, gefährdest du die Gesundheit oder sogar das Leben der ganzen Arbeitseinheit.“ (Deutschlandfunkkultur, 10.11.2022).

Auch wenn diese Annahme den Bergarbeitern zuschreibt, sie würden sich jeder willkürlichen Macht unterstellen, ist der Einfluss der Bergarbeit auf die Region bis heute deutlich. Dass die Bergleute nicht blind gehorsam sind, ist beispielsweise an Streikwellen der Vergangenheit 1813, 1889, 1924 oder nach

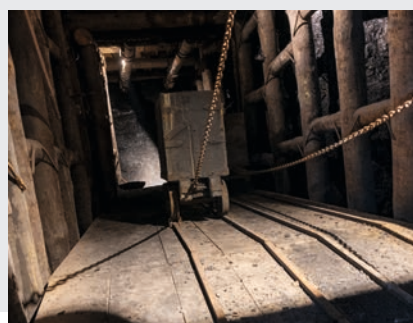
dem Zweiten Weltkrieg besonders 1980/81 erkennbar.

Klar wird dieser den Oberschlesiern nachgesagte Wesenszug durch die Gründung anarchosyndikalistischer Gewerkschaften (FAUD(S)) in nahezu allen Bergbaugebieten Schlesiens. Zu Beginn des Bergarbeitertums bildeten diese noch eine sehr eigenständige Gruppe und Gemeinschaft. Dies blieb in Oberschlesien auch bis zur Jahrhundertwende so, doch sind hier, deutlich stärker als im Ruhrpott, örtliche Besonderheit lange Zeit erhalten, wie zum Beispiel die Bergarbeiter-siedlungen, welche eine Welt für sich bildeten. In diesen Gemeinschaften entwickelte sich eine spannende eigene schlesische Bergarbeiterkultur. Anders als im Ruhrgebiet konnten in diesen Gemeinschaften die klassische sozialdemokratisch oder sozialistischen Gewerkschaften nur schwer Fuß fassen, vielmehr bestimmte die Zentrumsparterie den politischen Alltag der Bergleute.

So entwickelte sich unter den Bergleuten

eine abgesonderte Kultur auch in Kontrast zu den anderen Industriearbeitern mit eigener Sprache, Kultur und Brauchtum. Hierzu gehört einerseits die Bergmannstracht, aber auch die Begehung des Hl. Barbara-Tages, an dem die Bergleute in Knappentracht an der Prozession teilnahmen. Ein weiterer Aspekt des schlesischen Bergbauwesens ist das Halten einer sogenannten Bergmannskuh, die sinnbildlich für die langanhaltende Kleinlandwirtschaft stand. Dies änderte sich erst zur Jahrhundertwende als vermehrt Arbeiter außerhalb Schlesiens auch im Bergbau tätig wurden. Bis heute ist die eigene Kultur der Bergarbeiter fester Bestandteil der Oberschlesischen Identität und während einer Führung durch das Bergwerk fallen vor allem die sprachlichen Besonderheiten und bergbaueigenes Vokabular auf.

Daher abschließend in alphabetischer Reihenfolge ein paar der im Laufe der Führung erlernten Begriffe: Absaufen: Ungeplantes volllaufen der Grube mit Wasser; Abteufen:



Impressionen aus dem Ausstellungsstollen

Die Exponate reichen vom Teilen des 19. Jh. bis in die zweite Hälfte des 20. Jh.

Graben eines Schachtes; Abwetter: abgeleitete, verbrauchte Luft; Auswetterungszeit: Zeitraum bis nach einer Sprengung der Sprengraum wieder betreten werden kann; Besatz: Masse, mit der ein Sprengstoffloch verschlossen und abgedämmt wird; Bewetterung: Versorgung der Grube mit Frischluft; Blindschacht: Schacht ohne Verbindung zur Oberfläche; Erbstollen: Stollen zur Wasserlösung/ Wasserabtransport; Flöz: Durch Sedimentation entstandene plattenförmige, flächig ausgedehnte Lagerstätte; Grubenausbau: Absichern von Räumen; Kappe: horizontal eingebauter Balken; Knappe: Bergmann (Geselle); Kumpel: Bergmann; Matte Wetter: verbrauchte Luft; Mundloch: Öffnung des Stollens an der Erdoberfläche; Revier: Gebiet, in dem bestimmte mineralische Rohstoffe abgebaut werden; Sohle: alle auf einer Ebene gelegenen Teile in einem Bergwerk.

Literaturverzeichnis

Aster, E.-L. (2020), Katowice in Schlesien. Bergbaumetropole im Wandel, in: <https://www.deutschlandfunk.de/kato->

[wice-in-schlesien-bergbaumetropole-im-wandel-100.html](https://www.deutschlandfunk.de/kato-wice-in-schlesien-bergbaumetropole-im-wandel-100.html), abgerufen am 15. 11. 2023.

Döhring, Helge: Syndikalismus in Schlesien 1918-1930, Neu-Ulm 2012.

ntv.de (2008), Polnisches Bergwerksmuseum. Ausstellung wird erweitert, in: <https://web.archive.org/web/20081231064657/http://www.n-tv.de/1077438.html>, abgerufen am 15. 11. 2023.

Pasche, E. (2012), Bergbau begründete Schlesiens Bedeutung, in: <https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/rekorde/bergbau-begrueendete-schlesiens-bedeutung/>, abgerufen am 15.11.2023.

Palokat, Jan: Oberschlesiens Identität. Mit Heimatliebe zum Aufschwung. In: Deutschlandfunkkultur, 10.11.2022. URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/oberschlesien-identitaet-kultur-strukturwandel-100.html>, [abgerufen: 10.11.2023].

Rickmers, K., Die Geschichte der Grubenpferde, in: <http://www.rtf-online.de/referenz/grubenpferde.pdf>, abgerufen am 15.11.2023.

Schofer, Lawrence: Die Bergarbeiter in Oberschlesien, in: Glück auf Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Hrsg.: H. Mommsen und U. Borsdorf, Köln 1979. S.131-150.

Das schlesische Museum in Kattowitz

Torsten Bendel

Seit 2019 steht in Regensburg das Haus der Bayerischen Geschichte (HdbG). Das Museum, ein riesiges Betongebäude, präsentiert im Herzen der Regensburger Altstadt das Beste, was die bayerische Geschichte zu bieten hat. Das Museum konstruiert eine bayerische Identität, indem es der bayerischen Könige huldigt, dutzende Bierkrüge ausstellt und zeigt, warum in Bayern alles besser ist als in allen anderen Regionen der Welt. Für einen Regensburger ist es daher besonders interessant, Regionalmuseen in anderen Teilen Europas und der Welt zu besuchen.

Daher ist es beinahe schon eine Pflicht, bei einem Aufenthalt in Kattowitz, auch einmal beim Schlesischen Museum dort vorbeizuschauen und einmal zu vergleichen, wie man die Geschichte einer Region in anderen Regionen darstellt.

Schon bei der Ankunft am Museum lassen sich deutliche Unterschiede zu Regensburg feststellen. Während in Regensburg das Gebäude komplett neu gebaut wurde, befindet sich das neue, 2015 eröffnete Schlesische Museum in der Anlage der 1999 stillgelegten Zeche Katowice, einst Ferdinandgrube. Das verdeutlicht die enorme Bedeutung, die der Industrie und dem Kohleabbau für die Region und ihre Identität zugeschrieben wird. Erweitert wurde der Bau um zahlreiche Glasbauten, die Kasse, Shop und Café enthalten, während die Ausstellungen größtenteils unterirdisch zu finden sind.

Das Museum hat fünf voneinander getrennte Dauerausstellungen und zusätzlich Raum für diverse Sonderausstellungen. Auch hier lässt sich ein Vergleich zum HdbG ziehen: Dort gibt es eine Dauerausstellung, in



Impressionen aus dem Ausstellungstollen



Die Fläche des Schlesischen Museums befindet sich im Norden der Altstadt auf einem stillgelegten Bergwerksgelände

der versucht wird, eine Chronologie Bayerns Errichtung der Monarchie 1806 zu erzählen, während überzeitliche Phänomene, etwa „bayerische Architektur“ oder „bayerische Flora und Fauna“ in Nebenräumen erzählt werden, die aber nicht unabhängig von der Hauptausstellung aufgesucht werden können. Kleinere Sonderausstellungen werden darin integriert, während für große Projekte, etwa die Bayerische Landesausstellung, eine große Fläche unter der Dauerausstellung zur Verfügung steht.

Die Dauerausstellungen im Schlesischen Museum umfassen eine Abteilung zur Geschichte der Region mit dem Titel „Licht der Geschichte“ („Światło historii“), eine zu schlesischer Kirchenkunst, eine Kinderausstellung, die anhand der Romanfigur „Tomek“ des Autors Alfred Szklarski in die verschiedenen Regionen der Welt einführt, eine Industrierausstellung und mehrere Kunstaussstellungen schlesischer Kunst von

1800 bis 1945, zeitgenössischer schlesischer Kunst seit 1945 und nicht-professioneller schlesischer Kunst.

Von besonderem Interesse ist in diesem Kontext die historische Abteilung. Darin werden Ausstellungsgegenstände und Fotos gezeigt, die mit Erklärtexen, Nachbildungen und interaktiven Hilfsmitteln wie Bildschirmen und Projektionen kontextualisiert werden. Sämtliche Texte existieren dabei auf polnischer, englischer und deutscher Sprache.

Beim Betreten der Ausstellung fällt auf, dass sie nicht chronologisch beginnt. Stattdessen durchqueren Besucher*innen zunächst einen Umkleideraum der Bergleute (Kaue). Zwar wird im weiteren Verlauf nur mehr wenig auf den Bergbau eingegangen, doch zeigt der Eingangsbereich, wie die gesamte Geschichte Oberschlesiens vom Bergbau durchzogen ist.

Die eigentliche Geschichte beginnt dann mit einem Raum, in dem die Geschichte der

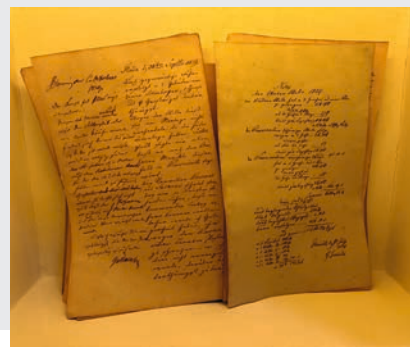
Region von der Kelten- und Römerzeit bis etwa ins 18. Jahrhundert abgerissen wird. Der Hauptschwerpunkt der Ausstellung in den folgenden Räumlichkeiten liegt jedoch im 19. Jahrhundert. Besonders das Verhältnis zwischen den Arbeitern und der Industriellen sowie das zwischen Deutschen (bzw. Preußen) und Schlesiern wird behandelt. Dabei ist die Ausstellung ambivalent. Einerseits zeigt sie, dass zwar das Leben für die Arbeiter hart und mit vielen Entbehrungen verbunden war, die (deutschen) Minenbesitzer aber bemüht waren, die Bedingungen der Arbeiter zu verbessern. Andererseits wird besonders die preußische Herrschaft als unterdrückerische Herrschaft dargestellt, während der eine deutsche Bourgeoisie und Intelligenzija auf der einen und schlesische Bauern- und Arbeiterschaft auf der anderen Seite stand.

Dass ein Riss durch die Gesellschaft ging, wird umso stärker in der Darstellung der Verhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg

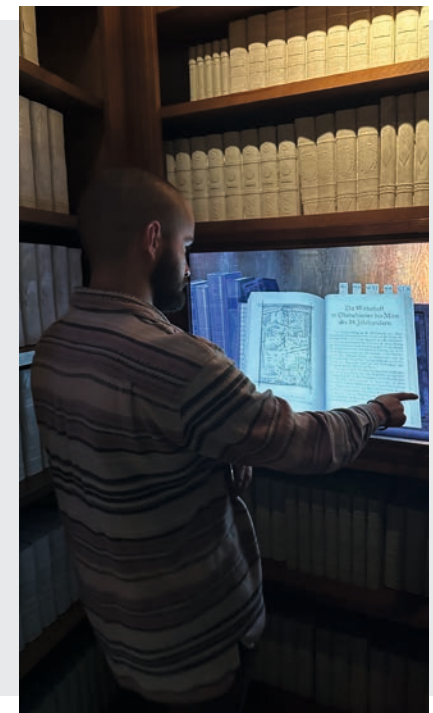
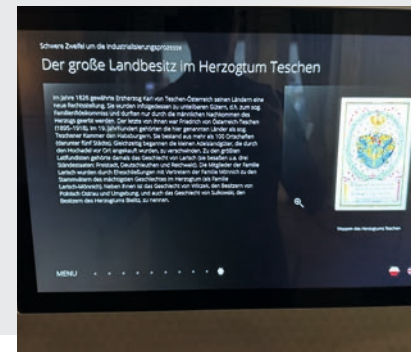
gezeigt. Wortwörtlich wird der Raum durch einen Riss getrennt, der die schlesische Teilung zwischen dem Deutschen Reich und der neu entstandenen Republik Polen zeigen soll. Diese erfolgte 1922. Zuvor gab es in Schlesien eine Volksabstimmung, in der sich die Bevölkerungsmehrheit für den Verbleib im Deutschen Reich ausgesprochen hatte. Nach drei polnischen Aufständen wurde jedoch die Teilung Oberschlesiens beschlossen.

Ein weiterer gewichtiger Teil der Ausstellung ist der Abschnitt zum Nationalsozialismus. Anhand von Plakaten und nachgestellten Häuserszenen wird verdeutlicht, wie die Nationalsozialisten auch in Schlesien Einzug hielten und wie sich insbesondere der Antisemitismus verbreitete. Zugleich wird die Entstehung der polnischen Widerstandsbewegung FOM am Vorabend des Zweiten Weltkriegs beleuchtet.

Der Zweite Weltkrieg selbst wird textlich vergleichsweise wenig behandelt. Statt-



Ausgestellt werden sowohl Replikat als auch Originale



In der Dauerausstellung dominiert Text- und Bildarstellung

dessen wird mehr mit visuellen Eindrücken gearbeitet. So wird ein Wagon ausgestellt, der zum Transport der Jüd*innen verwendet worden war oder ein großer Stapel Koffer. Dort findet sich auch der einzige Hinweis auf die Vertreibung der Deutschen nach Kriegsende. Dass erst nach 1945 ganz Oberschlesien polnisch wurde, wird gar nicht behandelt.

Die Zeit des Sozialismus wird aus einem eher unpolitischen Blickwinkel gezeigt. Über die Entwicklung der Kommunistischen Partei in Schlesien wird kaum gesprochen. Eher wird das Alltagsleben gezeigt, indem etwa eine typische Wohneinheit im sozialistischen Polen nachgestellt oder ein Auto der Marke Polski Fiat ausgestellt werden. Die historische Abteilung endet schließlich mit den Ereignissen um Solidarność und einem Ausblick auf die Zukunft Schlesiens.

Die gesamte Aufmachung der historischen Ausstellungen lädt ein zu einem Vergleich

zwischen der Art wie im Schlesischen und im Bayerischen Museum Identitäten konstruiert werden. Im Haus der Bayerischen Geschichte ist eindeutig ein Top-Down-Ansatz gewählt worden. Die bayerische Identität ist eine Identifizierung mit den Herrschenden. Die Abteilung, die sich mit dem 19. Jahrhundert beschäftigt, zeigt einzig die Bayerische Monarchie. Der Fokus liegt klar auf den Königen, ihrem (überhöhten) Leben und ihren Hinterlassenschaften. Das Schlesische Museum konstruiert dagegen eine regionale Identität von unten. Der Bergbau spielt eine überragende Rolle. Zudem speist sie sich von dem Konflikt der schlesischen Arbeiterschaft mit der preußischen/deutschen Bourgeoisie.

Doch auch die Darstellung des 20. Jahrhunderts, besonders die Zeit nach 1945 unterscheidet sich stark. Im HdbG werden dort die Unterschiede Bayerns zum restlichen Deutschland betont. Es werden genuin bayerische Traditionen und der bayerische Dia-

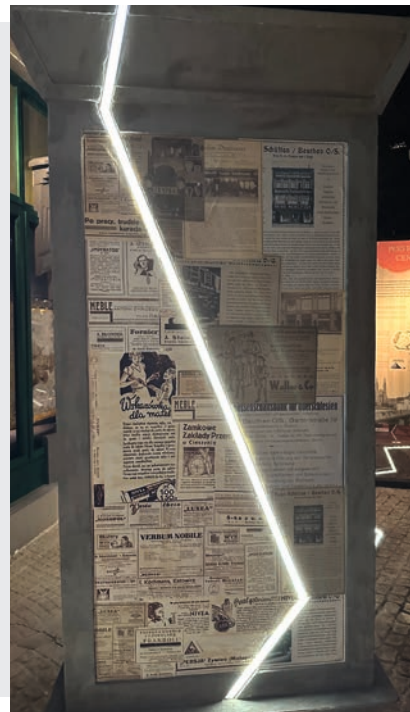
lekt herausgestellt, aber auch die politische Entwicklung Bayerns besonders betont. Nicht zuletzt endet die Dauerausstellung in Regensburg mit einem fünf Meter langen Schriftzug der seit 1957 ununterbrochen den Ministerpräsidenten stellenden Partei CSU.

Das Schlesische Museum dagegen hört mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf, über spezifisch „Schlesische“ Geschichte zu sprechen. Stattdessen werden Ereignisse gezeigt, die so auch ganz Polen betreffen könnten. Schlesische Geschichte nach 1945 ist polnische Geschichte. Hinweise auf eine moderne schlesische Identität findet man zumindest in der historischen Abteilung des Museums kaum mehr. Auch die schlesische Sprache wird nur eher am Rande behandelt. Über die heutigen Ausprägungen schlesischer Kultur oder Politik erfährt man in diesem Kontext praktisch nichts.

Dennoch ist das Schlesische Museum

in seiner Identitätskonstruktion deutlich facettenreicher als das Haus der Bayerischen Geschichte. Letzteres hat seine historische Dauerausstellung, einen riesigen bayerischen Löwen und seine Fläche für Sonderausstellungen. Im Schlesischen Museum nimmt dagegen die historische Abteilung nur einen kleinen Teil ein. Dazu kommen die diversen Kunstabteilungen, die Gemälde von schlesischen Künstler*innen seit 1800 zeigen. Die dort ausgestellten Werke geben eine hohe Vielseitigkeit wieder. Sie zeigen sowohl künstlerisch überhöhte Idealvorstellungen eines romantisierten Schlesiens, als auch einen kritischen Blick auf die Verhältnisse dort während des Sozialismus aber auch während der Industrialisierung und der modernen kapitalistischen Konsumgesellschaft.

Dass auch hier versucht wird, eine schlesische Identität von unten herzuleiten, wird durch die Abteilung zu nicht-professioneller Kunst deutlich. Hier werden Bilder ausge-



Impressionen aus der Dauerausstellung

Impressionen aus der Dauerausstellung

stellt, die von schlesischen Amateuren angefertigt wurden, also von Menschen, die nicht von ihrer Kunst leben können. Dass diese Abteilung als eigenständiger Raum neben den Abteilungen „Kunst von 1800 bis 1945“ und „Kunst seit 1945“ existiert, kann als bewusste Entscheidung interpretiert werden, auch hier „einfache“ Schlesier*innen zu Wort (oder hier zu Bild) kommen zu lassen und entspricht so dem auch in der historischen Abteilung gewählten Ansatz einer Identität „von unten“.

Überraschend waren die Sonderausstellungen. Während sowohl in der historischen als auch den Kunstdauerausstellungen eine zwar moderne, aber dennoch konventionelle Inszenierung gewählt wurde, was sich in letzteren etwa in der Auswahl der Bilder bemerkbar macht, zeigen die Sonderausstellungen Motive, die man sonst weniger in einem Museum mit regionalidentitätsbildendem Anspruch als in einem Museum für

zeitgenössische Kunst erwarten würde. So finden sich dort Gemälde, die den Eindruck psychedelischer Trips empfinden lassen, die explizite Sexualität darstellen oder auch Erfahrungen physischer Gewalt nahbar machen.

Somit stellt dieser Teil (oder zumindest die gegenwärtige Sonderausstellung „Jenseits von Eden“ („Poza Edenem“)) einen erfrischenden Kontrast zu den anderen Ausstellungen dar und zeigt, dass in Schlesien Kultur kein Relikt der Vergangenheit ist, sondern auch in der Gegenwart noch existiert und weiterentwickelt wird. Das ist der größte Unterschied zum Haus der Bayerischen Geschichte, welches vom Schwelgen und Romantisieren der kulturellen Vergangenheit lebt, welches aber gleichzeitig den Eindruck erweckt, dass Bayerische Kultur statisch und unveränderlich sei, während zeitgenössische Kultur dort ausgeblendet wird.



Sonderausstellungen, wie hier unten links zu Bildern passend zu Stücken von Chopin oder den Knappschaften, ergänzen das Museumsangebot

Teil II

Analyse und Synthese

Quellen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte aus Breslau, Kattowitz und Regensburg

Quellenvergleich der Akte ZR 6459 „Bahnzoll“ des Stadtarchivs Regensburg mit der Akte HZA Byt 33 „Eisenbahnen (privilegierter Verkehr)“ des Staatsarchivs in Kattowitz

Torsten Bendel

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Eisenbahn das Haupttransportmittel im Deutschen Reich. Sowohl für Regensburg als auch für Kattowitz war sie jedoch von besonderer Bedeutung. Für beide Orte war die Eisenbahn nicht nur eine Möglichkeit ihrer Einwohner*innen, von einem Ort zum nächsten zu gelangen. In beiden Städten war sie auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Nicht zuletzt wurden in beiden Städten die ersten Bahnhofsgebäude jeweils bereits 1859 eingeweiht.¹ In Kattowitz war die Bahn bedeutend, um die Kohle, die in den Oberschlesischen Gruben abgebaut wurde, im Deutschen Reich bzw. im russischen oder österreichischen Teilgebiet Polens zu verbreiten. In Regensburg diente der Bahnhof

zusammen mit dem Hafen als Umschlagort für Güter, wo etwa die Erzeugnisse der Bergbauregionen der nördlichen Oberpfalz oder ab dem frühen 20. Jahrhundert Öl aus Rumänien von der Schiene auf den Fluss und umgekehrt verlegt wurden.²

Trotz der vielen Gemeinsamkeiten gibt es aber auch Unterschiede in den beiden Städten. Kattowitz war zunächst nach dem Ersten Weltkrieg Grenzstadt an die Republik Polen, nach der der Teilung Schlesiens 1922 wurde sie Grenzstadt zum Deutschen Reich. Damit einher ging die Frage wie Güter, insbesondere die Kohle, die nun zum größten Teil in Polen gefördert wurde,³ bei ihrem Transport ins Deutsche Reich zu verzollen seien und wie mit dem Transitverkehr umzugehen ist.

Demgegenüber musste sich Regensburg keine solche Gedanken machen. Regensburg war keine unmittelbare Grenzstadt. Dennoch gab es Zollfragen. Sie erhob bis in die späten 1920er Jahre den sogenannten Pflasterzoll (später in den eigenen Dokumenten auch als „Bahnzoll“ bezeichnet). Damit mussten Güter, die an einem der Regensburger Bahnhöfe angeliefert wurden, verzollt werden und stellten so eine zusätzliche Einnahmequelle für die Stadt dar.

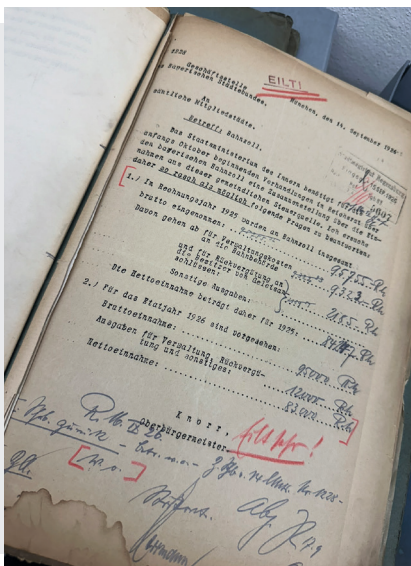
Auch wenn die Art des Zolls unterschiedlicher Natur ist, gibt es doch gemeinsame Fragen, die geklärt werden müssen. Wie hoch ist der jeweilige Zoll anzusetzen? Welche Personen oder Güter sind vom Zoll befreit? Und wer nimmt den Zoll ein?

Diese Fragen stellte sich den jeweiligen Verwaltungen und Zollämtern. Wie genau, lässt sich aus den Beständen ZR 6459 „Bahnzoll“ im Stadtarchiv Regensburg und 670 HZA Byt 33 „Eisenbahnen (privilegierter Verkehr)“ aus dem Staatsarchiv in Kattowitz herauslesen.

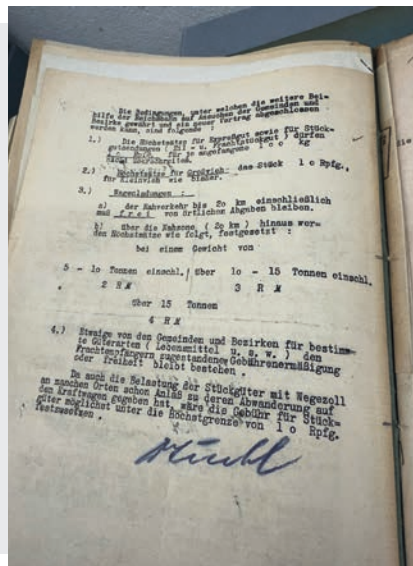
Der Bestand in Regensburg beinhaltet Dokumente von 1920 bis 1927. Es finden sich darin hauptsächlich Korrespondenzen

und Abschriften von Schriftwechseln zwischen bayerischen Kommunen, Wirtschaftsvertretern und der Bayerischen Staatsregierung. Darin wird über die Sinnhaftigkeit und die Rechtmäßigkeit des Zolls gesprochen, der für die bayerischen Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle darstellte, gleichzeitig aber für die Industrie eine erhebliche Belastung darstellte.⁴ Zudem kamen durch die Einführung und Verbreitung des Automobils rechtliche Fragen hinzu, da nicht geklärt war, ob auf Güter, die mit Kraftfahrzeugen vom Bahnhof abgeholt wurden, der Zoll erhoben werden durfte, oder ob das schon mit anderen Abgaben abgegolten war.⁵

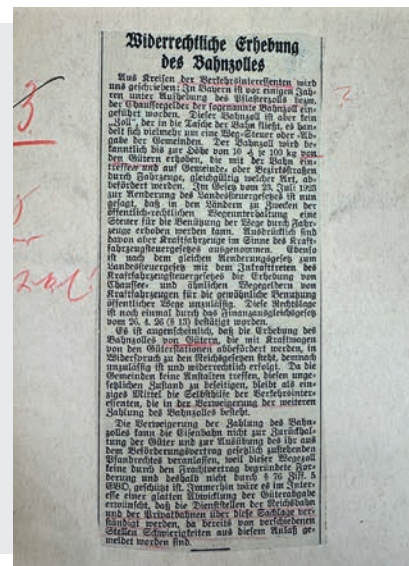
Die Akte aus Kattowitz wiederum wurde 1922 geöffnet und 1927 geschlossen. Darin geht es vor allem darum, wie mit der neuen Grenzziehung Zoll erhoben werden soll und wie mit Transitverkehr umzugehen ist. Besonders die Bahnlinie von Oppeln (pl. Opole) nach Beuthen (pl. Bytom) war davon betroffen, da sie nun plötzlich die deutsch-polnische Grenze überqueren musste.⁶ Es werden in der Akte Fragen zum Umgang mit polnischen Beamten auf Deutschen Bahnhöfen oder in Zügen aus Deutschland behandelt.⁷



Einblick in die Quellen im Stadtarchiv Regensburg (ZR II 6459)



Einblick in die Quellen im Stadtarchiv Regensburg (ZR II 6459)



In beiden Akten wird darüber gesprochen, welche Waren zu verzollen sind und wo Streitigkeiten auftreten könnten. So wird in einer Dienstanweisung vom 21.10.1920 den Beamten von der Betriebsinspektion und vom Stadtrat äußerst detailliert, dass etwa Leichen nicht zu verzollen sei, während es bei Bier auf den Stammwürzegehalt ankäme, wie es zu verzollen ist. Dem folgt eine ausführliche Auflistung, welche Sorten von Bier es gebe, verbunden mit dem Hinweis, dass die Sorte für die Verzollung keine Rolle spiele.⁸

In Kattowitz wiederum war das Hauptgut, das zu verzollen war, Kohle. Durch die beginnenden Zollkrieg zwischen dem Deutschen Reich und Polen kam es zum Importverbot von polnischer Kohle für das Deutsche Reich.⁹ Dies brachte allerdings den Zollbeamten in Beuthen das Problem, dass sie ihrer Verwaltung keine Kohle mehr zukommen lassen und sie so nicht mehr heizen konnten. Um dennoch nicht in der Kälte sitzen zu müssen, verwiesen sie, in Einklang mit den deutschen Zollbeamten, auf Artikel 30 des deutsch-polnischen Abkommens über die Grenzübergangsbahnhöfe mit beiderseitiger Zoll- oder Passabfertigung, in dem geregelt war, dass Zollbeamte für Gegenstände des täglichen Bedarfs keinerlei Zoll bezahlen müssten und dass Einfuhrverbote auf sie nicht zuträfen. So konnten sie dennoch 2000 Kilogramm Kohle verwenden.¹⁰

Insgesamt ist also ersichtlich, dass sowohl in Regensburg als auch in Kattowitz, Zollfragen für die Eisenbahn eine große Rolle spielten. Zwar sind die Voraussetzungen in beiden Städten äußerst unterschiedlich. Dennoch musste in beiden Städten umfangreiche Bürokratie eingesetzt werden, um so die verschiedenen Zölle erheben zu können, gleichzeitig aber auch um für Ausnahmefälle gewappnet zu sein.

Endnotenapparat

¹ Zu Regensburg, vgl. Böhm, Karl: Anfänge des Eisenbahnwesens in Regensburg, in: Dallmeier, Martin/Reidel, Hermann/Trapp, Eugen (Hgg.): Denkmäler des Wandels. Produktion - Technik - Soziales 1800-2000, Regensburg 2003, S. 82–93, S. 84–85; zu Kattowitz, vgl. Dragan, Weronika/Dymitrow, Mirek/Krzysztofik, Robert: Between History, Politics and Economy: The Problematic Heritage of Former Border Railway Stations in Poland, in: moegg 161 (2020), S. 229–250, S. 234.

² Vgl. Gömmel, Rainer: Die Wirtschaftsentwicklung vom 13. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Schmid, Peter (Hg.): Geschichte der Stadt Regensburg, 2 Bdd., Bd. 1, Regensburg 2000, S. 478–508, S. 497.

³ Vgl. Greiner, Piotr: Die Entwicklung der Wirtschaft vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, in: Bahlcke, Joachim u. a. (Hgg.): Geschichte Oberschlesiens: Politik, Wirtschaft und Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage der polnischen Originalausgabe, Berlin 2015 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Band 61), S. 427–466, S. 450.

⁴ Vgl. Handelskammer Regensburg an Stadtrat Regensburg, 27.05.1925, Stadtarchiv Regensburg, ZR 6459.

⁵ Vgl. Stadtrat Passau an Stadtrat Regensburg, 30.06.1927, Stadtarchiv Regensburg, ZR 6459.

⁶ Vgl. Schreiben der Reichsdirektion Oppeln an diverse Bahnhöfe, 22.05.1924, Staatsarchiv in Kattowitz, HZA Byt 33, Nr. 14.

⁷ Vgl. Schreiben des Präsidenten des Landesfinanzamtes Oberschlesien, 08.03.1926, Staatsarchiv in Kattowitz, HZA Byt 33, Nr. 26.

⁸ Vgl. Vorläufige Dienstanweisung für die Einhebung und Rückvergütung der städtischen Gefälle durch die Bahnstation und Güterstation Regensburg, 21.10.1920, S.4-6, Stadtarchiv Regensburg, ZR 6459.

⁹ Vgl. Lippelt, Helmut: „Politische Sanierung“. Zur Deutschen Politik gegenüber Polen 1925/26, in: Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte 19 (1971), H. 4, S. 323–375, S. 332.

¹⁰ Vgl. Notiz der Zollabfertigungsstelle Beuthen-Stadtwald, 18.09.1925, Staatsarchiv in Kattowitz, HZA Byt 33, Nr. 21.

Rheinlandbesetzung, Finanz- und Wirtschaftspolitik: Darstellungen der Reichsdeutschen Gesetzgebung in verschiedenen Zeitungen 1923

Tim Graser

700.000 Mark betrug der Bezugspreis des Regensburger Anzeigers am 4. September 1923, einem Dienstag im krisengeprägten Jahr der Hyperinflation. Die Ausgabe der Kattowitzer Zeitung vom selben Tag kostete 4000 polnische Mark. Der Wechselkurs zwischen deutscher und polnischer Mark wechselte damals täglich, welche Zeitung am vierten September nun tatsächlich teurer war, ist rückblickend nicht mehr zu sagen. Fest steht: Die Hyperinflation der 1920er Jahre hatte in allen Wirtschaftsbereichen eine enorme Preisteuerung zur Folge, auch in der Zeitungsbranche, wo man sich damals täglich mit Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik beschäftigte.

Das deutsche Reich, beziehungsweise die Weimarer Republik, wurde schließlich in den Querelen des durch die Inflation erzeugten Chaos und dem daraus resultierenden gesellschaftlichen Unmut aufgegeben. Zehn Jahre nach dem Erscheinen der beiden oben erwähnten Zeitungsausgaben sollten in Deutschland die Nationalsozialisten regieren. Wie die Maßnahmen der Reichsdeutschen Regierung – konkret des Kabinetts Stresemann I – zur Restauration der deutschen Wirtschaft nach dem ersten Weltkrieg wahrgenommen wurden, unterscheidet sich von Region zu Region teilweise stark, teilweise finden sich auch viele Gemeinsamkeiten.

Am Beispiel einer Rede des damaligen Reichskanzlers Gustav Stresemann in Stuttgart, und wie sie in der Presse wiedergegeben wurde, sollen diese Unterschiede und Gemeinsamkeiten aufgezeigt werden. Als Quellen dienen dazu die beiden bereits

erwähnten Zeitungsausgaben vom dritten, beziehungsweise 4. September 1923 der Kattowitzer Zeitung und des Regensburger Anzeigers sowie ein Gastbeitrag vom ersten September im Regensburger Anzeiger. Die Kattowitzer Zeitung erschien montags nicht, weswegen die Nachricht über Stresemanns Rede, man könnte sie auch als Regierungserklärung bezeichnen, die Kattowitzer Bevölkerung erst einen Tag später erreichte. In beiden Blättern wurde Stresemanns Rede jedoch ausführlich wiedergegeben, teilweise mit höchst unterschiedlichem Schwerpunkt.

„Dr. Stresemann zu schweren Opfern bereit“ titelt die Kattowitzer Zeitung auf der zweiten Seite. Von der „Kanzlerrede in Stuttgart“ ist ein Tag zuvor auf der Titelseite des Regensburger Anzeigers die Rede, gefolgt von reichlich deutschnationalem Pathos und der Forderung, die alliierte Besetzung des Rheinlandes müsse ein Ende haben: „Jede Außenpolitik des Deutschen Reiches könne nur das Ziel haben, den schwerbedrohten deutschen Volksstämmen an Rhein und Ruhe die Freiheit und Deutschland die Souveränität und Wiederverfügung über diese Gebiete zu geben.“ Möglich ist, dass die schlesischen Redakteure der Kattowitzer Zeitung weniger Mitgefühl mit den „deutschen Volksstämmen“ an Rhein und Ruhr hatten, denn die Frage nach der Beendigung der Rheinlandbesetzung wird dort viel nüchterner als „psychologische Lösung eines Weltkonflikts“ bezeichnet.

Während die Rheinlandfrage im Regensburger Anzeiger emotional aufgeladen und mit subjektiven Werten einer deutschnatio-

Die Hungerrevolten von 1923 und ihre Auswüchse in Schlesien

Felix Hädrich

Die noch junge Weimarer Republik hatte nach ihrer Gründung sehr viele Entbehrungen zu überwinden und war stets mit neuen oder sich aus der Niederlage im 1. Weltkrieg ergebenden Problemen konfrontiert. Einen Zeitraum, in welchem diese Republik jedoch auch im Verhältnis ihrer vielfältigen Schwierigkeiten mit besonders schlimmen Widrigkeiten zu kämpfen hatte, stellte das Jahr 1923 dar.

Die Besetzung des Ruhrgebiets (und damit des deutschen Schwerindustrienzentrums) durch französische Truppen, die andauernden Streitigkeiten mit Frankreich und England aufgrund der Modalitäten der Reparationen, ihrer Frequenz und die ständig wechselnden Regierungen trugen ihren Teil zu einem Phänomen bei, welches für immer mit diesem Jahr verknüpft werden sollte: der Hyperinflation.

Vor allem Lohnarbeiter sahen ihr Gehalt stetig im Wert verfallen, während die Preise in astronomische Höhen stiegen. Dadurch verschlechterte sich auch die Versorgungslage im Land im Laufe des Jahres immer weiter. Es konnte, sobald sie ihren Lohn bekamen, was sie konnten, sobald sie ihren Lohn bekamen, wodurch sich eine Preisspirale bildete, die die Inflation noch weiter ankurbelte. So waren selbst Grundnahrungsmittel im Verlauf des Jahres immer schwerer zu beschaffen. Ein Umstand, der schließlich dazu führte, dass sich einige Bürger der Republik genötigt sahen, ihren Hunger und Bedarf nicht mehr auf einem legalen Wege zu stillen.

Am 9. Juli 1923 brach die erste der sogenannten Hungerrevolten aus, bei welchen sich Wut und Frust der Bevölkerung auf ihre Situation, den Hunger und die Armut, bis an das Ende des Jahres im ganzen Land in

lokalen Plünderungen und Unruhen entladen sollten. Den Anfang nahm dieses Phänomen in einem kleinen Ort in der Nähe von Potsdam. Nowawes, heute ein Teil von Babelsberg, war eine Kommunistenhochburg, eine Arbeitersiedlung mit dem Beinamen „Rotes Nowawes“, und eben diese Kommunisten führten die Proteste an. Dort versammelten sich am bereits erwähnten Julitag tausende Bewohner auf dem Markt, zwangen die anwesenden Händler, ihre Preise herunterzusetzen und zogen dann vom Markt aus weiter durch die Stadt, um auch andere Läden und Geschäfte auszuplündern und auch dort unter Zwang eine Reduzierung der Preise zu bewirken.

Dieser Aufruhr wurde von der bürgerlichen Presse als von linksradikalen Störenfriedern initiiert abgetan, jedoch sollen diese nur die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung aufgegriffen haben. Dass diese Stimmungen auch anderswo herrschten und die bürgerliche Presse mit ihren Anschuldigungen deshalb eher im Unrecht bleiben sollte, zeigt die steigende Häufigkeit, mit der sich die Bevölkerung zu Plünderungen hinreißen

ließ. Davon wurden die Ereignisse in Breslau am 20. und 21. Juli als am dramatischsten beschrieben.

In einer Ausgabe der Kattowitzer Zeitung vom 25. Juli 1923 werden eben diese Ereignisse aufgegriffen. Dort wird in der Kategorie „Schlesien und Nachbargebiete“ auf der letzten Seite der Ausgabe unter der Überschrift „Zu den Breslauer Plünderungen“ von den Ereignissen berichtet, die sich am 20./21. Juli in der Stadt abspielten. Es handelt sich bei dem Artikel um eine Analyse des Vorfalles und eine Beschreibung der dortigen Vorkommnisse, der mit dem Vorwurf beginnt, dass es sich in Breslau bei den dortigen Lebensmittelplünderungen um einen „wohlorganisierten Plan“ gehandelt habe.

Der Autor des Artikels führt diese Vermutung darauf zurück, dass die Plünderer über Radfahrerpatrouillen verfügt haben sollen, welche vor der herannahenden Polizei gewarnt haben sollen. In Wirklichkeit begann der Zwischenfall mit Krawallen, die sich in Richtung des Breslauer Ringes, eines der Geschäftszentren, ausbreiteten. Dabei wurden vor allem in der Nähe des Ringes

über den Wunsch eines 5 Monate entlassenen Häftlings nicht auszuweisen konnte. Die Häftlinge können von der Kriminalpolizei abgelöst werden.

Königshütte. Gefährlicher Widerstand.

Der Widerstand der Arbeiter in Königshütte hat sich in den letzten Tagen sehr gesteigert. Die Arbeiter haben sich in die Fabriken eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Fabriken umstellt, aber die Arbeiter haben sich nicht ergeben. Die Verhandlungen sind gescheitert, und die Arbeiter haben beschlossen, den Streik fortzusetzen.

Wojewodschaft Schlesien.

Die Wojewodschaft Schlesien hat sich in den letzten Tagen sehr unruhig gegeben. Die Arbeiter haben sich in die Fabriken eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Fabriken umstellt, aber die Arbeiter haben sich nicht ergeben.

Schlesien und Nachbargebiete. Zu den Breslauer Plünderungen.

Breslau, 20. Juli. Bei der Breslauer Plünderung handelt es sich um einen Versuch, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu unterbrechen. Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Der Aufruhr wurde von der bürgerlichen Presse als von linksradikalen Störenfriedern initiiert abgetan, jedoch sollen diese nur die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung aufgegriffen haben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Lebensmittelplünderungen in Breslau.

Breslau, 11. November. Zwischen 10 und 12 Uhr am Sonntag vormittag kam es zunächst zu größeren Ansammlungen in der Theresienstraße, Reichstraße und Grabhauerstraße, wo einige Bäcker- und Fleischerläden unter dem Druck der Straße Waren herausgeben mussten.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

Die Plünderer haben sich in den Geschäften eingeschlossen und fordern die Freilassung der Gefangenen. Die Polizei hat die Geschäfte umstellt, aber die Plünderer haben sich nicht ergeben.

viele Läden geplündert und es kam zu Zerstörungen.

Dass die angebliche Organisation durchaus nicht den gewünschten Effekt für die Plünderer hatte beziehungsweise nicht sehr flächendeckend eingesetzt wurde, zeigt die Anzahl der Verletzten und Toten, welche im Artikel aufgeführt werden. Bei den „eigentlichen Säuberungsaktionen“ der Polizei, die mit „vollbesetzten“ Polizeiautos Jagd auf die Plünderer gemacht haben sollen, seien durch Schüsse sechs Personen getötet und fünfzehn Personen verletzt wurden. Wie ernst die Lage in der Stadt gewesen sein muss, zeigt die weiterhin beschriebene Ausrufung des Ausnahmezustandes durch den Polizeipräsidenten und sogar die Anforderung zusätzlicher Unterstützungseinheiten, die in diesem Fall, wie im Artikel beschrieben, von Gewerkschaften und den Kommunisten organisiert waren. Eine vielleicht auf den ersten Blick recht eigentümliche Zusammenarbeit, die sich aber direkt mit dem nächsten Satz des Artikels erklärt, in dem klargestellt wird dass diese Zusammenarbeit nötig war, um einen Eingriff der Reichswehr zu verhindern.

Diese gesammelten Maßnahmen konnten jedoch nicht verhindern, dass es am Abend des 21. Juli zu erneuten Ausschreitungen kam. Meist jugendliche Protestierende schlugen dabei Fensterscheiben ein, Gaststätten sowie das Café Großweiler in der Hohenzollernstraße wurden verwüstet und weitere Geschäfte ausgeraubt. Nur ein äußerst rabiates Eingreifen der Polizei konnte die Aufrührer auch dieses Mal stoppen. Neben den bereits erwähnten Toten und Verletzten kam es insgesamt zu 1200 Verhaftungen in Breslau.

Nachdem sich am Sonntag die Wogen geglättet hatten, konnte das Ausmaß der Schäden begutachtet werden, welche die Plünderer in der Stadt selbst angerichtet hatten. Dass diese immens waren, zeigen wieder die Schilderungen des Artikels, die von einem angerichteten Schaden von 700 Milliarden Reichsmark sprachen, wobei am

Freitag und in der Nacht zum Sonntag insgesamt 109 Geschäfte geplündert wurden.

Während sich diese Unruhen im Folgenden im ganzen Land ausbreiteten und den Frust der Bevölkerung entluden, so zum Beispiel in Hamburg, wo ein wütender Mob den Alsterpavillon plünderte, blieb Breslau weiterhin ein Unruheherd. Schon am 11. August kam es zu einer Straßenschlacht zwischen Arbeitern und Polizisten, die größtenteils mit Handgranaten geführt wurde.

Dass aber auch dieses Ereignis nicht das letzte seiner Art in Breslau war, zeigt ein Artikel in der Regensburger Zeitung vom 14. November 1923. Auch in diesem ist die Rede von Lebensmittelplünderungen in Breslau, die an einem Sonntag zwischen 10 und 12 Uhr vor allem durch junge Menschen durchgeführt worden sein sollen. Der Artikel nennt dabei, im Gegensatz zur Kattowitzer Zeitung, die wachsende Not der Menschen als Grund für dieses Verhalten, der Autor zeigt aber wenig Verständnis für die Aktionen selbst, da die Plünderer als „unlautere Elemente“ bezeichnet werden. An dieser Stelle wird, ähnlich wie bei der Berichtserstattung über die Revolte in Nowawes, der bürgerliche Standpunkt des Autors ersichtlich oder lässt sich zumindest vermuten.

Der zeitliche Abstand dieses Ereignisses zu den anfänglichen „Revoluten“ in Breslau zeigt, wie sich die Not der Bevölkerung wie ein roter Faden durch das Jahr 1923 zieht, ein Umstand der erst mit der Regierung Stresemann und der Aussetzung der Reparationszahlungen sowie der damit einhergehenden Stabilisierung der Währung gegen Ende des Schicksalsjahres verbessert werden konnte.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Regensburger Zeitung, 14.11.1923.

Kattowitzer Zeitung, 25.07.1923.

Stocker, Frank (2022). Die Inflation von 1923. Wie es zur größten deutschen Geldkatastrophe kam, S. 170-176.

Versuche der Entwaffnung der Bevölkerung Anfang der 1920er Jahre in Regensburg und Oberschlesien

Magnus Kallfaß

Nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg standen die Regierungen Deutschlands vielen Herausforderungen gegenüber. Eine der größten davon war die Demobilisierung. Im Zuge der Unterzeichnung des Versailler Vertrages war Deutschland außerdem verpflichtet, nicht nur Gebiete wie Elsass-Lothringen abzugeben, sondern es mussten auch Volksabstimmungen beispielsweise in Oberschlesien abgehalten werden. Vor und nach der Abstimmung über den Verbleib Oberschlesiens im Deutschen Reich kam es zu insgesamt drei polnischen Aufständen gegen die Deutschen. Tatsächlich gab es relativ viele polnisch-sprachige Oberschlesier, die sich als Polen betrachteten. Es gab aber auch Viele, die sich weder mit Deutschland noch mit Polen, sondern mit ihrer eigenen Region identifizierten.

Die Aufstände der Jahre 1919 bis 1921 hatten die Charakteristika eines Bürgerkriegs, in dem beide Seiten eine signifikante Gewaltbereitschaft zeigten. Es ging darum, Oberschlesien zu behalten (Deutschland) bzw. zu gewinnen (Polen). Konkrete Konfliktparteien waren auf polnischer Seite die Polnische Militärorganisation Oberschlesiens (POW) samt der polnischen Armee im Geheimen und auf deutscher Seite die Reichswehr (nur 1919), der deutsche Grenzschutz (ehemals 117. Infanteriedivision), der Polizeiapparat, die deutsche Sicherheitspolizei SIPO (zweiter Aufstand) und die deutsche Kampforganisation Oberschlesien, welche später zum Selbstschutz wurde (dritter Aufstand).

1919 kam es zu ersten revolutionären Unruhen, Streiks und Massenentlassungen. Freikorps schlugen Proteste nieder in der Region. Nach Massakern des Grenzschu-

tzes gegen Arbeiter kam es im August zu Kämpfen, bei denen Teile mehrerer Landkreise kurzfristig von polnischen Aufständischen besetzt wurden. Diese Aktion musste jedoch nach einer Woche beendet werden. Das Oberschlesische Wochenblatt sprach am 22.08.1920 von einer bereits durchgeführten Entwaffnung der Reichswehr zur Sicherung der Abstimmung, nachdem es zu schweren Ausschreitungen und zu Angriffen von Sicherheitswehr und Stoßtruppen auf Einrichtungen der Entente und dem polnischen Plebiszitbüro gekommen war.

Tatsächlich übernahm 1920 im Rahmen des Artikel 88 des Versailler Vertrages eine Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission die Verwaltung Oberschlesiens mit dem polenfreundlichen französischen General Henry Le Rond an der Spitze. Gleichzeitig wurden deutsche Truppen aus der Region zurückgezogen und für mehr als zwei Jahre mit französischen, britischen und italienischen ersetzt. Daraufhin gründeten die Deutschen die Kampforganisation Oberschlesien (KOOS, später SOS: Selbstschutz Oberschlesien) als bewaffnete konspirative Organisation. Nach Zusammenstößen zwischen Deutschen, Polen und Franzosen kam es (1920) zum zweiten Aufstand der POW. Er war insofern erfolgreich, als dass die POW Macht demonstrieren konnte und die SIPO aus dem Volksabstimmungsgebiet verdrängt wurde. Daraufhin wurde eine paritätisch organisierte deutsch-polnische Abstimmungspolizei (APO) aufgestellt zur Sicherung des Friedens hinsichtlich der nächstjährlich stattfindenden Volksabstimmung.

Im Oberschlesischen Wochenblatt vom 12.09.1920 wird nach dem zweiten Auf-

stand vor dem Hintergrund der Abstimmungen des darauffolgenden Jahres zur Rückkehr zum Frieden aufgerufen. Terror, Gewalt und Androhungen aufgrund von Meinungsverschiedenheiten werden unter sagt. Oberschlesien wird angedroht, dass bei Verweigerung der Niederlegung oder Abgabe von Waffen die "stärksten Strafen", wie das Oberschlesisches Wochenblatt schreibt, verhängt würden, aber mindestens ein Jahr Zuchthaus und der Verlust der Abstimmungsberechtigung.

In diesem Zusammenhang wurde für die Entwaffnung der ober-schlesischen Bevölkerung eine Fristverlängerung bis zum 12.09.1920 gestattet. Der Aufruf zur Generalentwaffnung betraf auch die lokalen Ortswehren. Wie erfolgreich dieser Versuch der Entwaffnung war, ist nicht bekannt. Zumindest verlief die Abstimmung

relativ gewaltfrei. Das Abstimmungsgebiet unterschied sich vom ober-schlesischen Regierungsbezirk. Die Kreise Neiße und Falkenberg und teilweise der Kreis Neustadt wurden ausgelassen. Stattdessen wurde ein Teil des Kreises Namslau, Niederschlesien, dazugezählt.

Abstimmungsberechtigt waren in der Region geborene und dort gerade lebende Personen, seit mindestens dem 01.01.1904 in der Region lebende nicht gebürtig einheimische Personen. Bei einer Wahlbeteiligung von 98 % wählten am 20.03.1921 59,7% der Stimmberechtigten Oberschlesier für einen Verbleib im Deutschen Reich, 40,3% für eine Aufnahme durch Polen. Die deutsche Seite interpretierte das Ergebnis als ihren Sieg.

Die Ereignisse in Oberschlesien in dieser Zeit reflektieren nicht nur die politischen und

sozialen Spannungen der Nachkriegsperiode, sondern auch die komplexe ethnische und kulturelle Zusammensetzung der Region, die eine einfache Zuordnung zu einem Nationalstaat problematisch machte. Im Oktober 1921 traf der zuständige Botschafterrat die Entscheidung zugunsten Polens: 30% Oberschlesiens mitsamt dem Großteil der Industrie wurde polnisch.

Als Reaktion darauf trat die deutsche Reichsregierung zurück und Flaggen an Staatsgebäuden wurden auf Halbmast gesetzt. 200.000 Oberschlesier wechselten 1922-24 ihre Staatsangehörigkeit und zogen auf die für sie richtige Seite der Grenze. Getrennt wurde hier ein jahrelang zusammengewachsenes industrielles Ballungsgebiet. Sogenannte Verkehrskarten ermöglichten jedoch das Arbeiten auf der anderen Seite der Grenze. Trotz der Aufrufe zum Frieden

und zur Entwaffnung, trotz der Einrichtung einer interalliierten Regierung und der Stationierung von alliierten Truppen kam es nach der Volksabstimmung am 20.03.1921 im Mai zum dritten Aufstand (03.05.-04.07.1921). Eisenbahninfrastruktur wurde sabotiert, wodurch Oberschlesiens Hauptstadt Oppeln von Berlin abgetrennt wurde und somit deutsche Truppenverstärkungen in die Region verhindert wurden. Den polnischen Aufständischen gelang es nach blutigen Kämpfen unter anderem Beuthen und Kattowitz einzunehmen. Diese Demonstration polnischer bewaffneter Macht (kein Massenaufstand) wurde ab 21. Mai mit einer Gegenoffensive des Selbstschutzes beantwortet.

Im dritten polnischen Aufstand nutzten Deutsche und Polen Panzerzüge. Auf beiden Seiten kam es zu Exzessen wie Zerstörungen,

Die Volksabstimmung in Oberschlesien 1921
Kalendarium (aus www.slonsk.de)

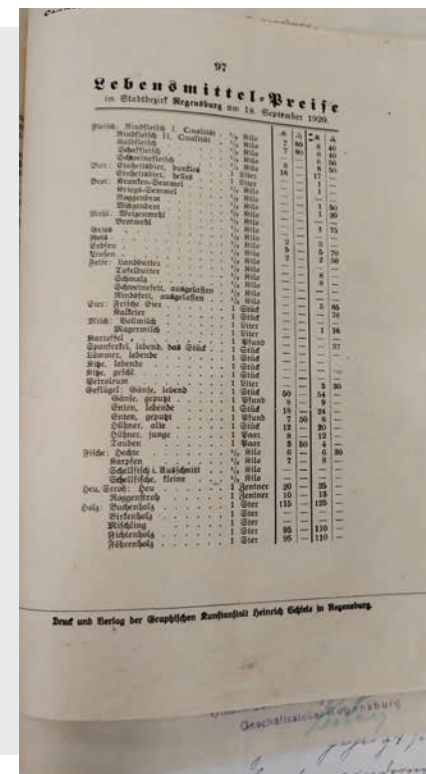
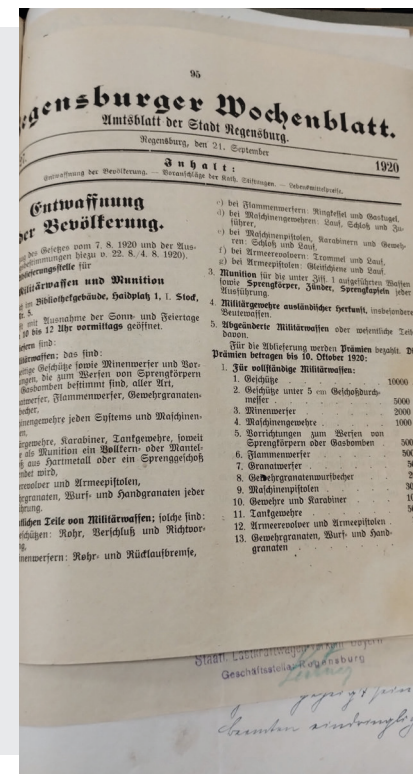
Die erste Fassung des Kalendarium von Amulf Hein ist in *Unser Oberschlesien* Nr. 5 vom 15. März 2001 erschienen.

Am 20. März sind es 10 Jahre her seit der Volksabstimmung in Oberschlesien und einem kleinen Teil des Kreises Namslau. Zwar strömte eine Mehrheit der Oberschlesier für Deutschland, dennoch folgte die Teilung der Region, wobei der wirtschaftlich wertvollere Teil Polen zufiel. In den Ausgaben bis 196 werden hier die Ergebnisse der ober-schlesischen Geschichte bedeutsamen Ereignisse mit seinen Folgen dargestellt in mehreren Beiträgen wiedergegeben. Der Artikel bildet das folgende Kalendarium, das einen Überblick verschaffen soll. Beginnend bei den sozialen Unruhen in den letzten beiden Kriegsjahren und endend mit dem Vollzug der Teilung Oberschlesiens. Amulf Hein

1917 - 1918 - 1919 - 1920 - 1921 - 1922

Wahlkreise		Wahlberechtigte				Wahlergebnisse			
Kreise	Landkarten	Bewohner	nicht eingeborene Bewohner	nicht eingeborene Gesamt	Zahl der Stimmen	für Polen	für Deutschland	ungültige Stimmen	
Kreis Beuthen	238 KB	133581	13288	5869	152739	147214	73122	73567	525
Königsbühne	322 KB	37436	4674	1942	44052	42758	10764	31864	130
Kreis Cosel	269 KB	39705	9252	1086	50343	49350	12340	36873	137
Kreis Gross-Strehlitz	296 KB	38361	7512	768	46484	45581	23046	22412	128
Kreis Kattowitz	322 KB	129880	14474	6816	150873	146173	70019	75666	478
Kreis Krausburg	387 KB	23471	15495	1636	40602	39703	1652	37957	76
Kreis Leobschütz	268 KB	42686	22090	1921	66697	65428	259	65128	41
Kreis Lublinitz	287 KB	24749	4551	421	29721	28993	13573	16358	62
Kreis Namslau (NS)	187 KB	2444	2788	374	5606	5493	133	5348	12
Kreis Naustadt	247 KB	25635	11181	1012	37858	37065	4377	32603	85
Kreis Opocin	343 KB	76628	23172	4158	103958	101516	25157	76118	277
Kreis Pless	398 KB	65987	6592	1254	73745	72277	53378	10576	224
Kreis Ratibor	334 KB	64565	13560	2972	78997	69728	20745	48640	343
Kreis Rosenberg	267 KB	26189	9158	620	35976	35108	11150	23857	101
Kreis Rybnik	351 KB	69938	10058	1984	81980	80438	52347	27919	172
Kreis Tarnowitz	231 KB	40123	4352	1076	45561	44739	27466	17078	148
Kreis Tost-Gleiwitz	335 KB	74542	11119	4212	89873	87909	35637	51990	252
Kreis Zabrze	276 KB	79934	8008	2851	90793	89152	43261	45219	672
Gesamt		985854	191244	40972	1217858	1188625	478426	706273	3863

Die Volksabstimmung in Oberschlesien 1921 (2023), in: <https://web.archive.org/web/20080309204632/http://oberschlesien.de/h619444.serverkompetenz.net/oberschlesien/Abstimmung/abstimm.htm>, abgerufen am 16. 11. 2023.



Einblick in Archivalien im Stadtarchiv Regensburg (ZR I 1225)

Ermordungen, Diebstahl und Selbstjustiz. Bis Juni 1921 richteten die Alliierten einen Korridor ein, um deutsche und polnische Truppen voneinander zu trennen und die Kämpfe nahmen ab. Nach Absprachen zogen sich Kämpfer beider Seiten aus Oberschlesien zurück. Laut Dawid Smolorz erreichten die Polen durch den dritten Aufstand eine für Polen vorteilhaftere Teilung Oberschlesiens im Oktober.

Ungefähr zeitlich parallel rief man am 21. September 1920 im Regensburger Wochenblatt ebenfalls zur Entwaffnung der Bevölkerung auf. Im Namen eines Gesetzes vom 07.08.1920 sollten Militärwaffen und Munition abgegeben werden, wozu man sich im Bibliotheksgebäude, Haidplatz 1, zu den Öffnungszeiten melden sollte. Des Weiteren wurden ausführlich Waffen bzw. Waffenteile aufgelistet und welche Prämien man dafür noch bis zum 10. Oktober 1920 bekommen konnte. So gab es für verschiedene Typen von Granaten jeweils 3 Mark, für ein Gewehr 100, für ein Maschinengewehr 1000 und für ein ganzes Geschütz sogar 10.000 Mark.

Wenn man sich die Lebensmittelpreise im Stadtgebiet Regensburgs anschaut, zeigen die Prämien ihren Reiz. So kosteten zum 18. September 1920 beispielsweise ein halbes Kilo Rindfleisch 1. Qualität rund 8 Mark, ein Liter Einheitsbier eine Mark, ein halbes Kilo Roggenbrot ein bis zwei Mark und ein frisches Ei 76 Pfennig. Die Abgabe von Waffen war in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sicher eine Verlockung. Besonders in Anbetracht der Tatsache, dass bereits seit 1915 für Menschen niedrigeren Einkommens Unterernährung herrschte. Der Erfolg dieser Entwaffnungsbemühungen in Regensburg ist nicht genau dokumentiert, doch spiegelt er das komplexe Bild der Nachkriegszeit in Deutschland wider, in der sowohl wirtschaftliche Anreize als auch die Notwendigkeit zur Sicherung des inneren Friedens eine Rolle spielten.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Das Deutsche Reich im Überblick (2009), in: <http://www.gonschior.de/weimar/Deutschland/index.htm>, abgerufen am 16. 11. 2023.
- Die Volksabstimmung in Oberschlesien 1921 (2023), in: <https://web.archive.org/web/20080309204632/http://oberschlesien.de/h619444.serverkompetenz.net/oberschlesien/Abstimmung/abstimm.htm>, abgerufen am 16. 11. 2023.
- Ein Kalendarium der Ereignisse 1921 (2023), in: <https://web.archive.org/web/20080326231818/http://www.slonsk.de/Slonsk/Kalendarium/Kalendarium1921.html>, abgerufen am 16. 11. 2023.
- Mai, G. (2022), Die Weimarer Republik. Oberschlesisches Wochenblatt. Beuthen, No. 10, Jahrgang 1 (1920).
- Regensburger Wochenblatt (1920).
- Smolorz, D. (2019), Schauplatz Oberschlesien. Eine europäische Geschichtsregion neu entdecken.

Streiks und innere Konflikte der oberschlesischen Arbeiterschaft 1923

Elían Romano Brandt

Das Inflationsjahr 1923 stellte viele Arbeiter im Deutschen Reich vor eine existenzielle Krise. Bereits während der Kriegsjahre 1914 – 1918 stiegen Preise um ca. 500%, die Hyperinflation 1923 übertraf allerdings vorausgehende Geldentwertungen um ein Vielfaches. Der im Januar 1923 beginnenden Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen folgte die Proklamation eines kostspieligen passiven Widerstands, welcher gemeinsam mit Produktionsausfällen als wesentlicher Faktor für die exponentielle Eskalation der Inflation im Verlauf des Jahres angesehen werden kann.

Das bereits in prekären Verhältnissen arbeitende Proletariat litt stark unter dem rasanten Verfall der Reallöhne, weswegen die Arbeiterschaft im Arbeitskampf zunehmend auf das Mittel von (Massen)Streiks zurückgriff. Diese Streikwellen wurden medial rezipiert, beispielsweise im Regensburger Anzeiger, welcher im Juni 1923 fast täglich über Arbeitsniederlegungen im Reichsgebiet berichtete. So schrieb die oberpfälzische Zeitung am 13. Juni 1923 unter dem Titel „Die Ausdehnung der Streikbewegung in Oberschlesien“:

„Der Streik im oberschlesischen Industriegebiet hat insofern an Ausdehnung zugenommen, als gestern die Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätte Gleiwitz in den Aufstand getreten sind. Die Reichsbahndirektion Oppeln gibt bekannt, daß sämtliche Arbeiter, die nicht bis Mittwoch die Arbeit aufgenommen haben, als entlassen gelten. Sie betont dabei, daß werkfremde Elemente den Streik erzwungen haben. Für die Arbeitswilligen ist durch die Polizei ausreichender Schutz vorhanden.“

Eine Besonderheit Oberschlesiens könnte dabei dazu geführt haben, dass die Inflation

dort eine besonders große Schockwirkung entfaltete: Die Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921 über die Staatszugehörigkeit der zweisprachigen Region. Einer Bestimmung des Versailler Vertrags zufolge sollten die rund zwei Millionen Bewohner Oberschlesiens darüber entscheiden, ob sie weiterhin Teil des Deutschen Reichs bleiben oder sich der im November 1918 gegründeten Polnischen Republik anschließen wollten. Oberschlesien war eines der wichtigsten Gebiete der deutschen Montan- und Schwerindustrie, weshalb die Reichsregierung ein großes Interesse an dessen Verbleib im eigenen Staatsgebiet hatte, noch mehr benötigte Polen diese Ressourcen, um überhaupt überlebensfähig zu sein (so Ryszard Kaczmarek in seiner „Geschichte Polens“, erschienen 2010).

Um die Bevölkerung für sich zu gewinnen, entschied sich die Reichsregierung dazu, die Folgen der Inflation in Oberschlesien bis zur Abstimmung finanzkräftig zu lindern. So wurden bis zum November 1923 der Preis für Mehl und Brot in einem geringeren Maße erhöht als in anderen Reichsgebieten und weitere verbilligte Lebensmittel wie Kartoffeln und Fleisch nach Oberschlesien geliefert.

Der oberschlesischen Arbeiterschaft kam darüber hinaus vor allem die Subventionen für die eisen- und stahlerzeugende Industrie zugute. Beispielsweise befreite der Reichsfinanzminister im Dezember 1920 diesen Industriezweig von einer Ausfuhrabgabe und gewährte Ausnahmetarife für den Transport durch die Reichsbahn – letztere Sonderbedingung führte für die Reichsbahn zu einem Einnahmefall ca. 100 Milliarden Mark innerhalb von zwei Jahren.

Die Steinkohlebergwerke profitierten in einer ähnlichen Art von der Subventionspo-

litik. Eine Folge des Abstimmungskampfes war, dass die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien künstlich auf einem niedrigen Niveau gehalten wurde, selbst, wenn vergleichbare Branchen beispielsweise in der verarbeitenden Industrie in anderen Teilen des Deutschen Reichs bereits in Kurzarbeit oder zum Produktionsstopp übergegangen sind.

Dass trotz Protesten die staatlichen Subventionen im Nachgang der Abstimmung schrittweise eingestellt wurden, könnte somit dazu geführt haben, dass die Arbeiterschaft in Oberschlesien mit besonders heftiger Wucht von der Hyperinflation getroffen wurde. Diese betrafen nicht nur die verarbeitende Industrie, sondern auch Steinkohlebergwerke. So ist dem Regensburger Anzeiger vom 14. Juni 1923 zu entnehmen, dass neben den „Eisenbahnwagen-Hauptwerkstätten und der Eisenbahnlokomotiven-Werkstätte“ auch die Arbeiterschaft der „Guidogrube“ gestreikt hatten.

Aufgrund der geographischen Nähe zu dieser Streikwelle, berichtete die Kattowitzer Zeitung vom 12. Juni 1923 unter dem Titel „Die Streitlage in Deutsch-Oberschlesien“ wesentlich detaillierter über die Geschehnisse in Gleiwitz. Insbesondere wurde ein Konflikt zwischen organisierten Gewerkschaften und unorganisierten sowie kommunistischen Betriebsräten erwähnt:

„Sonntag vormittag um 9 Uhr sollte im Gleiwitzer Volkshaus eine Versammlung der Gewerkschaften abgehalten werden, um zur Streiklage Stellung zu nehmen. Der Abgeordnete Franz (Soz.) referierte gerade, als ein großer Zug kommunistischer und unionistischer Betriebsräte anrückte und den Saal stürmte. Die Türen und Fenster wurden besetzt und die Gewerkschaftsführer am Fortgehen verhindert und zum Teil mißhandelt. Es wurde ein provisorisches Büro der kommunistischen und unorganisierten Arbeiter gebildet, das von sich aus einen Vertreter für die Berliner Lohnverhandlung ernannte.“

Dieser Konflikt innerhalb Arbeiterschaft spiegelt das bereits zum Ende des Ersten Weltkriegs gewachsene Misstrauen zwischen der etablierten Gewerkschaftsführung und betriebsintern organisierten Arbeitern wider. Einerseits stiegen die Mitgliederzahlen insbesondere der Freien Gewerkschaften zu Beginn der Weimarer Republik rapide an (von 1,5 Mio. im Herbst 1918 auf 8 Mio. im Sommer 1920), andererseits setzten sich am Arbeitsplatz verankerte Vertreter, z.B. Arbeiterräte, zunehmend als Gegenelite zu den zentralisierten Gewerkschaften durch.

Diese rätendemokratische Bewegung, von der insbesondere die KPD profitierte, stellte zusehends die Macht gewerkschaftlicher Kräfte in Frage – denn die Losung war: „Das

Proletariat ergreife die Macht“. Zusätzlich wurde die Gewerkschaftsbürokratie von dem erheblichen Mitgliederanstieg derart beansprucht, dass die von ihr versprochenen Dienstleistungen oftmals nur ungenügend erbracht werden konnten.

Der Machtkampf unter denjenigen, die einen Anspruch auf legitime Repräsentation der Arbeiterschaft erheben, wird auch in einem in der Kattowitzer Zeitung abgedruckten Aufruf u.a. der Freien Gewerkschaften, der Christlichen Gewerkschaften, der Polnischen Berufsvereinigungen und dem Polnischen Zentralverband deutlich:

„Die unterzeichneten Gewerkschaften [...] lehnen es auch ab, irgendeine Verantwortung für die Folgen dieser wilden Streiks zu übernehmen. Die Verantwortung dafür tragen diejenigen, die in den letzten Tagen dauernd zur Arbeitseinstellung aufgefordert haben. Wer streikt, oder sich zum Streik zwingen läßt, muß den Schaden selber tragen. Die Verbände fordern ihre Mitglieder dringend auf, in ihrem einen und im Interesse der notleidenden Familien bei der Arbeit zu bleiben oder die Arbeit wieder aufzunehmen und in Ruhe das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen abzuwarten, die in Berlin am 11. Juni beginnen.“

Dass die im Regensburger Anzeiger

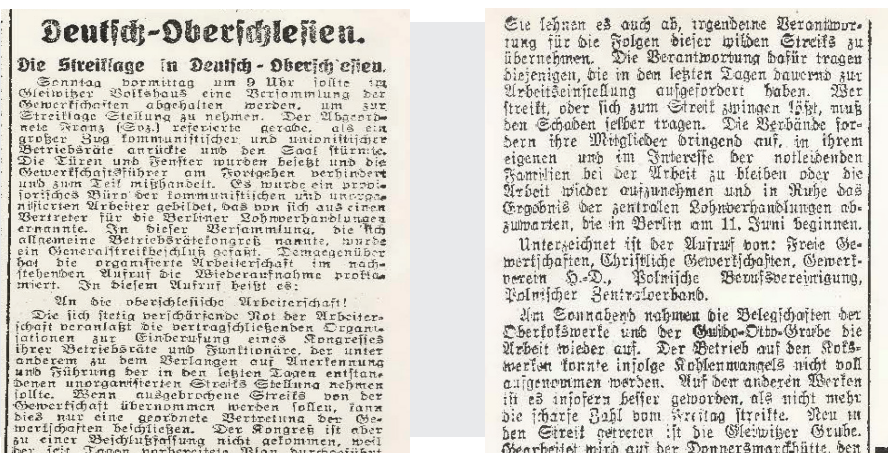
beschriebenen Arbeitsniederlegungen als „wilde Streiks“ von den organisierten Gewerkschaften abgelehnt werden, zeugt von der Polarisierung innerhalb der Arbeiterschaft, welche von der fortschreitenden Hyperinflation erheblich verstärkt wurde, die Arbeiterin und Arbeiter empfänglich machte für Argumentationen der politischen Ränder von links und rechts.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Kattowitzer Zeitung, Jg. 55, nr.129 (12. Juni 1923).
- Regensburger Anzeiger (74. Jahrgang) 61. Jahrgang, (13. Juni 1923).
- Regensburger Anzeiger (74. Jahrgang) 61. Jahrgang, (14. Juni 1923).
- Greiner, P., & Kaczmarek, R. (1996). Vereinsaktivitäten der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien 1922-1939. Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, 45(2), 221-235.
- Kunz, A. (1982). Stand versus Klasse: Beamenschaft und Gewerkschaften im Konflikt um den Personalabbau 1923/24. Geschichte und Gesellschaft, 8(H. 1), 55-86.
- Potthoff, H. (1990). Zum Führungsproblem der deutschen Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Moving the Social, 9, 31-51.
- Ritschl, A. O. (2023). Krieg, Verteilungskonflikt, Reparationen: die deutsche Inflation von 1920 bis 1923. Wirtschaftsdienst, 103(2), 90-93.1920-1922.
- Militaergeschichtliche Zeitschrift, 13(1), 59-76.



Kattowitzer Zeitung, Jg. 55, nr.129 (12. Juni 1923)



Artikeleinblick

Probleme im Rahmen der Demobilmachung in Regensburg und Schlesien

Michael Sommer

Kriegsbedingt kam es zu tiefgreifenden Veränderungen in der deutschen Wirtschaft und die Produktion war 1918 auf nur 60% im Vergleich zu 1913 geschrumpft. Auch die kriegsrelevanten Industrien wie Stahl-, Eisenbahn- und Bergbau- Industrie konnte sich diesen Schrumpfungsprozessen nicht entziehen, weil auch sie von Arbeitskräften und Rohstoffmangel betroffen waren. Hinzu kam noch die verminderte Leistungsfähigkeit auf Grund schlechterer Ernährung. Da das Problem der Wohnungsnot während des Krieges keine Rolle spielte, wurde der Bau dieser während des Krieges nahezu komplett eingestellt. Die hierfür benötigten Rohstoffe wurden an der Front gebraucht. Demselben Problem sah sich die Textilindu-

strie gegenüber, welche als Folge auch stark schrumpfte. Kurz zusammengefasst war die ökonomische Ausgangslage zum Ende des Krieges mickrig bis schlecht.

Die innenpolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen waren enorm. Acht Millionen demobilisierte Soldaten sollten nicht in der Erwerbslosigkeit enden. Ihre früheren Arbeitsplätze, wenn nicht weggefallen, waren mittlerweile durch Frauen, jugendliche, Greise, oder ausländische Arbeitsplätze besetzt worden. Hinzu kam der Umbau der Wirtschaft, die für den Krieg ausgerichtet war, in eine für Friedenszeiten. Besonders Frauen und ausländische Arbeitskräfte wurden in dieser Zeit relativ problemlos von ihren Arbeitsplätzen vertrieben, um Platz für

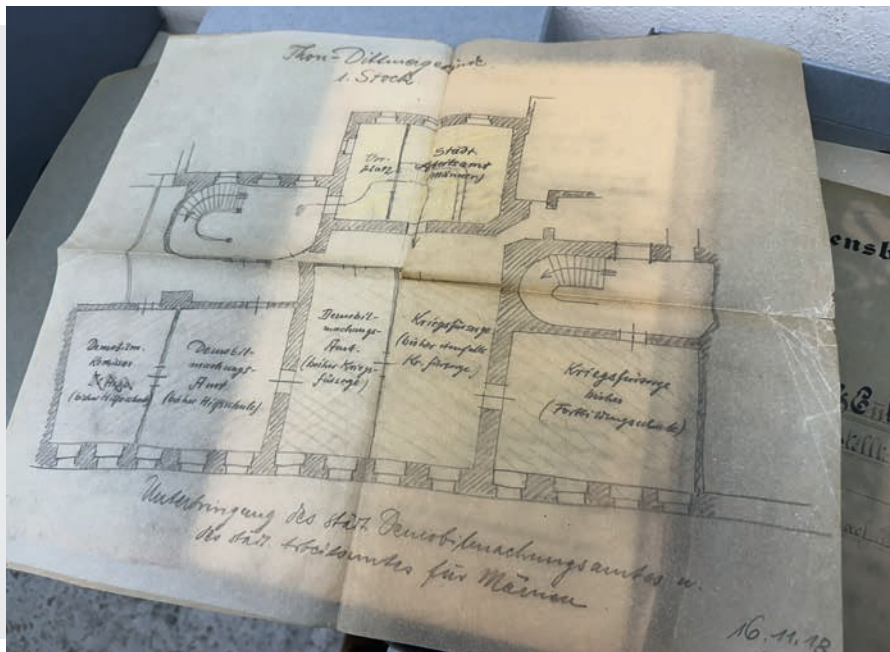
die heimkehrenden Soldaten zu machen. Die bis Mitte 1919 intakte Blockade durch die Alliierten erschwerte zusätzlich die Zufuhr von Lebensmitteln und wichtigen Rohstoffen.

Um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch abzuwenden wurde ein Amt für wirtschaftliche Demobilmachung eingesetzt, welches schnell zur zentralen wirtschaftlichen Behörde wurde. Hauptaufgabe der Demobilmachungspolitik war die Wahrung des wirtschaftlichen Systems, dem Kapitalismus. Hierfür war eine mehr oder wenige zufriedene Bevölkerung vonnöten. Dies sollte einerseits durch ausreichende Nahrungs- und Kleidungsversorgung geregelt werden, andererseits auch durch eine Verhinderung hoher Erwerbslosenzahlen. Mit einem komparativen Ansatz wird die Situation in Regensburg und Schlesien anhand zweier Quellen kurz verglichen.

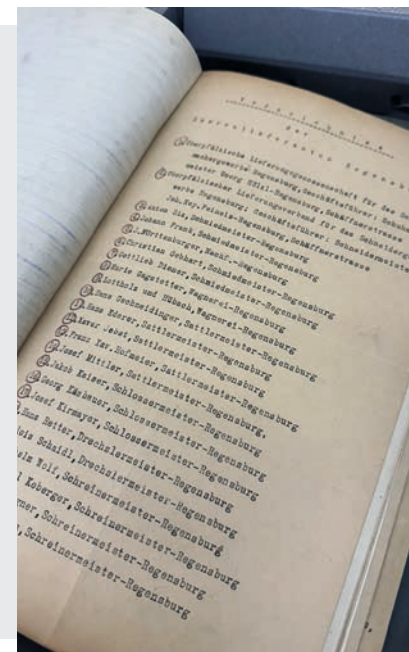
Im Oktober 1918 erhielt die Stadt Regensburg ein streng vertrauliches Rundschreiben an die Mitgliedsstädte des Deutschen Städ-

tetages durch den Vorstand. Das Schreiben behandelt die Demobilisierung und die daraus resultierenden Probleme. Wichtigster Punkt ist die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, die Überführung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ist dabei zweitrangig. Zentral ist die Arbeits- und Erwerbsschaffung für Heimkehrende Krieger und für die Arbeiter der Rüstungsindustrie. Der Städtetag stellt Forderungen an das Reich, möglichst viele finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Besondere Angst scheint der Vorsitzende vor Arbeitslosen Arbeitern der Rüstungsindustrie zu haben. Ferner fordert er die Überweisung der Rohstoffe und Materialien des Heeresamt an den Wohnungsbau in den Städten und der Industrie (Q1: S.7)

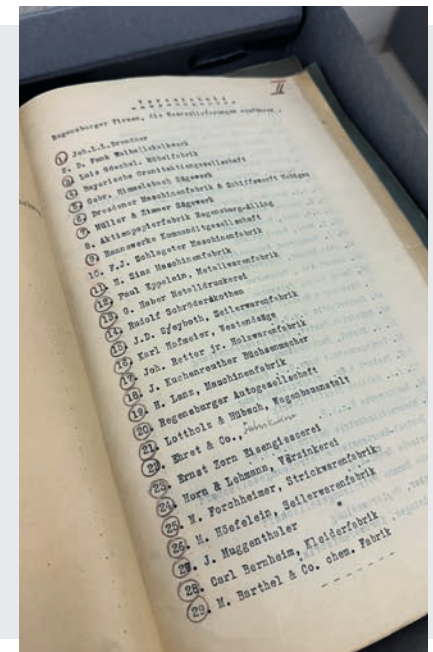
Als Folge hierauf bereitete sich auch die Stadt Regensburg auf die Demobilmachung vor und am 22.10.1918 fand beim Stadtmagistrat eine vertrauliche Besprechung über die Lage des Arbeitsmarktes im Falle der Demobilmachung statt. Teilnehmer waren sowohl politische Vertreter Regensburgs und



Einlick in die Quellen im Stadtarchiv Regensburg (ZR II 1234)



Einlick in die Quellen im Stadtarchiv Regensburg (ZR II 1235)



Stadtamhofs als auch der Handelskammer, des Gewerkschaftsbundes und der großen industriellen Betriebe (Q1: S.9). Die Lage in Regensburg scheint nicht ganz so ernst wie in anderen Städten, weil das Einstellen der reinen Kriegsbetriebe keine Werke und Arbeiter in Regensburg betrifft.

Das Hauptproblem in Regensburg stellen die vom Heeresdienst entlassenen Soldaten dar. Besondere Probleme wurden bei der Lebensmittelversorgung erwartet. Noch vor der Demobilmachung sollte daher die Stadt versuchen größere Mengen an Lebensmitteln zu erwerben (Q1: S.10). Ein weiteres Problem sehen die versammelten in der entstehenden Wohnungsnot. Als Lösung hierfür sind die Militärquartiere und Kasernen vorgesehen. Weiter bleibt aber noch das Problem „des Vorhandenseins und die Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten.“ Hierfür soll im Bedarfsfall das Arbeitsamt mit einer Hilfskraft verstärkt werden.

Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft ist nur möglich, wenn ausreichend Rohstoffe zur Verfügung stehen. Auch hier sehen die vertraulich Versammelten die Lösung in einem Rückgriff auf die Ressourcen des Militärs (Q1:

S.12) Die Kriegsgefangenen, welche in manchen Betrieben noch tätig sind, müssen so schnell wie möglich zurückgeführt werden (Q1: S.13). Für Notstandsarbeiten werden der Bau eines Kanals, Arbeiten an verschiedenen städtischen Gebäuden und Ausbau des Regensburger Umschlaghafens in Betracht gezogen (Q1: S.14). Die Verhinderung von Arbeitslosigkeit und Mittellosigkeit ist das zentrale Anliegen, um so Ruhe und Ordnung in der Stadt wahren zu können.

In Regensburg wurde anschließend ein Demobilisierungsausschuss von acht Mitgliedern gegründet, der zeitgleich auch Erwerbslosenfürsorgeausschuss war (Q2: S.1). Der Schwerpunkt lag auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises, der Erwerbslosenfürsorge, der Versorgung mit Roh- und Betriebsstoffen und der Vorbereitung von Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Das alles während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung.

Hierfür durchgeführte Maßnahme war die Einstellung privater Stellenvermittlung ab Dezember 1918. Der Zuzug auswärtiger Arbeitnehmer wurde unterbunden und vom Ausschuss als effektiv eingestuft. Beschlagnahme

von 3000 kg Benzin und 18 Wagons voll Kohle, um den Weiterbetrieb und somit die Arbeiterentlassung zu verhindern, folgten am 16.10.1919.

Städtische Ausbildungskurse für Erwerbslose Jugendliche und Anstellung weiblicher Erwerbsloser in städtischen Schul- und Volksküchen wurden durchgeführt, um die Erwerbslosenfürsorge zu entlasten. Es wurden 5760 Gesuche um Erwerbslosenfürsorge genehmigt und 428 abgelehnt. In 208 Fällen wurde die Unterstützung aufgrund von Arbeitsverweigerung eingestellt. Nach dem Reichsgesetzblatt (zur Verordnung über den Erlaß von Strafbestimmungen durch das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung (1918, Nr. 164) war das Demobilisierungsamt dazu ermächtigt, Zuwiderhandlungen seiner Bestimmungen mit einer Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe bis zu 100.000 Mark zu bestrafen (Q2: S.19).

Die großen Befugnisse des Amtes führten zu einer politischen Debatte, bei der Interessensgruppen um ein Mitspracherecht kämpften. So auch der Gewerkschaftsbund Regensburgs. Dieser beschwerte sich, dass er bei der Wahl der Vertreter für den Demobilisierungsausschuss nicht eingeladen wurde. Des Weiteren fordern sie für die Regensburger Angestellten eine Stimme im Ausschuss, genauer fordern sie sogar einen Vertreter für die männlichen und einen weiteren für die weiblichen Angestellten vom Gewerkschaftsbund (Q2: S.24).

Diesem Wunsch des Gewerkschaftsbundes wird auch in Teilen nachgekommen und Rudolf Arnold und dessen Ersatz Franz Dörriinger werden aufgenommen (Q2: S.28). Als Reaktion hierauf wird für die Arbeitgeberseite der Metzgermeister Josef Karl, mit Ersatzmann Karl Gullemann, aufgenommen (Q2: S.32). Dem Gesuch der Frauen des Gewerkschaftsbundes nach einer weiblichen Vertreterin wird nicht nachgekommen (Q2: S.36)

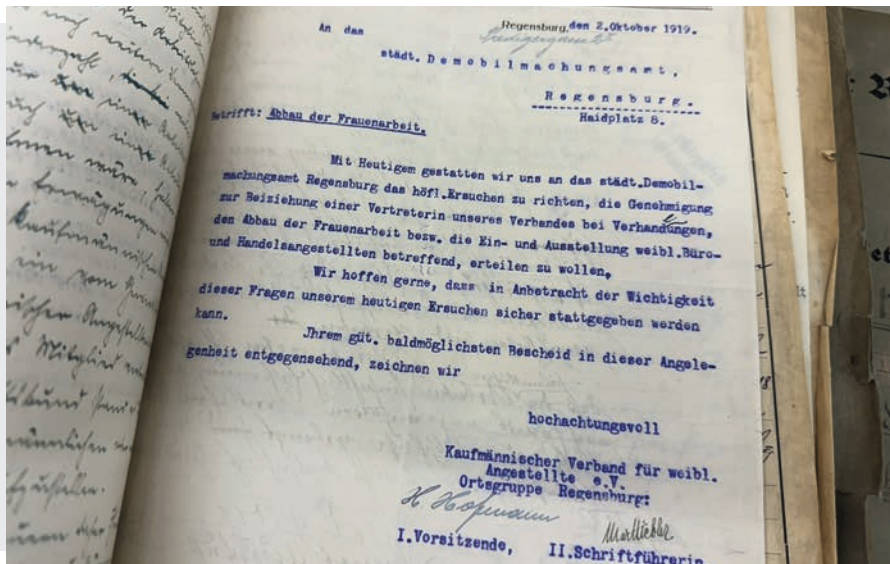
Am 12.02.1921 erreicht ein Schreiben

vom Ministerium für soziale Fürsorge Regensburg, mit der Ankündigung, dass der Demobilisierungsausschuss zum 31.03.1921 aufgehoben werde (Q2: S.40). Die Situation in Regensburg scheint zwar kritisch, aber bewältigbar. Anders zeichnet sich die Lage in Schlesien ab, wie an einem Schreiben des Hauptmanns Winckler deutlich wird. Der Abteilungsführer der Truppenfliegerstaffel wendet sich hierin an die Gesellschaft und appelliert an den Patriotismus. Dieses beginnt mit „Wir suchen Arbeit“ und führt dann verschiedenste Berufe an und bittet um Arbeit für seine Soldaten, deren Abteilung aufgelöst wurde. Darin betont er die Arbeitsfreude und Leistungsfähigkeit seiner Truppe. Zum Schluss bittet er sogar um Spenden, um die Arbeitsvermittlung zu gewährleisten (Q3: S.5)

Auch wenn die zu Beginn beleuchtete gesetzliche Lage sehr ähnlich war, liegt dieses Schreiben nahe, dass die Situation in Regensburg weniger dramatisch war. Ein Hauptgrund dafür könnte in der stark unterschiedlichen Wirtschaft liegen. Während Regensburg ohnehin wenig Industrie hatte, und kaum Kriegswichtiges produzierte, war Schlesien als Montangebiet stark von den Veränderungen betroffen und hatte so mit stärkeren Turbulenzen zu kämpfen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Q1: StAR, ZR I 1235: Richtlinien und Verordnungen für die allgemeine Demobilmachung sowie Tätigkeit des Regensburger Demobilisierungsausschusses. Stadtarchiv Regensburg.
 Q2: StAR, ZR I 1234: Zusammensetzung und Beschlüsse des Demobilisierungsausschusses. Stadtarchiv Regensburg.
 Q3: APK Sign. 3951: Verordnungen für den Fall der Demobilisierung. Szukaj w Archiwach.
 Knortz, Heike: Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Zeit, Göttingen 2021.



Einlick in die Quellen im Stadtarchiv Regensburg (ZR II 1235)

Wirtschaftsentwicklung der späten Weimarer Republik und ihre Auswüchse in Schlesien

Sophia Speil

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 traf die deutsche Wirtschaft stark. Als Folge lag im Raum Oberschlesien 1933 die Zahl der Arbeitslosen bei 19,4% und betraf ca. 126.000 Personen. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden Schritte eingeleitet, um die Wirtschaftsnot zu überwinden. So schrieb etwa der nationalsozialistische Oberbürgermeister von Stuttgart Karl Strölin 1936 im Rahmen des Internationalen Gemeindegkongresses Berlin-Münchens, dass „[v]on größter Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung [...] die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Deutschland geworden“ sein. Dieser Generalbericht befindet sich aktuell im Stadtarchiv Regensburg. Diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterschieden sich mehrheitlich kaum von den Vorherigen und setzten somit die Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik fort.

Schritte zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise waren die Stärkung des staatlichen Sektors, die Ausweitung öffentlicher Aufträge und die Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeit-

nehmer*innen. Diese Maßnahmen wurden auch vom Regierungsrat Dr. Brebeck im Jahr 1934 für den Raum Oberschlesien gefordert. Im Folgenden sollen seine Vorschläge für die Beseitigung der Wirtschaftsnot in Oberschlesien, welche er in einer Berichterstattung festhielt und heute im Stadtarchiv Kattowitz archiviert werden, analysiert werden.

Zunächst beschrieb Brebeck die allgemeine wirtschaftliche Lage Oberschlesiens, welche sich trotz Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung nicht verbessert hatte. So erzielten wirtschaftspolitische Maßnahmen im November 1933 nur, dass die Erwerbslosigkeit nicht weiter anstieg. Im Dezember 1933 erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen wieder und Ende Januar lag sie sogar um 30% höher als im November 1933. Auch im Februar konnte nur eine geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit von 4,5 % verzeichnet werden, während die Arbeitslosigkeit im gleichen Monat im Deutschen Reich um 16,3%, davon in Westfalen um 18,5% und in Berlin um 8,5% gesunken war. Folglich konnte in anderen Industriebezirken des Reiches die Wirtschaft durch öffentliche

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angekurbelt werden, während in Oberschlesien ein konjunktureller Aufschwung ausblieb.

Brebeck bezog sich anschließend auf die Kohleindustrie, die 1933 nach wie vor große Absatzschwierigkeiten insbesondere am Berliner Markt aufwies. Während Oberschlesien 1929 54,3% der Kohleversorgung Berlins deckte und Westfalen nur 24,2%, machte 1933 Oberschlesien nur noch einen Anteil von 38,5%, Westfalen aber von 46% aus. Dies war für die Region Oberschlesien fatal, da sie sehr auf den Absatz der Kohleindustrie angewiesen war.

Als noch ungünstiger erwies sich laut dem Regierungsrat die wirtschaftliche Lage der Eisenindustrie. So wurden vorhandene Anlagen nur im geringen Maße genutzt und die Belegschaft sank 1929 von 13.324 bis 1933 auf 7.093 Arbeitende. Dies geht aus einem Rechnungsabschluss der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke A.G. in Gleiwitz hervor. Diesem Konzern gehörten fast alle größeren Eisenbetriebe Oberschlesiens. Das Unternehmen erlitt im Oktober 1933 einen Verlust von 1.500.00 Reichsmark, der um 1,2 Mio. höher war als im Jahr 1932 zuvor. Aufgrund zu geringer Aufträge musste der älteste Betrieb der Hüttenwerke geschlossen werden. Auch die Wirtschaftslage der Zementindustrie sah prekär aus. Von sieben Werken mussten im Jahr 1933 vier eingestellt werden. Aus Folge dessen wurden 13.532 Personen im Kreis Oppeln und Strehlitz erwerbslos.

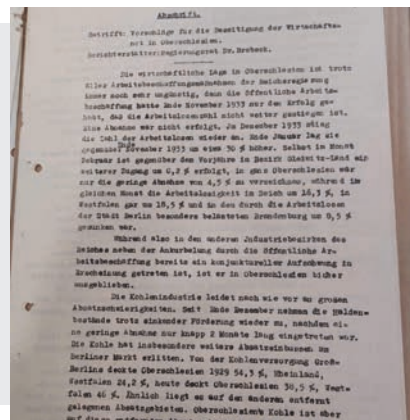
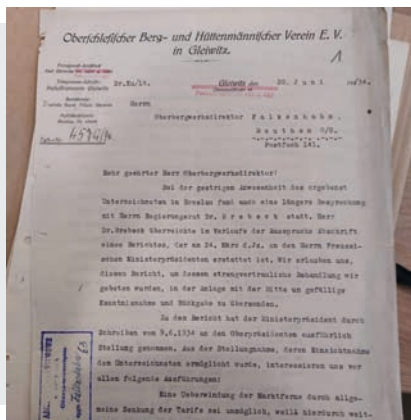
Die Wirtschaftsnot beschränkte sich nach Berichterstattung Brebecks nicht nur auf die Industrie, sondern zeigte sich auch in der Landwirtschaft Oberschlesiens. Vor dem Krieg war der Landwirtschaftssektor noch „ein völlig selbstständiger Wirtschaftskörper“. „[N]ach der Grenzzereissung, die so gestaltet ist, daß der wertvollste Industrieteil zu Polen geschlagen, die Landwirtschaft aber bei Deutschland verblieben ist, sind die Existenzbedingungen dieser Landwirtschaft erschüttert.“ Unter dieser Grenzziehung

versteht man die Teilung Oberschlesiens zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei aufgrund des Versailler Vertrags in den Jahren 1918 bis 1922. Sie zerriss einen seit anderthalb Jahrhunderten zusammengewachsenen und eng verflochtenen Wirtschaftsraum.

Des Weiteren berichtete Brebeck von den Einkommensverhältnissen der schlesischen Bevölkerung, welche das Ausmaß der schlechten Wirtschaftslage zum Ausdruck bringen. So wies Oberschlesien von allen Provinzen die geringste Zahl an Einkommensteuerepflichtigen auf. Zudem fielen die Einkommenssteuereinnahmen 1928 von 12,5 Millionen bis 1932 auf 7,5 Millionen, die Lohnsteuereinnahmen von 13,3 Mio. auf 5,3 Mio., die Körperschaftsteuereinnahmen von 11,5 Mio. auf 1,1 Mio. und die Vermögenssteuereinnahmen von 5,4 Mio. auf 3,8 Mio. Reichsmark.

Doch was sind nach Brebeck die Gründe für Verschlechterung der Wirtschaftslage in Oberschlesien? Zunächst standen „[d]iesem sinkenden Einnahmen und Erträgen [...], besonders gesteigert durch die Notwendigkeit, die zahlreichen Flüchtlinge aus Polnisch-Oberschlesien unterzubringen und zu unterstützen, ständig wachsenden Kommunalausgaben gegenüber.“ Zudem wies der Regierungsrat darauf hin, dass Oberschlesien eine besonders hohe Schullast trug, da es pro Kopf die größte Kinderzahl aufwies.

So lag die Geburtenhäufigkeit in Oberschlesien 1932 bei 23,1% auf 1000 Einwohner*innen, gegenüber 15,1% im Deutschen Reich, 16,1% in Niederschlesien und 10,8% im Durchschnitt der deutschen Großstädte. „Oberschlesien gehört zu dem großen östlichen Menschenreservoir, aus dem der Westen des Reiches ständig starke Kräfte für seinen Arbeitsmarkt schöpft.“ Dies bedeutete, dass Oberschlesien hohen Kosten für die Schulausbildung zu tragen hatte, aber selbst kaum davon profitierte, da insbesondere die mittel- und westdeutsche Industrie viele junge Menschen im arbeitsfähigen Alter



aus dieser Region abzog.

Der Hauptgrund der Verschlechterung der Wirtschaftslage in Oberschlesien bestand allerdings in der „unnatürlichen Grenzziehung“ bedingt durch den Versailler Vertrag. Vor der Grenzziehung bildete das gesamte Ostgebiet, also Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern und Brandenburg, innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes ein starkes Wirtschaftsgeflecht, indem die einzelnen Gebiete voneinander profitierten und sich gegenseitig erhielten. Als aber Westpreußen und die Provinz Posen fast vollständig polnisch wurde und der oberschlesische Industriesektor zu 5/6 an Polen abgegeben wurde, „ist dieser Gleichgewichtszustand erschüttert und der einheitliche Wirtschaftsorganismus zerschlagen worden.“

Dies hatte zur Folge, dass Oberschlesien nun immer abhängiger vom binnendeutschen Markt wurde. „Der allgemeinen Notlage Oberschlesiens kann daher nicht einfach damit geholfen werden, [dass] das Reich zur Behebung der einzelnen Notstände, wie der Schulnot, des Flüchtlingseleuds, der allgemeinen Arbeitslosennot beiträgt, sondern es geht darum, die gesamte Volkswirtschaft so ins Gleichgewicht zu bringen, [dass] sie sich wieder selbst erhält und die Menschenmassen, die da sind, ernährt.“ In diesem Zusammenhang sprach Brebeck auch von Verkehrsferne zum innerdeutschen Absatzmarkt.

Anschließend führte Brebeck Vorschläge für die Beseitigung dieser Wirtschaftskrise an. „Das wichtigste Mittel zur Beseitigung der Verkehrsferne ist der Ausbau der Oder zu einem vollschiffigen Wasserweg.“ Des Weiteren plädiert er dafür den Bau der Autobahn Berlin-Breslau forstzusetzen. Hier handelt es sich aber laut dem Regierungsrat um Maßnahmen, die nur auf langfristige Sicht Verbesserung erzielen werden. Deshalb forderte er ebenso Sofortmaßnahmen wie Tarifermäßigungen, um sich an den deutschen Binnenmarkt angliedern zu können.

In diesem Zusammenhang sah er eine Frachtsenkung von mindestens 20% vor. Als weitere wesentliche Soforthilfsmaßnahme strebte er steuerliche Entlastungen für die gesamte Wirtschaft an sowie erhöhte Staatsaufträge. Allerdings wies er daraufhin, dass selbst beim Einleiten all dieser Hilfsmaßnahmen nicht vollständig die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien bekämpft werden könne. „Für etwa 20.000 Personen wird selbst dann, wenn die Industrie wieder wesentlich besser beschäftigt ist, Arbeitsmöglichkeit niemals mehr geschaffen werden können.“

Des Weiteren forderte er zusätzliche Siedlungsreformen. Diese beinhalteten zum einen das Bewirken einer krisenfesten Arbeiterschaft durch die Ermöglichung industrieller Kurzarbeit durch Nebenerwerb, zum anderen Wohnungsfürsorge, also die Bereitstellung „gesunder Wohnungen“ anstelle der bestehenden zahlreichen Elendsviertel. Zudem plädiert er für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Herstellung von Häusern.

Der Oberschlesischer Berg- und Hüttenmännischer Verein E.V. in Gleiwitz bezog sich in einem Brief an den Oberwerksdirektor Falkenhahn am 20.06.1934 auf diesen Bericht des Regierungsrates Brebeck und bat darum dessen Vorschläge zur Kenntnis zu nehmen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bahlcke, Joachim/ Gawrecki, Dan/ Kaczmarek, Ryszard: Geschichte Oberschlesiens. Politik, Wirtschaft und Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart, Oldenburg 2015.
- Budraß, Lutz/ Kalinowska-Wojcik, Barbara/ Michalczyk, Andrzej: Industrialisierung und Nationalisierung. Fallstudien zur Geschichte des oberschlesischen Industrieviers im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 2013.
- STAR, ZR II 1089.

Die Fremdenverkehrsförderung in der Weimarer Republik als neue Chance zur Wirtschaftsförderung

Selina Watke

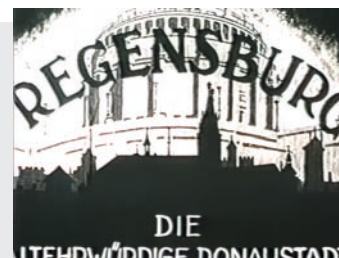
Die Tourismusbranche erlebte in der Weimarer Republik einen neuen Aufschwung. Trotz der ständigen Krisenhaftigkeit der Weimarer Zeit stieg die Zahl der Reisenden stetig. Der Fremdenverkehr wurde von den Städten als neuer Wirtschaftsfaktor in der Krise entdeckt und das Reisen wurde immer mehr Menschen zugänglich.

Noch im Kaiserreich galt der Fremdenverkehr lediglich als wirtschaftliche „Notlösung“ für Kommunen, die keine anderen Wirtschaftszweige zur Auswahl hatten. Im Gegensatz zum Tourismus galten Wirtschaftsfaktoren, wie die Industrie oder das ausführende Gewerbe als „produktiver“, da sichtbare Produkte hergestellt wurden. Zudem sorgten in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vor allem Gewerbe und die Industrie für wirtschaftliches Wachstum. Entsprechend wurde der Tourismus als

Wirtschaftsfaktor lange unterschätzt und eher mit Misstrauen ihm begegnet.

Wie groß die Skepsis der deutschen Städte gegenüber dem wirtschaftlichen Erfolg von Tourismus war, zeigt das Beispiel der Stadt Regensburg: Obwohl Regensburg mit seiner mittelalterlichen Altstadt durchaus das Potential hatte für den Fremdenverkehr attraktiv zu sein, wurde dieser als Wirtschaftsfaktor zuerst unterschätzt. Als 1914 eine Anfrage zur Fremdenverkehrswerbung über deutsche Städte die Stadt Regensburg erreichte, wurde diese konsequent abgelehnt. Die Begründung war, dass ohnehin mit keinem finanziellen Erfolg zu rechnen sei.

Die Vorbehalte gegenüber dem Fremdenverkehr als „unproduktiver“ und „unrentabler“ Wirtschaftszweig, änderten sich mit den wirtschaftlichen Krisen der Weimarer Republik. Der Erste Weltkrieg und seine



Originalaufnahmen aus dem Werbefilm „Regensburg. Die altherwürdige Donaustadt“

Folge schädigten die deutsche Wirtschaft massiv. Besonders betroffen war die Industrie, die noch davor noch als verlässlichster Wirtschaftszweig zur Wohlstandssteigerung galt. Die folgende Hyperinflation schädigte die deutsche Wirtschaft erneut. Entsprechend war die Kaufkraft in den Städten sehr schwach und viele Unternehmen blieben auf ihren Waren sitzen.

Um einen Ausweg aus dieser wirtschaftlichen Notlage zu finden, setzten sich die Städte vielerorts das Ziel, die eigene Kaufkraft zu steigern. Hier wurde der Fremdenverkehr immer interessanter: während er zuvor noch unterschätzt wurde, weil er keine direkten Produkte produziert, wurde er nun attraktiv, eben weil er keine Produkte produzierte. Es kam Hoffnung die Hoffnung auf, dass, wenn die eigene Kaufkraft der Stadtbewohnerinnen und Bewohner nicht ausreichte, doch Touristinnen und Touristen ihr Geld in der Stadt lassen könnten und damit die Einnahmen wieder steigen.

So setzte nach der früheren Skepsis auch in Regensburg ein Umdenken gegenüber der Förderung des Fremdenverkehrs ein: 1927 forderte Dr. Schwindt-München im Regensburger Anzeiger, dass sich die Stadt Regensburg mehr dem Tourismus öffnen

solle. Schwindt-München räumte mit dem Vorurteil auf, vom Fremdenverkehr würde nur das Hotel- und Gastronomiegewerbe profitieren, da diese auch beliefert werden müssten. Außerdem würden die Touristinnen und Touristen in der Stadt einkaufen gehen, wodurch Handel und Gewerbe angeregt werden und mit jedem Einkauf Steuergelder gesammelt werden.

Insofern sei der Fremdenverkehr von großer Bedeutung, um wieder mehr Geld in die Stadt zu bringen. Vorbilder seien hier die Schweiz und Italien, Deutschland habe jedoch bisher weitestgehend verpasst eine Tourismusbranche zu etablieren. Dabei betont Dr. Schwindt-München in aller Schärfe, dass Auslandsreisen der deutschen Wirtschaft schaden würden. Deutsche sollten in Deutschland Urlaub machen, um ihrer eigenen Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen.

Anhand des Beispiels von Regensburg wird klar, dass der Fremdenverkehr in der Weimarer Republik nicht nur ein neu entdeckter Wirtschaftsfaktor war, sondern Urlaub in deutschen Städten als Pflicht am Heimatland verstanden wurde. 1924 beschloss die Reichsregierung sogar Auslandsreisen kurzzeitig mit bis zu 500 Reichsmark zu bestrafen.

Von Seiten der Reichsregierung und den deutschen Städten wurde also versucht eine Fremdenverkehrspolitik zu führen, die an den Neo-Merkantilismus erinnert: Fremde, am besten aus dem Ausland, sollen Deutschland bereisen und die Wirtschaft ankurbeln, Deutsche sollen aber keineswegs ins Ausland fahren, sondern ihr Geld lieber in die deutsche Wirtschaft investieren.

Um Touristinnen und Touristen in die deutschen Städte zu locken, wurden mehrere Möglichkeiten der Fremdenverkehrswerbung genutzt. Beispielsweise wurden im Print Inserate oder ganze Artikel über deutsche Städte und ihre Sehenswürdigkeiten gedruckt. Exemplarisch hierfür ist die Stadt Neustadt-Oberschlesien, die im August 1924 vom Ackermanschen Verlag kontaktiert wurde. Der Verlag plante eine Korrespondenz namens „Die gelbe Reisekutsche“ herauszugeben, die deutsche Urlaubsorte vorstellte, und das Ziel verfolgte, Deutsche für den Inlandsurlaub zu überzeugen. Die Stadt Neustadt-Oberschlesien stimmte zu und sendete dem Verlag unentgeltlich einen Aufsatz über ihren Ort. Der Aufsatz wurde Ende Januar 1925 veröffentlicht. Hier wird ein Rundgang über die Sehenswürdigkeiten in Neustadt-Oberschlesien beschrieben, in dem der Fokus insbesondere auf die „mystische“ historische Altstadt gelegt wird.

Eine weitere Werbemöglichkeit, waren Werbeprospekte zu deutschen Städten, die beispielsweise in Reisebüros verteilt wurden. Allerdings wird im Fall der Stadt Regensburg deutlich, dass diese Methode weniger erfolgreich gewesen ist. Dr. Schwindt-München kritisiert im Regensburger Anzeiger, dass die Werbeprospekte in den Reisebüros nur verstauben würden und wenn dann nur auf konkrete Nachfrage an die Reisewilligen kommen. Dies sei ein großes Problem für die Förderung des Fremdenverkehrs und erkläre, wieso der Großteil der Touristinnen und Touristen 1925 Personen aus dem Umland waren.

Um diesem Effekt entgegenzuwirken,

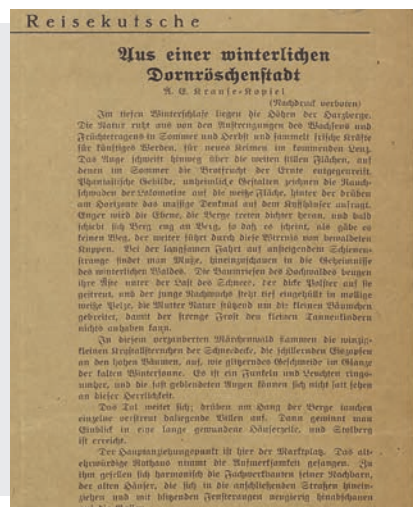
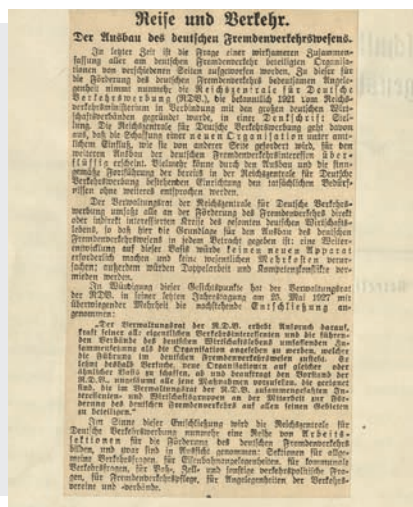
müsse auch explizit mehr Werbung in gesamt Deutschland betrieben werden. Als Lösungsvorschlag, schlägt er vor, dass alle Regensburgerinnen und Regensburger selbst aktiv werden müssen und bei jedem Aufenthalt in einer anderen Stadt, die Stadt Regensburg bewerben müssten. Zudem müsse die Fremdenverkehrswerbung mehr auf Bild- und Filmtechnik setzen. So existiert aus dem Jahr 1926 bereits ein Werbefilm der Stadt Regensburg, den Dr. Schwindt-München anrät so oft wie möglich außerhalb Regensburgs vorzuführen.

Diese Entwicklungen des Tourismus sind aber nur vor dem Hintergrund möglich gewesen, dass in der Weimarer Republik die Möglichkeit des bezahlten Urlaubs entstand. In der Regel handelte es sich hierbei nur um drei bis vier Tage Urlaub, weshalb die meisten Urlaubsreisen noch immer Kurzurlaube waren. Zudem änderte sich die soziale Schicht der Reisenden: Während noch im Kaiserreich größtenteils Personen aus der alten Ober- und Mittelschicht reisten, dominieren nun Angestellte und Beamtinnen und Beamte die Tourismusbranche. Teilweise sind auch Arbeiterinnen und Arbeiter vertreten.

Dadurch, dass nun Reisende mit geringerem Einkommen den Markt bestimmen, verändert sich auch die Tourismusbranche: jetzt soll Urlaub weniger luxuriös, sondern vor allem bezahlbar sein. Es gibt mehr Konkurrenzdruck in der Branche, mehr Pauschalreisen und die Zeit, in der die Grand Hôtels vorherrschten, war vorbei, während Unterkünfte wie die Jugendherbe immer beliebter wurden. Dazu passend veränderte sich auch die Art, wie gereist wurde: In der Weimarer Republik gab es immer mehr Omnibusse, sodass auch Orte, die nicht an das Schienennetz angebunden waren, erstmals touristisch erschlossen werden konnten.

Quellenverzeichnis

StAR, ZR II 5343.



Katowice und Regensburg - Archivmaterial zur Notgeldausgabe

Michael Zimmermann

Im Januar des Jahres 2010 begann die BBC mit der Übertragung einer Radioserie des damaligen Direktors des British Museums, Neil McGregor, die den vielversprechenden Titel *A History of the World in 100 Objects* trug. Vier Jahre zuvor hatte MacGregor damit begonnen, aus den Beständen seines Hauses Beispiele auszusuchen, die als Stellvertreter für Sachkultur einer bestimmten geographischen Region und Zeitspanne einstehen sollten.

Obwohl er jedem Objekt nur eine Viertelstunde widmen konnte, wollte er seiner Zuhörerschaft so einen anschaulichen Zugang zu denjenigen Ereignissen und Vorgängen verschaffen, die sich mit dem jeweiligen Gegenstand in Verbindung bringen lassen. Der Sendung selbst, aber auch einem von MacGregor verfassten, namensgleichen Buch und der in Folgejahren international gezeigten Wanderausstellung war enormer Erfolg beschieden. In der Geschichtsvermittlung jenseits des Museums erfreuen sich ähnliche, objektbezogene Ansätze seit einiger Zeit ebenfalls großer Beliebtheit.

Angesichts dessen lautet eine naheliegende Frage, wo denn eigentlich die sinnvollen Grenzen eines solchen Zugangs liegen. Sicherlich lässt sich derart nicht jeder historische Sachverhalt angemessen erschließen. Der Verlauf des hier im Mittelpunkt stehenden Jahres 1923 war bekanntlich geprägt durch einen außergewöhnlichen Geldwertverfall. Die sogenannte Große Inflation, deren Wurzel und Beginn in der Kriegskostenfinanzierung ab 1914 zu sehen ist, fand damals ihren schwindelerregenden Höhepunkt und die Auswirkungen zerrütteten die Gesellschaft der jungen Republik.

Erkenntnisbringend lassen sich diese

Vorgänge nur unter Bezugnahme und Erläuterung der gesamten Gemengelage beleuchten. Grundlegend ist hierzu das Verständnis wirtschaftlicher Prozesse, aber auch Einsicht in die persönlichen und institutionellen Handlungsspielräume der Politik. Könnte man in Katowice oder Regensburg all dies - direkt und prägnant - anhand einzelner Archivalien, oder zumindest Archivbestände, vermitteln? Oder überschreitet die hierzu unumgängliche Verkürzung denjenigen Punkt, bis zu dem die historischen Gegebenheiten sowohl voll erfasst als auch nachvollziehbar dargestellt werden können?

Zunächst bedürfte es dazu natürlich der Auswahl eines Versuchsobjekts. Was verbindet man denn eigentlich einhundert Jahre später noch mit der Hyperinflation, die - gepaart mit dem Scheitern der Weimarer Republik - in der bundesdeutschen Gesellschaft des vergangenen Jahrhunderts zu einer traumatischen Meistererzählung ausgeformt wurde? Welche Bilder oder Vorstellungen sind noch in den Gedächtnissen gegenwärtig?

Hoffentlich lassen sich für die meisten zumindest fotografische Gemeinplätze des Jahres 1923 - Banknotenpyramiden oder Geldschubkarren - weiterhin verlässlich von denjenigen der Weltwirtschaftskrise der späten 1920er und 30er - etwa Menschenmengen auf der Wall Street im Oktober 1929 - trennen. Mit Blick auf solche in jedem Sachbuch abgedruckten, inzwischen offenbar emblematisch gewordenen Bilder könnte also in der Währung selbst ein brauchbarer Einstieg für eine Vorstellung der dramatischen Entwicklungen 1923 zu sehen sein. Papiergeldscheine mit den absurden Nominalwerten der Hyperinflation, etwa zehn

Billionen Mark, lassen sich heutzutage auf vielen digitalen Verkaufsplattformen günstig und einfach erstehen, weshalb es im Sinne der Anziehungskraft des Neuartigen interessanter sein dürfte, nach einer weniger gut bekannten Alternative Ausschau zu halten.

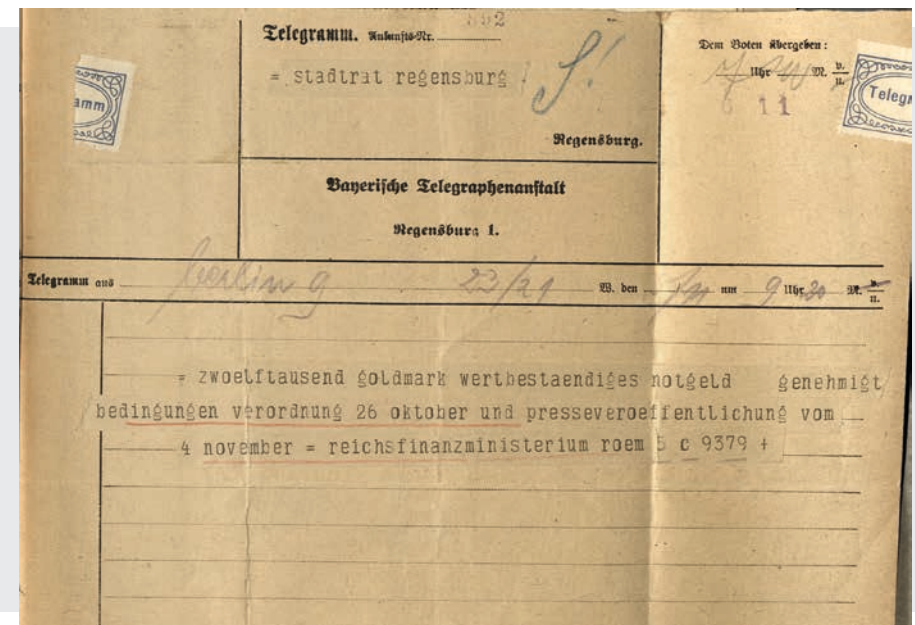
Als die Mark 1922/23 ihre eigentlichen Geldfunktionen - als allgemeines Tauschmittel, Recheneinheit und Wertspeicher - einbüßte, traten diesbezüglich Notgelder an ihre Stelle, die von Kommunen, Firmen oder auch Wirtschaftskammern ausgegeben wurden. Dies wurde fast unausweichlich, als die Reichsbank im Verlauf der Krise selbst mit mehr als 1500 Druckerpressen den Zahlungsmittelbedarf nicht mehr zu decken vermochte.

Archivalisch haben sich diese nur teilweise genehmigten Emissionen sowohl in Schlesien als auch Bayern niedergeschlagen. Die Notgeldausgabe scheint damit ein aussichtsreicher Ansatzpunkt zu sein, Aktenstücke zu suchen, die für die dramatischen Folgen der allgemeinen Preissteigerung einstehen könnten. Was genau aber bergen die Bestände

des Stadtarchivs von Regensburg und des Staatsarchivs Katowice zu diesen Vorgängen?

Beginnen wir an der Donau: Dort finden sich im Zusammenhang mit Notgeld in der Zentralregistratur, Abteilung II, die Bestandsnummern 1794, 1795 und 1796 (Signatur: ZR 2, 1794/95/96). Zwischen den grün-grauen Pappdeckeln der Akten sind zahlreiche Schreiben abgelegt, in denen Druckereien von Kaufbeuren bis Leipzig der Stadtverwaltung ihre Dienste anempfehlen.

Natürlich stößt man hier auch auf offizielle Korrespondenz: So enthält die Nummer 1796 etwa Schreiben des Reichsfinanzministeriums an den Stadtrat, durch die beispielsweise die Genehmigung einer Notgeldausgabe im Oktober 1923 bestätigt wird. Wenige Tage später, am 7. November, erhielten die Stadtväter ein Telegramm aus Berlin, das abermals die Emission von Notgeld, jetzt mit einem Gegenwert von 12.000 Goldmark, ermöglichte. Auch die zugehörige Rechnung der Firma Heinrich Schiele in Regensburg für das Papier, den Entwurf sowie die Herstellung



des Zahlungsmittels fehlt nicht.

Interessanterweise enthält der Bestand 1795 außerdem eine 'Rohskizze' für einen Notgeldschein, der ebenfalls von der Druckerei an die Stadt versandt wurde: Die Note sollte eine Stadtansicht mit Dom und, einer vormaligen Reichsstadt und dem Sitz des Immerwährenden Reichstags gebührend, einen Doppeladler samt gekreuzten Schlüsseln im Brustschild tragen.

In Katowice enthält die mit der Signatur 12/2855/0/1.1.18/993 versehene Akte Material zur Notgeldthematik, das der Magistrat der südwestlich gelegenen Kleinstadt Mikołów, vormalig Nicolai bzw. Nikolai, seit 1915 angelegt hatte. Wie schon in Regensburg lesen wir hier Offerten verschiedener Druckereien, die samt Mustern abgeheftet wurden, sowie amtlichen Briefverkehr mit verschiedenen Stellen von Glogów/Glogau bis Berlin. Außerdem tauchen in diesem Bestand Gesuche privater Sammler auf, die sich die Übersendung von Notgeldscheinen erbitten. Die Datierung lässt allerdings darauf schließen, dass es sich hierbei noch

um Kriegsnotgeld gehandelt haben muss. Der durch die anscheinend zahlreichen Anfragen entstandene Arbeitsaufwand war laut einem Schreiben der Kassenbeamten von 1921 derart, dass sie beim Magistrat der Stadt um eine einmalige Entschädigung aus der durch den Erlös der Noten erzielten Summe nachsuchten.

Diese knappe Zusammenschau allein mag genügen, um eine negative Antwort auf die eingangs gestellte Frage nach der Möglichkeit einer Vermittlung komplexer historischer Sachverhalte anhand einzelner Archivalien zu geben. Eine grundsätzliche Problematik ist klar erkennbar: Museale Sammlungen, wie im Falle der Weltgeschichte MacGregors, wurden nach Maßstäben angelegt, die sich von denjenigen für Bestände in Archiven unterscheiden. Dementsprechend bieten Erstere für die hier vorgegebenen Zwecke deutlich bessere Auswahlmöglichkeiten. Zudem bestimmt die jeweilige Überlieferungssituation vor Ort oft recht zufällig, wie breit das zu einem Thema zur Verfügung stehende Material gestreut

ist. Für die Stadt Katowice selbst blieb die Suche im Archivplan beispielsweise erfolglos, obwohl auch dort in den 1920ern Notgeld ausgegeben wurde.

Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass keines der angesprochenen Stücke didaktisch fruchtbar gemacht werden könnte. Zur Veranschaulichung bereits eingeführter und dargelegter Inhalte und dem Aufzeigen eines lokalen Bezugs muss etwa die Regensburger Notgeldskizze geradezu ideal erscheinen. Gleichzeitig reicht die ihr immanente Aussagekraft nicht aus, um daraus eine Erklärung für ein historisches Phänomen, wie die Zahlungsmittelknappheit während einer Hyperinflation, zu entwickeln.

Hier liegt eine der oben gesuchten Grenzen des objektbezogenen Zugangs: Der Umstand, dass die Unfähigkeit der Reichsbank 1923, ausreichend Banknoten zu drucken, realwirtschaftlich als Geldmengenverknappung wirkte, weil der in Goldmark umgerechnete Umlauf dadurch zurückging, lässt sich aus dem ästhetisch ansprechenden Entwurf einfach nicht ableiten. Für die

Erklärung dieser Zusammenhänge müssen sich Geschichtsschreibung und -vermittlung anderer, zweckdienlicherer Werkzeuge bedienen.

Quellenverzeichnis

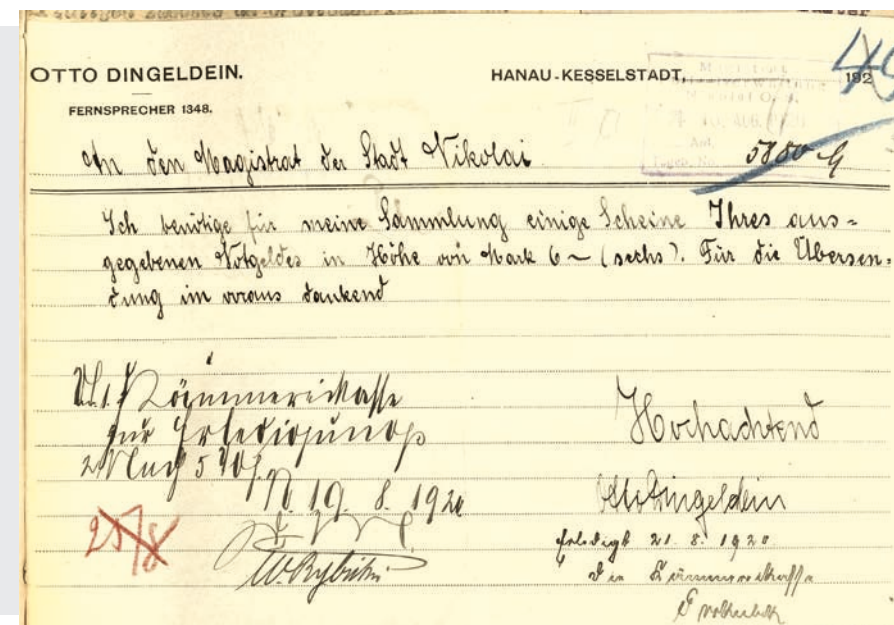
APKa, 12_2855_0_1.1.18_993 Bl. 49.

StAR, ZR II 1795.

StAR, ZR II 1796.



Notgeldskizze der Firma Schiele für Regensburg (ZR II 1795)



APKa, (2/2855/0/1.1.18/993)

Die Tuberkulosebekämpfung in Oberschlesien und Regensburg in den 1920er Jahren

Tobias Zimolong

In den 1920er Jahren sahen sich die industriellen Zentren Oberschlesiens und die Gemeinden um Regensburg mit der Herausforderung der Tuberkulosebekämpfung konfrontiert. Während die rauchgeschwängerten Städte Oberschlesiens von dieser Krankheit geplagt wurden, blieb auch das idyllische Regensburg in Bayern nicht von ihr verschont. Die Tuberkulose, die nicht nur die Lungen ihrer Opfer befiel, sondern auch das soziale Gefüge bedrohte, stellte sich als zusätzliche Belastung in einer Zeit dar, in der die Menschen bereits mit den Nachwirkungen des Ersten Weltkriegs kämpften.

Doch dieses Leiden beschränkte sich nicht allein auf Oberschlesien und Regensburg. Im gesamten Deutschland nahm die Tuberkulose während der Hyperinflation 1923 wieder eine bedrohliche Entwicklung an.¹ Die wirtschaftliche Unsicherheit und der Wertverlust des Geldes schufen eine noch größere Herausforderung für die Bevöl-

kerung, die nicht nur mit gesundheitlichen, sondern auch mit ökonomischen Unsicherheiten konfrontiert war.

Um dieser Herausforderung Herr zu werden und die Zahl der an Tuberkulose Erkrankten sowie Verstorbenen zu senken wurden verschiedene Maßnahmen getroffen. So bot einem Verwaltungsbericht aus dem Jahre 1927 für die Landesheilstätte Oberschlesien eine hygienisch-diätische Kur die Basis zur Tuberkulosebekämpfung, welche bei Halt weiterer Verbesserungen mit einer Reizkörpertherapie ergänzt wurde. Auch eine Behandlung mit Hilfe von Tuberkulin oder dem Goldpräparat Solganal kam zum Einsatz. Eine beliebte Option war auch die Strahlentherapie. Während im Sommer natürliches Sonnenlicht zur Genesung genutzt wurde, erwies sich im Winter die Bestrahlung mit künstlichem Licht als hilfreich. Sogar Röntgenbestrahlung fand zu Heilzwecken Anwendung. Trotz besagter

Methoden mussten sich 25 Prozent chirurgischen Eingriffen unterziehen. Um die Anzahl der Tuberkuloseerkrankten und -toten weiter zu reduzieren, wurde beispielsweise für eine präzisere Diagnose durch eine verbesserte ärztliche Ausbildung geworben. Zusätzlich setzte man sich dafür ein, frisch erkrankte Personen bevorzugt zu behandeln und keine Ablehnung gegen sie zu praktizieren.²

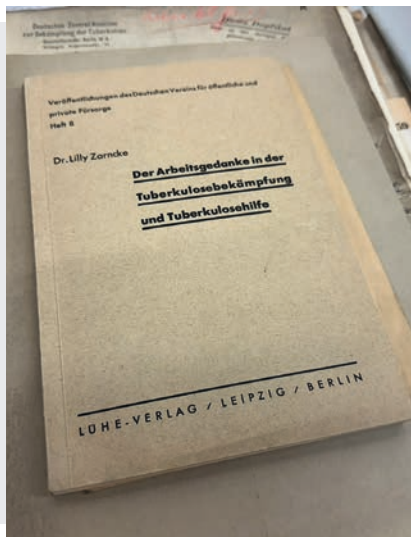
Durch die Gebietsabtretungen an Polen und die Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Tuberkulosebekämpfung in Oberschlesien erschwert. Insbesondere der Verlust der Rybniker Gegend hemmte die Heilung Tuberkulosekranker, da mit der Grenzverschiebung die einzige Heilstätte Oberschlesiens in Loslau verloren ging, sodass das Heilstättenprojekt Zeigenhals-Arnoldsdorf-Schönwalde ins Leben gerufen werden musste.³ Trotz dieser anfänglichen Widrigkeiten verbesserte sich die Situation jedoch rasch, und es konnten neue Fürsorgestellen errichtet werden.⁴

Obleich der Gefahr, die von der Tuberkulose ausging, wurden einige Regelungen zur Bekämpfung der Krankheit in Regensburg offenbar vernachlässigt. So beschwerte sich im Jahr 1929 der leitende Arzt der Städt-

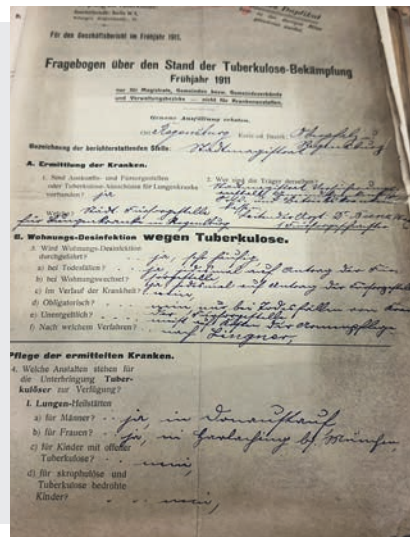
ischen Lungenfürsorgestelle beim Stadtrat über das Unterlassen von Meldungen über Tuberkuloseerkrankte. Dies lässt darauf schließen, dass zumindest der Stadtrat von Regensburg nicht bereit war, entsprechende Vorschriften durchzusetzen. Möglicherweise spielten die bereits sinkenden Zahlen von Tuberkuloseerkrankungen eine Rolle.⁵

Dies könnte den Anreiz gemindert haben, verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung der Krankheit zu unternehmen. Andererseits könnte es auch sein, dass der Stadtrat schlichtweg nicht mit der entsprechenden Vorschrift vertraut war. Dies legt zumindest ein Entwurf eines Erlasses nahe, der nur zwei Tage nach der Beschwerde entstand. Dieser vorgesehene Erlass plädierte für die „ortspolizeiliche [...] Einführung des Meldezwangs bei offener Tuberkulose“⁶ und sah vor, dass „jede ansteckungsfähige Erkrankung an Lungen- oder Kehlkopftuberkulose dem Stadtrat Regensburg anzuzeigen [sei]“⁷.

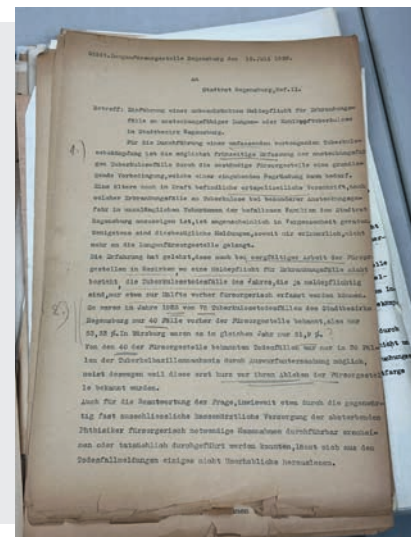
Ob dieser Entwurf tatsächlich umgesetzt wurde, konnte nicht ermittelt werden. Dennoch verdeutlicht dies, dass externer Druck und die Forderung nach verstärkten Maßnahmen einen Einfluss hatten.



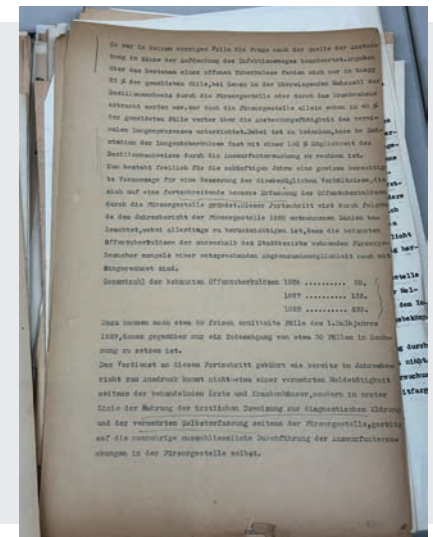
Einblick in die Quellen im Stadtarchiv Regensburg (ZR II 8861)



Einblick in die Quellen im Stadtarchiv Regensburg (ZR II 8861)



Einblick in die Quellen im Stadtarchiv Regensburg (ZR II 8861)



Einblick in die Quellen im Stadtarchiv Regensburg (ZR II 8861)

Endnotenapparat

¹ Während die Zahl der an Tuberkulose Verstorbenen im Deutschen Reich / der Weimarer Republik seit 1919 abnahm, stieg sie 1922 wieder an, um 1923 ihren zweithöchsten Wert in den 1920ern zu erreichen (höchster Wert 1920); zu den Zahlen (an Tuberkulose Verstorbene auf 10 000 Lebende gerechnet): 1919: 21,1, 1920: 15,4 (ab hier neue Ländereinteilung ohne beide Mecklenburg), 1921: 13,6, 1922: 14,2, 1923: 15,1, 1924 (ab hier ohne Saargebiet): 12,0, 1925: 10,7, 1926: 9,8, 1927: 9,3, 1928: 8,8, 1929: keine Daten im vorliegenden Bericht (es ist anzunehmen, dass die Zahlen gleich blieben oder weiter zurückgingen); die Werte Bayerns und Preußens wiesen ähnliche Werte auf (vgl. Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, Der Stand der Tuberkulosebekämpfung im Frühjahr 1930. Geschäftsbericht für die XXXIV. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose am Montag, dem 2. Juni 1930 in Dresden, Berlin, O. J., S. 15 f.).

² Staatsarchiv in Kattowitz, Zweigstelle Gleiwitz, Ve 189, Oberschlesischer Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose e. V. zu Ratibor, 1. Verwaltungsbericht für das Jahr 1927, Ratibor, 1928, S. 7-9. Anmerkung: Es handelt sich hier in der Tat um den 1. Verwaltungsbericht. Grund hierfür ist die Teilung der Provinz Schlesien nach dem Ersten Weltkrieg in die Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien und der Wunsch ober-schlesischer Ortsausschüsse einen eigenen Verein für eben diese neue Provinz zu gründen (vgl. Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, Der Stand der Tuberkulosebekämpfung im Frühjahr 1927. Geschäftsbericht für die XXXI. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose am 11. und 12. Juni 1927 in Bad Salzbrunn i. Schles., Berlin., O. J., S. 33).

³ Vgl. Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, Der Stand der Tuberkulosebekämpfung im Frühjahr 1928. Geschäftsbericht für die XXXII. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose am 2. und 3. Juni 1928 in Bad Wildbad, Berlin, O. J., S. 42.

⁴ Vgl. Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, Der Stand der Tuberkulosebekämpfung im Frühjahr 1929. Geschäftsbericht für die XXXIII. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose am 23. und 25. Mai 1929 in Bad Pyrmont, Berlin, O. J., S. 46.

⁵ Regensburger Stadtarchiv, ZR 2, 8861, Bekämpfung der Tuberkulose und Allgemeines. Leitender Arzt der Städt. Lungenfürsorgestelle Regensburg an Stadtrat Regensburg, Ref. II., 15.07.1929.

⁶ Regensburger Stadtarchiv, ZR 2, 8861, Bekämpfung der Tuberkulose und Allgemeines. Entwurf Dr. Jüttner zur ortspolizeilichen Einführung des Meldezwang bei offener Tuberkulose, 17.07.1929.

⁷ Ebd.

Teil III

Geschichtsvermittlung und Reflexion

Impressionen in Wort und Bild

Schlesisches Bergwerkmuseum: Der Königin-Luise-Stollen in Zabrze

Tim Graser

Teil der Exkursion, die die Studierenden der Universität Regensburg nach Polen führte, war ein Besuch des 200-Jahre alten Königin-Luise-Stollens im ehemaligen Steinkohlebergwerk in Zabrze, circa 150 Kilometer südöstlich von Breslau. Dass das damals in Schlesien gelegene Bergwerk ihren Stollen nach der Preußischen Königin benannte, ist kein Zufall: Zabrze hieß 1915-1945 noch Hindenburg und stand auch nach dem ersten Weltkrieg und dem Versailler Vertrag unter

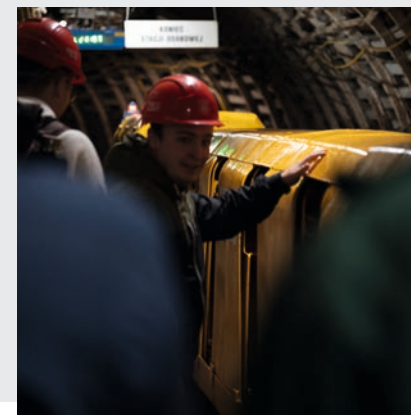
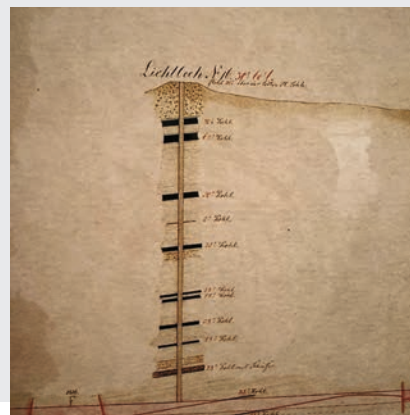
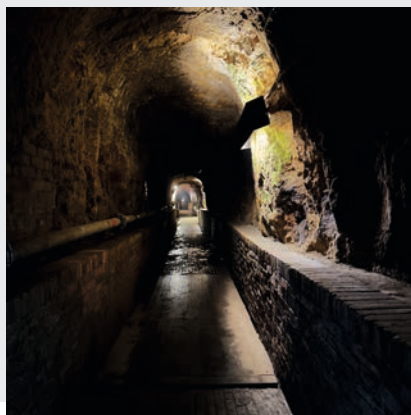
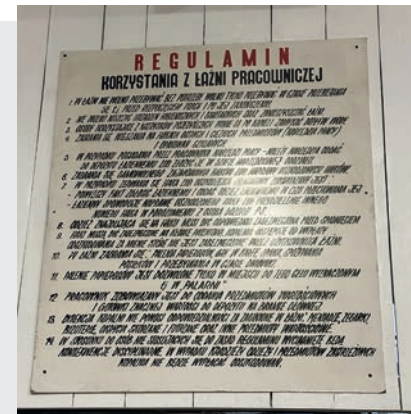
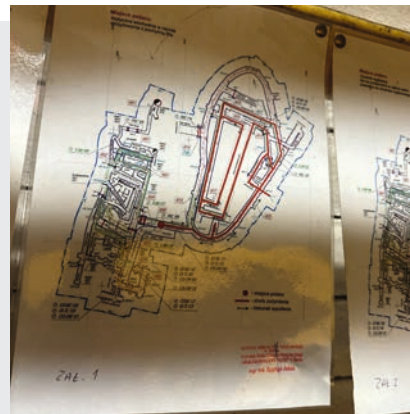
deutscher Verwaltung. Zabrze entwickelte sich während der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts zu einer Bergbaustadt und wuchs von einem kleinen Dorf zu einer ansehnlichen Industriestadt.

Steinkohle kann als Treibstoff der industriellen Revolution gesehen werden, da mit ihr jegliche maschinisierten Arbeitsprozesse erst möglich wurden und nur mit ihr im großen Stil Stahl produziert werden konnte. Die Relevanz ihrer Abbauregionen liegt dement-

sprechend auf der Hand. Bevor es über eine lange Wendeltreppe viele Meter hinab in den Berg geht, müssen alle Besucher des Bergwerks einen Schutzhelm auf dem Kopf tragen, wie man ihn von Bergleuten kennt. Bei der anschließenden Führung durch den kilometerlangen Stollen kann man dann die verschiedenen technischen Innovationen vom Handmeißel des frühen 19. Jahrhunderts bis zur motorisierten Grabungsmaschine aus den 1980er Jahren begutachten, und wie sich die gefährliche Arbeit der Bergleute im Laufe von 200 Jahren verändert hat.

Zudem erfährt man, warum vom Welensittich bis hin zum Pferd verschiedenste Tiere in den Stollen mit schufteten mussten. Abschluss der Führung durch das Bergbau-

museum, bei der die Relevanz der Kohleförderung im Zusammenhang der industriellen Revolution deutlich wurde, bildete ein Fahrt in der Grubenbahn – einem kurzen geschlossenen Zug, der auf kleinen Gleisen durch das Tunnelsystem fährt und die Bergleute früher durch die langen Stollen in ihr Abbaubereich brachte.



Impressionen aus dem Bergwerkmuseum

Impressionen aus dem Bergwerkmuseum

Die Magdalenenkirche „Katedra św. Marii Magdaleny“ in Breslau

Felix Hädrich

Die Magdalenenkirche zählt zu den sakralen gotischen Backsteinbauten in der Stadt, die das Breslauer Stadtbild nicht nur in der Innenstadt mit zwei Kirchen in der Nähe des Ringes, sondern auch etwas weiter außerhalb mit dem Breslauer Dom prägen. In Ihrer Geschichte wechselte sie, wie andere Kirchen der Stadt auch, nach 1945 die Konfession und ist heute als eine der altkatholischen Stadtkirchen bekannt.

Dies war jedoch nicht immer so, denn sie wurde eigentlich als eine vom Rat der Stadt

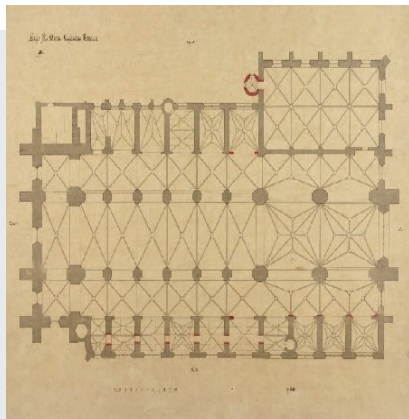
und der Bürgerschaft erbaute evangelische Kirche an der Schuhbrücke, heute Ulica Szewska, errichtet. Die Grundsteinlegung erfolgte dabei zwischen 1226 und 1232 durch Bischof Lorenz I. von Breslau, jedoch wurde der Bau bereits 1241 nach einem Tatarenangriff zerstört. Ein weiterer Versuch, eine Kirche an dieser Stelle zu errichten, der zwischen 1242 und 1248 durchgeführt wurde, war nur etwas mehr erfolgreich, da diese Kirche nur 100 Jahre bestand.

Das heutige Aussehen erhielt die Kirche

beim Bau zwischen 1342 und 1362, die Türme wurden jedoch erst später vollendet und erhielten an Stelle der 1481 errichteten bleiernen gotischen Holzspitzen zwischen 1564 und 1581 kupfergedeckte Renaissancecehauben, welche noch bis heute zu sehen sind. Die beiden Türme sind durch eine Brücke verbunden, welche sich, in 45m Höhe befindend, für Touristen als Aussichtspunkt über den Ring von Breslau durch seine Nähe zum demselben sehr gut eignet. Seit einer Predigt durch den Reformator von Breslau, Johann Heß, im Jahre 1523 galt die Kirche als eine der beiden bedeutendsten evangelischen Kirchen der Stadt. Ihr letzter deutscher Gottesdienst fand am 21. Januar 1945 statt, danach wurde die Kirche bei der Schlacht um

Breslau stark beschädigt und verlor 70% des Innenraumes.

Ihre Restauration begann ab 1946 schleppend, aber seit 1972 ist sie vollständig restauriert und kann so mit ihrer reichhaltigen Innenarchitektur, bestehend aus gotischen und romanischen Ornamenten, Verzierungen und den romanischen, gotischen und aus der Renaissance stammend Portalen von der Öffentlichkeit besucht werden.



Impressionen zur Magdalenenkirche



Blick vom Turm der Elisabethkirche über den Marktplatz mit St. Magdalena links im Hintergrund (2017)

Militärmuseum in Breslau (Museum Militariów)

Magnus Kallfaß, Tobias Zimolong

Das Militärmuseum in Breslau (polnisch: Muzeum Militariów) befindet sich in einem Gebäude aus dem 15. Jahrhundert, welches aber bis zur Nutzung als Museum im Jahr 1971 baulich verändert wurde. Das heutige Militärmuseum besteht seit dem Jahr 2000 als Teil des Stadtmuseums von Breslau.

Es umfasst vier Ausstellungen zu Waffen und militärischer Ausrüstung von der Steinzeit bis in die Moderne. Dementsprechend finden sich im Museum tausende interessante Ausstellungsstücke internationaler Herkunft von Steinklingen und Pfeilspitzen über Schwerter, Säbeln und Hellebarden bis zu bekannten Schusswaffen aus den beiden Weltkriegen – darunter natürlich auch polnische Waffen.

Neben den deutschen Maschinengewehren MG-34 und MG-42 aus dem 2. Weltkrieg lassen sich auch diverse Pistolen (bzw. Revolver), Repetiergewehre (z.B. Mauser 98, Mosin-Nagant), Sturmgewehre wie dem Stg44 oder der sowjetischen AK47 sowie Mörser, Maschinepistolen (z.B. amerikanische Tommy Guns, britische Sten Guns, sowjetische PPSch-41) und viele weitere Schusswaffen wie das Maxim-Maschinengewehr besichtigen. Nachdem man sich also mithilfe tausender Militaria an Waffen erstmal satt gesehen haben dürfte, folgt ein Stockwerk über den moderneren Schusswaffen auch noch eine Sammlung polnischer und britischer Uniformen aus der Zeit des zweiten Weltkriegs und danach.

Neben gerade Genanntem lohnt sich der Besuch des Jacek Kijak-Saals, welcher Helme aus der ganzen Welt beherbergt. Der Saal bietet eine beeindruckende Sammlung von Helmen verschiedener Streitkräfte und nicht-staatlicher Einheiten. Benannt nach dem großzügigen Hauptspender und Autor des Buches „Helmy Wojska Polskiego 1917 – 1991“, Jacek Kijak, präsentiert der Saal eine Vielzahl von Helmarten, darunter die markanten Pickelhauben, Tschakos, Stahlhelme, Tropenhelme und Kunststoffschutzhelme.

Der Saal ist in zwei Bereiche unterteilt: Auf der rechten Seite, vom Saaleingang aus betrachtet, sind Stahlhelme wie der französische Adrianshelm aus dem Ersten Weltkrieg oder der polnische Helm Typ 31 zu bewundern. Die linke Seite umfasst eine eindrucksvolle Auswahl an Kampf- und Paradekopfbedeckungen sowie UN-Helme. An der Decke wurden mehrere Typ 50 Helme aufgehängt. Je nach Farbe der zu den jeweiligen Helmen dazugehörenden Schil-

der wird ersichtlich, ob es sich um die von Herrn Kijak oder den aus einer Arsenal-Sammlung stammenden Helme – in diesem Fall ist das Schild dunkel – oder um Leihgaben aus anderen Museen oder von Privatleuten gespendete Helme handelt. Bei Letztgenanntem sind die Schilder in einem helleren Ton gehalten.

Das Museum nimmt auch weiterhin Helme an. Falls man bereit ist, einen Helm herzuschenken, würde das Schild mit dem eigenen Namen beschriftet.



Vielfältige Exponate befinden sich im Museum

Impressionen

Der Breslauer Dom

Elia Romano Brandt

Der Breslauer Dom ist eines der Wahrzeichen der niederschlesischen Stadt. Mit seinen fast 98 Meter hohen Türmen überragt er alle anderen Kirchen Breslaus und ist unübersehbarer Bestandteil der Stadtsilhouette. Als Sitz des Erzbistums Breslau ist er darüber hinaus auch in geistlicher Hinsicht von regionaler Bedeutung. Der auch als Kathedrale St. Johannes der Täufer bekannte Sakralbau wurde von 1244 bis 1341 erbaut

und fiel während der Jahrhunderte mehreren Zerstörungen zum Opfer, zuletzt während des Zweiten Weltkriegs. Die Restauration, welche dem Dom sein heutiges Aussehen verlieh, wurde 1992 abgeschlossen.

Dennoch bleibt der Breslauer Dom eines der wichtigsten Monumente westeuropäischer gotischer Architektur des 13. und 14. Jahrhunderts in Polen und zeugt von der wechselhaften Geschichte der Stadt und der

Region. Die Innenausstattung des weitgehend in Backstein errichteten Bau musste als Folge der Kriegsschäden rekonstruiert oder Kirchen und anderen Bauwerken entnommen werden. So entstammt die Orgel der ehemals größten Orgel der Welt, welche sich ursprünglich in der sich ebenfalls in Breslau befindlichen Jahrhunderthalle (Hala Stulecia/Hala Ludowa) befand, die 1911-1913 gebaut wurde.

Zusätzlich zu seinem architektonischen und religiösen Wert sticht der Dom durch seine besondere geographische Lage hervor: Auf der ehemaligen Dominsel (Ostrów Tumski) in der Nähe des Botanischen Gartens

gelegen, befindet er sich in der historischen Keimzelle der Stadt, welche über Brücken mit den Oderinseln und der übrigen Altstadt verbunden ist. Der Aussichtspunkt, zu welchem man über die Besteigung einer der Türme gelangt, bietet einen dementsprechend atemberaubenden Ausblick.



Der Breslauer Dom befindet sich auf der Ostrów Tumski einer Insel im Norden der heutigen Altstadt und prägt mit seinen Türmen die Stadtsilhouette



Restauration und Renovierung Erzkathedrale St. Johannes der Täufer in Breslau sind derzeit wieder im Gang



Polnische Nationalität im Schlesischen Museum im Wandel der Zeit

Michael Sommer

Das Eröffnungsjahr des Schlesischen Museums 1932 war nicht zufällig gewählt, sondern war das 10-jährige Jubiläum zur „Rückkehr“ Oberschlesiens zum „Mutterland“ und sollte sich dabei vor allem auf die kulturellen Errungenschaften Oberschlesiens ab 1922 fokussieren und zeitgleich eine Legitimation für die politische Entscheidung liefern, dass Oberschlesien Teil Polens wurde.¹

Aus Eigenperspektive des Museums war das Schlesische Museum ein „Symbol des Polentums“, weshalb das Originalgebäude 1940 durch die nationalsozialistischen Deutschen abgerissen wurde.² Auch wenn bei der Neueröffnung 1984 kein so starker Fokus bei der Stärkung des Polentums lag, wurde dennoch stets eine Kontinuität betont.

Seit der Wiedereröffnung in der ehemaligen Ferdinandgrube (später Kopalnia Katowice) soll die Multikulturalität eine größere Rolle spielen.³ Hierin war mehr Platz zur Verfügung und somit wurde auch einer Dauerausstellung zur gesamten Schlesischen Geschichte Raum geschaffen. Der Fokus liegt jedoch deutlich bei den letzten 200 Jahren der oberschlesischen Geschichte.

Hiermit entschied man sich entgegen der gängigen Konvention nicht mit den Piastenkönigen zu beginnen. Dadurch entris man den nationalen Trennlinien und fokussierte sich stärker auf die Region als den Nationalstaat; parallel aber fallen Jahrhunderte deutsche Kultur aus der Betrachtung aus.

Eine größere Rolle nimmt stattdessen die Industrialisierung als multikulturelles und modernes Moment ein. Diese Entscheidung führte zu großen Diskussionen, die vor allem von Publizisten und Politikern geführt wurde, in denen ein „deutsches Narrativ“ vorgeworfen wurde. Prägnant hervorgebracht durch den Vizewoiwode Piotr Spyra:

„Oberschlesien wird im Ausstellungskonzept aus der Sicht der damaligen deutschen Eliten Schlesiens vorgestellt. Meiner Meinung nach sollte man sich aber auf die Entwicklung konzentrieren, die zur Herausbildung der schlesischen Identität führte. Dieser Prozess begann im Völkerfrühling des 19. Jahrhunderts in Opposition zum Deutschtum. Er führte dazu, dass Schlesien polnisch wurde. Und polnische Kulturinstitutionen dürfen das nicht außer Acht lassen – auch nicht im Namen einer deutsch-polnischen Versöhnung.“⁴

Aus der langanhaltenden Debatte ist vor allem erkenntlich, wie schwer es scheinbar vielen schwer fällt, die Diskussion über

Vergangenheit und Präsentation derselben ohne ein nationales Paradigma zu führen. Beim Gang durch die Ausstellung spielt die nationale Zugehörigkeit auch eine sehr präsente Rolle, während soziale oder kulturelle Eigenschaften und Errungenschaften einzelner Gruppen ohne nationale Identität leider in den Hintergrund rücken.

Literatur- und Quellenverzeichnis

¹ Tomann, Julianne: Geschichtskultur im Strukturwandel. Öffentliche Geschichte in Katowice nach 1989, Berlin 2015. S. 257.

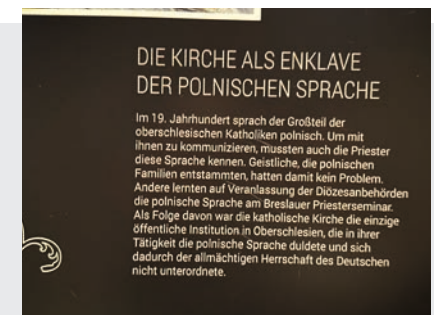
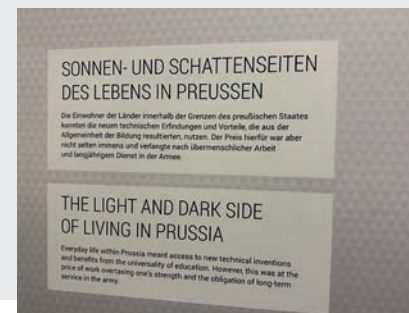
² <http://www.muzeumlaskie.pl/o-muzeum-historia.php>. [aufgerufen am 07.11.2023].

³ <https://muzeumlaskie.pl/swiatlo-historii-gorny-slask-na-przeznien-dziejow/> [aufgerufen am 07.11.2023].

⁴ Zitiert nach Sander, Martin: Das Gespenst des Deutschtums, in: Deutschlandfunk, 03.10.2012, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/das-gespenst-des-deutschtums-100.html>, [aufgerufen am 07.11.2023].



Der ehemalige Bau von Karol Schayer des Museums wurde „als Denkmal des polnisch-jüdischen Hochmuts“ 1941–1944 niedergedrückt



Impressionen aus der aktuellen Dauerausstellung

Die Universität Breslau

Torsten Bendel

Personen, die an einer in den 1960er und 70er Jahren gegründeten Reformuniversität in Deutschland studieren, haben zumeist keine hohen Ansprüche an ihre Räumlichkeiten. Häufig sind die Gebäude dieser Hochschulen grau, betonlastig und funktional. Umso beeindruckender ist es dann, wenn man eine Universitätsstadt mit langer Tradition besucht. Die Universität Breslau etwa zeigt, dass Hörsäle auch schön sein können.

Und nicht nur das: Wer die Aula Leopoldina betritt, erkennt sofort, dass es sich hier um einen Ort handelt, der Religion und Wissenschaft zu vereinen sucht. Das ist

auch nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die Universität Breslau 1702 als Jesuitenkolleg gegründet wurde. Die Pracht und das Detailreichtum der Deckenmalerei dürften selbst die ästhetikfernsten Banausen beeindrucken. Neben dem großen Hörsaal zeigt die Universität, dass dort auch Forschung betrieben wurde. In Ausstellungsräumen werden Beispiele aus den verschiedenen Sammlungen der Hochschule gezeigt – sei es aus der Mineralogie, der Zoologie oder der Physik.

Außerdem werden verschiedene Insignien aus der Universitätsgeschichte demonstriert, etwa die Szepter der Fakultäten. Dass die

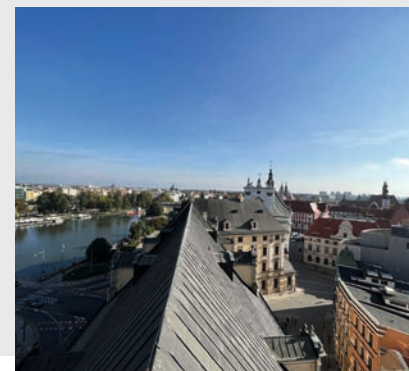
Naturwissenschaften in Breslau wie an den meisten europäischen Universitäten erst im 20. Jahrhundert aus der Philosophie herausgelöst und als eigenständige Fakultät(en) angesehen wurden, macht sich dort erkennbar. Das Szepter der Naturwissenschaften ist als letztes Szepter erst nach dem Zweiten Weltkrieg angefertigt worden. Bezeichnend ist dabei, dass es deutlich schlichter erscheint als die anderen und mit dem Planeten Saturn ein astronomisches Objekt abbildet.

Daher verwundert es nicht, wenn es im obersten Stockwerk eine umfangreiche Ausstellung zur Astronomie gibt, wo verschiedene Gegenstände und Bücher zur astronomischen Forschung seit dem 18. Jahrhundert ausgestellt werden. Besonders die Zeiterfassung und verschiedene Formen der Sonnenuhren zeigen, welchen praktischen Nutzen die Astronomie für die

Bevölkerung zu dieser Zeit hatte. Wenn man es nun geschafft hat, alle Stufen vom Eingangsbereich bis in den mathematischen Turm und seiner Astronomieausstellung zu erklimmen, dann wird man auf dem Dach mit einer Aussichtsplattform belohnt, die einen unvergleichlichen Blick über die Stadt Breslau ermöglicht.



Das Hauptgebäude der Uniwersytet Wroclawski liegt an der Oder auf der Nordseite der Stadt



Impressionen beim Rundgang durch die Universität

Oratorium Marianum

Sophia Speil

Das Oratorium Marianum gehörte mit der Aula Leopoldina und dem Auditorium Comicum, welches im 18. Jahrhundert zerstört wurde, zu den Prachträumen des 1728 bis 1741 erbauten Hauptgebäudes der Breslauer Universität. Der barocke Musiksaal zeichnet sich durch aufwendige Ausschmückungen mit Fresken, Vergoldungen, Stuck und farbig verziertem Marmor aus. Die Malereien auf den fünf großen Deckenfresken, der Empore, den Lünetten und Kartuschen der Fensterlaibungen stammen von Johann Christoph Handke aus dem Jahr 1733.

Seit 1815 gilt das Oratorium als eines der wichtigsten Konzertsäle Breslaus, in dem viele bekannte Künstler*innen auftraten wie Niccoló Paganini, Clara Wieck, Anton Rubinstein, Franz Liszt und Hector Berlioz.

Ein besonders bekannter Gast des Festsaaes ist Johannes Brahms, der im März 1878 die Ehrendoktorwürde der Universität erhielt. Brahms zählt zu den einflussreichsten Komponisten des 19. Jahrhunderts. Seine Werke werden besonders der Hochromantik zugeordnet; durch die Einbeziehung barocker und klassischer Formen gehen sie aber über diese hinaus. Abgesehen von der Oper schuf, der in Hamburg geborene Musiker in allen musikalischen Gattungen exemplarische Werke: in der Orchestermusik, der Kammermusik, der Klaviermusik, der Oratorien- und Chormusik sowie dem sehr umfangreichen Liedschaffen. Einzelne Kompositionen erfreuten sich dabei schon zu seinen Lebzeiten großer Beliebtheit, insbesondere die Ungarischen Tänze.



Impressionen beim Rundgang durch die Universität



Universität Breslau mit der Aula Leopoldina

Selina Watke

Nach dem Dreißigjährigen Krieg setzen im lutherischen Breslau immer stärker werdende gegenreformatorische Maßnahmen durch die Habsburger Herrschaft ein. In Schlesien wurden 1653/54 die protestantischen Kirchen durch die Habsburger rekatholisiert, was die Stadt Breslau noch vermeiden konnte. Da Breslau eine wirtschaftlich und politisch einflussreiche Stadt war, waren die Rekatholisierungsmaßnahmen hier entsprechend dezenter.

Ein Beispiel hierfür ist der Bau der Universität Breslau mit der Aula Leopoldina. Die Universität Breslau geht auf ein Jesuitenkolleg aus dem Jahr 1638 zurück. Ab 1695 forderte das Kolleg eine Expansion zu einer Universität, jedoch begegnete das protestantische Breslau den katholischen Jesuiten mit Ablehnung. Trotz Resistenzen wurde Mithilfe der Unterstützung von Kaiser Leopold I. 1702 die Universität Breslau unter dem Namen Universitas Leopoldina gegründet.

Ausdruck der habsburgischen Rekatholisierung ist auch die räumliche Gestaltung der Universität. Besonders exemplarisch ist hier die Aula Leopoldina, die 1734/35 ausgeschmückt wurde. Die Aula wurde von Christoph Tausch entworfen, die Stuckdekorationen

von Franz Joseph Mangoldt geschaffen, die Skulpturen von Krzysztof Hollandt und die Malerei von Johann Christoph Handke angefertigt. Nicht nur ist die Aula Leopoldina nach dem Habsburger Universitätsstifter Kaiser Leopold I. benannt, sondern Leopold I. wird in das Zentrum der künstlerischen Gestaltung gestellt. Diese Habsburger Herrschaftsrepräsentation wird in der Aula mit der katholischen Bildpolitik des Barocks kombiniert. So sind beispielsweise die Habsburger Joseph I. und Karl VI. umgeben von Heiligendarstellungen.

Zweck der barocken Ausgestaltung war die Breslauer Protestanten zum Katholizismus zu bekehren. Die künstlerische Gestaltung sollte die Betrachtenden derart emotional ergreifen, dass sie vom katholischen Glauben überzeugt werden. Diese barocken katholischen und Habsburger Elemente werden kombiniert mit Allegorien der Künste und Wissenschaften, sowie Darstellungen von bekannten Gelehrten. Die Aula befindet sich im 1. Obergeschoss im Hauptgebäude der Universität und wird bis heute für feierliche Anlässe der Universität Breslau genutzt.



Impressionen beim Rundgang durch die Universität



Panorama Raclawicka

Michael Zimmermann

Spaziert man in Wrocław/Breslau entlang der neu gestalteten Promenade das linke Oderufer hinauf, versperrt einem nach kurzer Zeit die sogenannte Ziegelstein-Bastion den Weg. Von diesen Überresten der Stadtbefestigung des 16. Jahrhunderts aus zieht ein ungewöhnliches Gebäude den Blick in Richtung Stadtzentrum unweigerlich auf sich. Wie die Zacken einer grauen Krone ragen die Außenpfeiler der Rotunda empor, die seit fast vierzig Jahren eine der jüngeren Sehenswürdigkeiten der Stadt beherbergt: Das monumentale Panoramagemälde der Schlacht von Raclawice.

Durch die äußere Erscheinung neugierig geworden, führt eine Wendelrampe die Besucherin im Inneren des Ausstellungsraums hinauf zu einer Art Aussichtsbühne, von der aus sich jeder der insgesamt 1710 Quadratmeter des Werks der beiden Maler Jan Styka (1858–1925) und Wojciech Kossak (1857–1942) und ihrer sieben Mitarbeiter eingehend betrachten lässt. Die Künstler zeigen verschiedene Szenen des im April 1794 durch aufständische Polen unter der Führung des Generals Tadeusz Kościuszko (1746–1817) gegen die Streitkräfte des Zaren errungenen Siegs. Nur wenig später

wendeten sich die Geschicke und die Dritte Teilung des Landes folgte bereits im Januar 1795.

Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Schlacht 1894 in nur neun Monaten auf die eigens in Brüssel gefertigte, übergroße Leinwand gebannt, entfaltet das zweidimensionale Schlachtgeschehen durch die geschickte perspektivische Anlage der Komposition und unter Zuhilfenahme der Beleuchtungsanlage sowie eines als Diorama gestalteten Vordergrunds eine ansprechende illusionistische Wirkung. Stille Kontemplation des ursprünglich für die Allgemeine Landesaussstellung in Lwiv/Lemberg konzipierten und erst nach dem Zweiten Weltkrieg nach Wrocław verbrachten Kunstwerks steht allerdings nicht im Vordergrund der gegenwärtigen Ausstellung:

Unterlegt mit entsprechend martialisch-pathetischer Geräuschkulisse belehrt die Besucher eine Stimme über Gegenstand und Inhalt in patriotisch bestimmter Manier. Nichtsdestoweniger ist ein Rundgang vor diesem während des Kalten Krieges lange Zeit aus politischen Gründen nicht öffentlich gezeigten Historiengemälde sicherlich lohnenswert.



Darstellung von General Tadeusz Kościuszko im Panorama

Wasser-Wissenszentrum Hydropolis Breslau

Sebastian Pößnikner

Etwas außerhalb der Altstadt von Breslau, aber noch gut zu Fuß erreichbar, steht seit 2015 das Zentrum für ökologische Bildung "Hydropolis" Interessierten offen. Es ist ein ökologiedidaktisches Museum, das den Besucherinnen und Besuchern die Rolle des Wassers in der Umwelt für den Menschen nahebringen möchte.

Das Zentrum wurde in einem aus der wilhelminischen Ära stammenden unterirdischen Wasserreservoir errichtet und greift in diesem fast 4500 m³ fassenden Raum auf moderne Techniken der Museumsdidaktik zurück, um Besucher*innen in mehreren Abteilungen Mensch-umwelt-Beziehungen anhand des Wassers facettenreich nahezubringen. Derartige Zugriffe haben ihre Verbindung zur Umweltgeschichte seit dem ecological turn. So geht man thematisch über acht Schritte dem Wesen und der Bedeutung des Wassers für den Menschen in aktueller und historische Perspektive nach.

Begonnen wird beim "Herz der Ausstellung", unserem Wasserplaneten in einem ovalen Immersionssaal, der die Entstehung unseres Planeten filmisch darstellt. Danach geht es über die Tiefen der Ozeane und der Evolution der Lebewesen in ihrer Vielfalt hin

zur Bedeutung des Wassers im Organismus des Menschen, aber auch zu dessen Symbolhaftigkeit in Kunst und Religion. Historisch wird es anschließend in der Geschichte des Wasserbaus seit der Antike mit Stationen zur Ingenieurskunst und der Seefahrt mit den geographischen Entdeckungsfahrten weiter. Abgeschlossen wird die Ausstellung mit einem zeithistorischen Blick auf die Wassersituation in Metropolen der Welt bis hin zu regionalen Beispielen anhand Breslaus, etwa mit der Umgestaltung der Wasserverwaltung Anfang des 20. Jh., und perspektivischen Zukünften für Städte.

Den Trägern des Zentrums, zu denen auch das Wasserwerk Breslau, das seit über 140 Jahren die Stadt versorgt, gehört, ist es gelungen, einen Publikum anziehenden Ort für die didaktische Beschäftigung mit einer der kostbarsten Substanzen für die Menschheit zu schaffen. Dies wird jedem beim Besuch klar, wenn man etwa auf die vielen Schulklassen trifft. Diesen bietet das Museum Workshops und Führungen vom Kindergartenalter bis zur Oberstufe an.



Medienstationen zum Thema „Stadt und Wasser“ behandeln Krakau direkt





Bildnachweis

Alle in der wissenschaftlichen Broschüre abgedruckten Bilder wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Archivkurses gemacht oder stammen von wikicommons.



Gruppenbild des Archivkurses 2023 im Staatsarchiv Breslau zusammen mit Archivdirektor Dr. Janusz Gołaszewski (5. v. l.)

Impressum

Archivkurs

„Inflationstrauma und Armut. Archiv-Exkursion nach Polen“

herausgegeben von: Sebastian Pößniker

Redaktion:

© Sebastian Pößniker; Roman Smolorz

Layout: Sebastian Pößniker

Regensburg 2023